

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfgang Mleczkowski
Bewegung im Monolith
Das „sozialistische Mehr-
parteiensystem“ der DDR

Horst Laatz
Soziologische Forschung
und Gesellschaft in der DDR

Heinz E. Wolf
Zur Kollektivtheorie
und Kollektiverziehung
in der DDR

ISSN 0479-611 X

B 16-17/84

21. April 1984

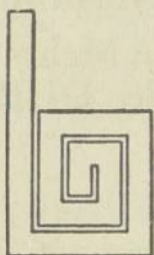
Wolfgang Mleczkowski, Dipl.-Historiker, geb. 1943; Studium der Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität und dem evangelischen Sprachkonvikt in Ost-Berlin; Mitglied der LDPD; Mitarbeiter an der Deutschen Akademie der Wissenschaften; 1976 Übersiedlung nach West-Berlin; Landesgeschäftsführer des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Zeitschriften-Veröffentlichungen u. a.: Studien über Staatsbewußtsein und Widerstand in der DDR, 1978; Der neue Moralismus — Zur politisch-geistigen Alternative in der DDR, 1979; Grenzprobleme regimekritischen Denkens, 1979; Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1980; In Search of the Forbidden Nation; Opposition by the Young Generation in the GDR, 1983.

Horst Laatz, Dr. rer. oec., geb. 1928; Maurerlehre in Niedersachsen; 1956 Übersiedler in die DDR; dort zunächst Hilfserzieher, dann Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin; von 1965 bis zur Entlassung wegen revisionistischer theoretischer Positionen im Jahre 1977 Soziologe an der Akademie der Wissenschaften der DDR; bis zur Verhaftung durch den Staatssicherheitsdienst wegen „öffentlicher Herabwürdigung“ und Beleidigung von Staats- und Parteifunktionären im Herbst 1980 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theaterhochschule Leipzig und beim Verband der Theaterschaffenden; nach Haftstrafe in der Strafvollzugsanstalt Brandenburg/Havel im Oktober 1981 Abschiebung in die Bundesrepublik; seit 1982 Wiss. Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum.

Heinz E. Wolf, geb. 1920; Studium der Psychologie an der Humboldt-Universität in Berlin (Ost) sowie an der Freien Universität Berlin; seither Tätigkeit als Psychodiagnostiker in Erziehungs- und Eheberatung sowie im Jugendstrafvollzug; von 1968—1978 Koordinator eines internationalen wissenschaftlichen Arbeitskreises über Vorurteilsforschung; seit 1979 verschiedene Forschungsprojekte im Rahmen der DDR-Forschung.

Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit H. J. Wolter) Rockerkriminalität, Seevetal-Ramelsloh 1974; Zur Problemsituation der Vorurteilsforschung, in: R. König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 12, Stuttgart 1978; Kritik der Vorurteilsforschung, Versuch einer Bilanz, Stuttgart 1979; Zu einigen Problemen der Entwicklung der Psychologie in der DDR, in: Deutschland Archiv, 14 (1981) 4; Dilemma der Psychologie. Zur Realität in der DDR, in: Deutschland Archiv, 14 (1981) 6; Forensische Psychologie in der DDR, in: Deutschland Archiv, 16 (1983) 9.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/4604-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Bewegung im Monolith

Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR

Nach außen möglichst Einheit vortäuschend, ist die DDR im Innern jedoch kein Monolith. Auf der einen Seite wird das politische Leben in der DDR von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) mit ihren über zwei Millionen Mitgliedern und den Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung geformt, auf der anderen Seite aber auch von den etwa 400 000 Mitgliedern der anderen in der DDR zugelassenen Parteien, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), verkörpert. Unter ihren zumeist plakativen Ergebenheitsadressen an die SED entwickelte sich seit dem Beginn der fünfziger Jahre ein Tradierungsprozeß geistig-kultureller Werte, der die politisch-geistige Monokultur der SED auflockerte und das Selbstverständnis der DDR langsam zu ändern beginnt. Von den Ahnherren Lenin, Stalin und anderen Sowjetführern über Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck zu Scharnhorst, Friedrich dem Großen, Luther und jetzt auch Bismarck führt ein Weg, der ohne die Arbeit der nichtkommunistischen DDR-Parteien kaum hätte zurückgelegt werden können.

Ihre darüber hinausgehende Bedeutung erhalten die nichtkommunistischen Parteien der DDR gegenwärtig sowohl aus ihrer neuerdings positiven Mitgliederbilanz als auch ihrem deutlichen Charakter als „Nischenparteien“, Parteien des geschützten Rückzugs vor den Ansprüchen der SED. Ihr Selbstverständnis kommt aus ihrer eigenen Geschichte, nicht aus den ihnen zugewiesenen Funktionen, unter anderem „Transmissionsriemen“ der SED-Politik zu sein. Im Spannungsfeld sowjetischer Nachkriegspolitik, das latent nach wie vor vorhanden ist, hatten einige der führenden Politiker von LDPD, CDU und NDPD einen Spielraum, den sie nutzten, soweit es ihnen möglich war. Er ist heute kaum von vorhanden. In anderer Weise stärken jedoch die jetzt zunehmend entwickelten Kontakte zu innerdeutschen und auswärtigen Ge-

sprächspartnern die Rolle, die insbesondere die CDU und die LDPD innerhalb der DDR einnehmen wollen: stärkeren Einfluß auf die Politik der DDR zu gewinnen.

Mitgliederbewegungen und Sozialstrukturen der „bürgerlichen“ Parteien

Die CDU der DDR ist, legt man die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der beiden deutschen Staaten zugrunde, etwa halb so mitgliederstark wie die CDU der Bundesrepublik, die LDPD, gemessen am selben Einwohnerverhältnis beider Staaten, dagegen aber dreieinhalbmal mitgliederstärker als ihre alte Schwesterpartei, die FDP der Bundesrepublik Deutschland. Beide Parteien hatten nach ihrer Gründung 1945 einen starken Mitgliederzulauf, der bei der CDU mit 211 176 Mitgliedern (ohne Berlin) 1948 seinen Höhepunkt fand, während er bei der LDPD erst 1950 mit 198 920 Mitgliedern erreicht wurde. Danach sanken die Mitgliederzahlen kontinuierlich und beide Parteien überalterten stark. Ihre ursprüngliche politische Funktion in einer parlamentarischen Machtkonkurrenz, sich mit den anderen Parteien und politischen Gruppierungen auseinanderzusetzen, war verlorengegangen. Politisch waren sie „gleichgeschaltet“ worden.

Seit dem Beginn der siebziger Jahre zeichnet sich ein deutlicher Mitgliederzulauf ab, der die Zahlen wieder steigen läßt. Zwischen 1977 und 1982 wurden zum Beispiel nach offiziellen Angaben für die Liberal-Demokratische Partei „weit über 20 000“ neue Parteimitglieder gewonnen. Etwa 4 000 jährlichen Neuzugängen stehen etwa 2 600 Abgänge pro Jahr gegenüber, die in erster Linie altersbedingt sind.

Ein ähnlicher Prozeß vollzieht sich bei den beiden erst 1948 ins Leben gerufenen Parteien, der NDPD und der DBD. Zwischen 1977 und 1982 konnte die NDPD etwa 18 200 neue Mitglieder aufnehmen, so daß durchschnittlich etwa 3 640 Neuzugängen pro Jahr etwa 2 440 Abgänge gegenüberstehen. Im Verhältnis zur Liberal-Demokratischen und auch zu den anderen nichtkommunistischen Parteien

dürfte die NDPD die stärkste Überalterung aufweisen. Im Bezirksverband Magdeburg sind nach offiziellen Angaben beispielsweise lediglich 25 Prozent der NDPD-Mitglieder unter 40 Jahre alt.

Als Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder, Wehrmachtsangehörige und national-konservative Kreise gedacht, gewann die NDPD ihren Mitgliederzulauf jedoch erst seit 1950, als sie für die Eigeninitiative der kleinen Unternehmer sowie der privaten Handwerker eine stärkere Bedeutung bekam. Die Mitgliedschaft in der NDPD sicherte damals dem Handwerksbetrieb seine Eigenstän-

digkeit und schützte den Einzelhändler gegen eine Beschlagnahme des Geschäfts. Die unabhängigen Gewerbetreibenden, die sich der LDPD und der CDU angeschlossen hatten, genossen diesen Schutz nicht. Inzwischen sind die Parteien gegenüber dem Mittelstand gleichgestellt worden.

Die Bauernpartei (DBD), die ebenfalls 1948 ins Leben gerufen wurde, ist im wesentlichen eine berufsständische Vertretung und unterliegt deshalb anderen Eigengesetzlichkeiten als normale politische Parteien, denen der politische Einfluß genommen wurde.

Tabelle 1:

Mitgliederbewegungen in den nichtkommunistischen Parteien der DDR

Jahr, Monat	CDU	LDPD	NDPD	DBD
1945 Dez.	67 852	88 167		
1946 Dez.	207 543	179 656		
1948 Dez.	211 176 *)	197 790		12 000
1949 Juni			~ 20 000	
1950 Jan.				~ 50 000
1950 Dez.	181 042	198 920	~ 100 000	
1951 Mai	170 568			
1951 Juni			~ 100 000	60 000
1951 Dez.		150 441		
1953			232 605	80 000
1954	136 000	99 617	172 000	
1955 März				72 362
1961	70 000	~ 67 000		
1965				~ 73 000
1966			~ 100 000	
1970		~ 70 000		
1975	110 000		80 000	90 000
1977	115 000	75 000	85 000	91 000
1982	125 000	82 000	91 000	103 000

*) ohne Berlin

NDPD- und LDPD-Mitglieder sind zumeist in den Städten konzentriert. Etwa 80 Prozent der NDPD-Mitglieder sind in städtischen Grundeinheiten organisiert. Ähnlich dürfte es bei der CDU sein, wenn sie auch einen etwa 40 Prozent höheren Bauernanteil haben dürfte. Dagegen sind natürlicherweise 80 Prozent der DBD-Mitglieder in ländlichen Grundeinheiten zusammengefaßt. Von ihren insgesamt 91 000 Mitgliedern sind 79 100 in der Landwirtschaft tätig.

Das Bestreben der SED, die LDPD und NDPD zu einer ähnlichen Art von Berufsgruppenvertretung des städtischen Mittelstandes zu machen, ist gescheitert. „Wir haben auf diesem 11. Parteitag“, sagte der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach¹⁾, „unsere Politik so breit wie auf noch keinem anderen Parteitag

¹⁾ Manfred Gerlach auf der Jahreshauptversammlung der LDPD Halle, in: Liberal-Demokratische Zeitung vom 18. 3. 1972.

ausgearbeitet und betont, daß wir keine Ko-Ha-Ge-Partei (Komplementäre-Handwerker-Gewerbetreibende-Partei, d. Verf.) sind, was bedeutet, daß es völlig falsch wäre, wenn wir uns nur auf Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibende konzentrieren würden." Ein Vergleich der Sozialstruktur der Liberaldemokraten von 1948 und 1981 zeigt, daß die soziale Zusammensetzung im wesentlichen gleichgeblieben ist. Lediglich der Arbeiteranteil, den die LDPD ebenso wie die NDPD Ende der vierziger Jahre noch aufwies, ist verschwunden. Angehörige der „Arbeiterklasse“ dürfen beide Parteien ebensowenig wie die DBD aufnehmen.

Tabelle 2:

Sozialstruktur der LDPD-Mitglieder

	1948	1981
Angestellte	28,6 %	32,0 %
Handwerker/ Gewerbetreibende	14,4 %	23,8 %
„Intelligenzler“	—	18,0 %
Arbeiter	14,1 %	—
Bauern	11,9 %	10,0 %

Die CDU hat als einzige der nichtkommunistischen Parteien jedoch ihren ursprünglichen Volkspartei-Charakter behalten. Da es nach wie vor Christen auch in der Arbeiterschaft gibt, darf sie Arbeiter aufnehmen. Sie darf sie allerdings nicht in repräsentativen Positionen, wie zum Beispiel in Volksvertretungen, zum Aushängeschild der CDU machen.

Konflikte mit der SED

Der starke Mitgliederzulauf bei den nichtkommunistischen Parteien bringt sowohl für die betroffenen Parteien als auch für die SED politische Probleme mit sich. Die neuen Mitgliedschaften bei LDPD, CDU, NDPD und DBD erfolgen, um der SED auszuweichen.

Die SED ist nach dem sogenannten Produktionsprinzip strukturiert, so daß ihre berufstätigen Mitglieder in den Betrieben organisiert sind. Sie erhofft sich dadurch einen starken Einfluß und eine stärkere Disziplinierung, weil mögliche Verweigerungen zu dieser oder jener gesellschaftlichen Arbeit direkte Konsequenzen im Berufsleben haben. Dagegen sind die nichtkommunistischen Parteien, wie andere bürgerliche Parteien in westlichen Staaten, nach dem sogenannten Territorialprinzip organisiert. Dort wo man wohnt, ist die Indivi-

dualisierung und die Möglichkeit, sich unangenehmen Verpflichtungen zu entziehen, größer.

Der Anteil der Intelligenz, den die nichtkommunistischen Parteien heute haben, weist darauf hin, daß gerade die sogenannte neue Intelligenz, die aus jenen gebildet wird, die in der DDR ihre akademische Ausbildung erfahren, sich ihr politisches Dach in den nichtkommunistischen Parteien gesucht hat. Noch in den sechziger Jahren war es den anderen Blockparteien in der Regel untersagt, Angehörige der neuen Intelligenz aufzunehmen. Mittlerweile haben sie sich gegenüber der SED durchgesetzt. Regelmäßige Konferenzen mit Geisteswissenschaftlern, Pädagogen und Angehörigen der technischen Intelligenz zeichnen seit den siebziger Jahren ihre Arbeit aus.

Der neue Mitgliederzustrom schob die Parteien in den Volksvertretungen der Groß- und Mittelstädte im letzten Jahrzehnt stärker gegen die SED. Die Konflikte traten offensichtlich dort auf, wo die neue Intelligenz ihre politische Heimstatt fand. Auf der Ebene der Kommunalpolitik läßt sich eine Gegnerschaft besser formulieren als in ideologischen Fragen. Nicht immer muß die führende Partei in der zu treffenden Entscheidung das letzte Wort haben, wo beispielsweise ein neues Schwimmbad gebaut werden soll.

Deutliche Folge war, daß die SED in verschiedenen Volksvertretungen den prozentualen Anteil der Abgeordneten der anderen Parteien deutlich kürzte. So verringerte sich ihr prozentualer Anteil in den Stadtbezirksversammlungen der größeren Städte von 1970 bis zur vorerst letzten Kommunalwahl 1979 von etwa 10 auf knapp über 6 Prozent. Einen Zuschlag erhielten insbesondere der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) und die Freie Deutsche Jugend (FDJ), deren Abgeordnete schätzungsweise zu 70—75 Prozent Mitglieder der SED sind. Ähnlich sieht es in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der mittleren Städte aus, während die Zusammensetzung der Volksvertretungen der Kleinststädte und Gemeinden, der Bezirkstage und der Volkskammer weiterhin konstant blieb.

Schulung und Publizistik

Zur Schulung ihrer Mitarbeiter, ihrer niederen bis mittleren Funktionäre und als Stätten spezifischer Erberezeption besitzen die Parteien Bildungsstätten. Die CDU unterhält im

ehemaligen Barockschloß der Grafen von der Schulenburg in Burgscheidungen (Thüringen) die Schulungsstätte „Otto Nuschke“. In der abgelegenen märkischen Landschaft in Bantikow bei Neustadt an der Dosse führt die LDPD in einer schloßähnlichen ehemaligen Industriellenvilla die „Zentrale Parteischule „Dr. Wilhelm Külz““. Die NDPD hat ihre „Hochschule für Nationale Politik“ in Waldsiedersdorf bei Berlin angesiedelt und die DBD ihre Parteischule „Thomas Müntzer“ in dem kleinen Ort Borkheide südlich Berlins.

Differenzierter sind dagegen die Parteien wieder in der Tagespublizistik. Die CDU gibt neben dem Zentralorgan „Neue Zeit“ noch fünf Regionalzeitungen heraus, die alle zusammen eine Auflage von 270 800 Exemplaren erreichen. Hinzu kommen die CDU-nahe Zeitschrift „Standpunkte“, die für die evangelischen Christen gedacht ist, mit einer Auflage von 2 700 Exemplaren pro Monat, und die Zeitschrift „Begegnung“, die mit 3 000 monatlichen Exemplaren für katholische Christen bestimmt ist. Als Funktionärsorgan erscheint „Union teilt mit“. Eine wesentliche Bedeutung über die CDU hinaus haben die beiden der CDU gehörenden Verlage Koehler & Amelang sowie der Union Verlag, die neben der politischen CDU-Literatur Schriften und Bücher mit historischen und kirchlich-religiösen Themen sowie eine breite Palette Belletristik anbieten. Im Union Verlag wird zum Beispiel auch Heinrich Böll verlegt.

Das LDPD-Zentralorgan „Der Morgen“ erscheint mit anderen vier Regionalzeitungen, die zusammen eine Gesamtauflage von 442 300 Exemplaren erreichen. Das LDPD-Funktionärsorgan nennt sich „LDPD-Informationen“. Als parteieigener Verlag existiert der „Buchverlag Der Morgen“, der neben der spezifischen LDPD-Literatur ein breites Feld historischer und belletristischer Themen abdeckt. Der „Buchverlag Der Morgen“ ist zum Beispiel Hausverlag von Stefan Heym.

Der NDPD gehören insgesamt sechs Tageszeitungen, darunter das Zentralorgan „National-Zeitung“, die eine Auflage von 191 600 Stück haben. Früher wurde noch als Wochenzeitung die „Deutsche Woche“ mit einer Auflage von etwa 600 000 und die mehr sportlich orientierte Zeitung „NZ am Montag“ mit einer Auflage von 200 000 Stück herausgegeben, die am 29. Dezember 1952 jedoch beide ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Konkurrenzpresse war der SED zu stark geworden.

Als eine Art von gemeinsam mit der SED unterhaltener Vorhoforganisation war die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ mit ihrem Vorsitzenden, Generalmajor a. D. Otto Korfes (NDPD), und dem Stellvertreter, Generalmajor Martin Lattmann (SED), anzusehen. Sie gab von 1958 bis 1971 das „Mittlungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ heraus. Einerseits zielte es auf die ehemaligen Offiziere der deutschen Wehrmacht im Westen Deutschlands, andererseits behandelte es historische Themen aus dem Militärwesen und hat damit einen wesentlichen Beitrag zur Differenzierung des zeitgeschichtlichen Bildes in der DDR geleistet.

Als Funktionärsorgan gibt die NDPD „Der nationale Demokrat“ heraus und unterhält den „Verlag der Nation“. Der „Verlag der Nation“ hat ein ähnliches Profil wie der „Buchverlag Der Morgen“, nur daß die historisch-nationale Akzentuierung stärker in Erscheinung tritt.

Als einzige nichtkommunistische Partei besitzt die DBD als Tageszeitung lediglich das „Bauern-Echo“, das mit fünf Regionalausgaben in einer Gesamtauflage von 91 100 Exemplaren erscheint. Die deutliche Konkurrenz der SED macht sich hier bemerkbar, die die DBD von je her nur als ihren verlängerten Arm in die Bauernschaft hinein betrachtet hat. Die SED gibt die „Neue Deutsche Bauernzeitung“ mit einer Auflage von 195 100 Stück heraus. Funktionärsorgan der DBD ist „Der Pflüger“, hauseigener Verlag ist der „Deutsche Bauernverlag“, der mehr Fachliteratur als allgemeininteressierende Publikationen verlegt.

Bis auf die schon gezogene Parallele des „Bauern-Echo“ mit der SED-Konkurrenzausgabe, führen Vergleiche mit SED-Organen, wie sie im Westen oft gezogen werden, zu falschen Schlußfolgerungen. Zwar hat das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ allein eine Auflage von 1,1 Millionen Exemplaren täglich, doch wird häufig übersehen, daß es für Betriebe und Institutionen, vom kleinsten Leiter an aufwärts, sowie für alle Gliederungen von Massenorganisationen Pflicht ist, das „Neue Deutschland“ und andere SED-Publikationen zu abonnieren. Für die Zeitungen der nichtkommunistischen Parteien dagegen gibt es, ihre eigenen Parteiapparate ausgenommen, keine Pflichtabonnements. Sie stellen gewissermaßen die „Kür“ gegenüber der „Pflicht“ dar, die für die Lektüre der SED-Presse besteht.

Den stärksten Verbreitungsgrad außerhalb der eigenen Parteimitgliedschaft haben mit weitem Abstand die Tageszeitungen der LDPD. Ihre Auflage ist fast dreimal so hoch wie die LDPD Mitglieder hat. Ein Grund dafür dürfte sein, daß insbesondere das Feuilleton der liberaldemokratischen Presse im Vergleich zu anderen Zeitungen wesentlich unkonventioneller ist. Der kürzlich vom „Neuen Deutschland“ und dem Zentralorgan der FDJ „Junge Welt“ verrissene Film „Insel der Schwäne“, der die Jugendproblematik in der DDR sehr offen behandelt, erfuhr in „Der Morgen“ und in der „Liberal-Demokratischen Zeitung“ eine sehr positive Besprechung.

Den Tageszeitungen der LDPD folgen die der CDU und der NDPD. Bei beiden Parteien übersteigt die Auflagenhöhe der Tageszeitungen die Zahl der Parteimitglieder um gut das Doppelte. Die DBD-Zeitung scheint dagegen kaum über die Parteimitgliedschaft hinaus verbreitet zu sein. Im Verhältnis zur Parteimitgliedschaft liegt die Auflagenhöhe des „Bauern-Echo“ zwölf Prozent unter der Zahl der DBD-Mitglieder.

Rückzug in die Nischen der Parteien

Geben die Auflagenhöhe und Verbreitungsgrad der Zeitungen einen gewissen Einblick in die Resonanz, die die nichtkommunistischen Parteien sehr unterschiedlich in der Gesellschaft finden, so spiegeln die offiziell angegebenen Parteimitglieder, die — mehr oder weniger formal — sich einmal zur Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front, einer Dachorganisation aller Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED, bereit erklärt haben, den gesellschaftlichen Nischencharakter der „anderen Blockparteien“ wider. Offiziell wird stets die politische Arbeit dieser Parteien als ein integraler Bestandteil der Arbeit der Nationalen Front verstanden. 1963 wurden beispielsweise die Parteistrukturen der LDPD den regionalen Strukturen der Nationalen Front angepaßt. Bei den anderen Parteien war es zu unterschiedlichen Zeitpunkten ähnlich. Trotzdem haben sich nur knapp 24 Prozent der DBD-Mitglieder 1978 verpflichtet, in der Nationalen Front mitzuarbeiten. In den Jahren bis 1982 ist der Anteil sogar auf 22,3 Prozent gesunken. Nimmt man eine Zahl von 1962 zum Vergleich, die etwa 29 Prozent der DBD-Mitglieder als ehrenamtliche Mitarbeiter in der Nationalen Front ausweist, erkennt man ein deutliches Gefälle und die DBD gewinnt, wie die anderen Parteien auch, den Charakter

einer Nischenpartei. Die LDPD weist 1971 etwa 20 Prozent ihrer Mitglieder aus, die sich für die Mitarbeit in den Ausschüssen der Nationalen Front verpflichtet haben. Innerhalb von elf Jahren gelang der offiziellen Politik lediglich eine Steigerung auf 21,6 Prozent im Jahre 1982. Die NDPD gibt für 1978 eine Zahl von 20,9 Prozent ihrer Parteimitglieder in der Nationalen Front an, verschweigt auf ihrem 12. Parteitag 1982 jedoch vorsichtshalber jede neue Aussage. Die CDU ist in dieser Hinsicht offener. Wies sie 1978 noch 19 Prozent ihrer Mitglieder zur Arbeit in der Nationalen Front aus, so waren es 1982 nur noch 14,4 Prozent. Über 24 Prozent ihrer ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Ausschüssen der Nationalen Front haben in den letzten Jahren also ihre Arbeit aufgekündigt oder sind, sofern es die Neueintritte betrifft, von vornherein keine Verpflichtung eingegangen, im SED-dominierten Dachverband mitzuwirken. Die Diskussionen um Kriegsdienst und Wehrerziehung haben, so ist zu vermuten, einen gewissen Anteil am Rückgang.

Trotz der geringen Zahl der nichtkommunistischen ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Nationalen Front ist deren Fluktuationsrate hoch. Nicht viele schienen es dort lange auszuhalten oder verpflichteten sich lediglich zur Mitarbeit, wurden in der Statistik geführt, tauchten aber nie in den Gremien der Nationalen Front auf. Die Fluktuation seiner Parteimitglieder, stellte in diesem Zusammenhang der LDPD-Vorsitzende Gerlach fest, sei in den Gremien der Nationalen Front „relativ groß“²⁾.

Die offiziellen Funktionen

Die offiziellen Funktionen, die die nichtkommunistischen Parteien von der SED zubekommen haben, stimmen nicht mit ihren tatsächlichen Nischenfunktionen überein. Eine ihrer offiziellen Funktionen ist, als Transmissionsriemen der „Partei der Arbeiterklasse“ die der offiziellen Politik kritisch gegenüberstehenden Bevölkerungsteile umzuerziehen. „In einem gründlichen Umerziehungsprozeß sollen die uns nahestehenden Kreise des Mittelstandes ihre Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus erkennen“, heißt es in einer Entschliebung des Hauptvorstandes der CDU von 1958³⁾.

²⁾ In: Thüringische Landeszeitung vom 3. 4. 1980.

³⁾ Entschliebung des Hauptvorstandes der CDU 1958, in: Dokumente der CDU, Bd. 2, 1955—1958, Berlin (Ost) 1958, S. 175.

Der Begriff „Transmissionsriemen“ stammt vom Theoretiker und Praktiker der russischen Revolution, Wladimir Iljitsch Lenin. Lenin war der Auffassung — und sah sie in der Praxis bestätigt —, daß sich sozialistisches Bewußtsein nicht spontan entwickle. Die meisten Menschen würden nur ein „trade-unionistisches“ Bewußtsein entwickeln. Den Namen leitete Lenin von den englischen Gewerkschaften ab und meinte damit ein Bewußtsein, das nur an den Symptomen des Kapitalismus herumkuriert, statt an seine Wurzel zu gehen und ihn zu stürzen. Deshalb brauche die Gesellschaft eine politisch-bewußte Avantgarde, die „Partei der Arbeiterklasse“ als „Partei neuen Typs“, deren Gedanken und Politik in die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten durch spezielle Organisationen übertragen werden müßten. Als eine besondere Zielgruppe benannte er die bürgerlichen Mittelschichten und die Bauern. Walter Ulbricht drückte es in seiner Rede zum 20. Jahrestag des „Demokratischen Blocks“, in dem neben der SED sowohl alle nichtkommunistischen Parteien wie auch der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Freie Deutsche Jugend, der Demokratische Frauenbund Deutschlands und der Kulturbund der DDR zusammengeschlossen sind, so aus: „Wir wissen die Leistungen der befreundeten Parteien zu schätzen, die sie in der Arbeit mit allen Mitgliedern und ihnen nahestehenden Kreisen in der Nationalen Front geleistet haben. Sie knüpften an die Gedankenwelt dieser Bevölkerungsschichten an und halfen, sie für den sozialistischen Weg zu gewinnen.“⁴⁾

An die Gedankenwelt anzuknüpfen heißt in der DDR, sich in Sprache, Stil und den aufarbeitenden Traditionen untereinander und von der SED zu unterscheiden. Die CDU soll im offiziellen Auftrag zur Beeinflussung der Kirchen an das Gedankengut Luthers, der calvinistischen Reformierten und der katholischen Kirche anknüpfen und sie zu Kronzeugen der SED-Politik berufen; die LDPD soll es mit geistigen Vertretern des Bürgertums in ähnlicher Weise tun. Dazu gehören auch die Traditionen der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei der Weimarer Republik⁵⁾. Die Nationaldemokraten haben dage-

⁴⁾ W. Ulbricht, Rede zum 20. Jahrestag des Demokratischen Blocks, in: 20 Jahre Blockpolitik, Berlin (Ost) 1965, S. 15.

⁵⁾ U. a.: Alte Demokraten aus der LDPD: DDR — Vaterland des Volkes, in: Der Morgen vom 22. 5. 1962.

gen mehr die Vertreter der national-konservativen Kreise zu pflegen, insbesondere an das Gedankengut deutsch-nationaler Wehrmachts- und Reichswehroffiziere anzuknüpfen, bei denen die preußischen Tugenden in Verbindung mit der preußischen Geschichte einen besonderen Wert besitzen. Ein Kuriosum bildet in diesem Zusammenhang die Bauernpartei. Auf dem Weg, eigenständige revolutionär-bäuerliche Denkinhalte zu ergründen, kam man auf nichts weiter als auf die Bundschuh-Bewegung zu Beginn des 16. Jahrhunderts, die im wesentlichen die Leibeigenschaft abschaffen, die herrschaftlichen Abgaben reduzieren und die geistlichen Güter aufteilen wollte, auf Thomas Müntzer und den Bauernkrieg. Daß derartige Traditionen aufgesetzt sind, merkte auch bald die DBD und konzentrierte sich daher mehr auf aktuelle landwirtschaftspolitische und agronomische Fachfragen.

Eine zweite Funktion, die die nichtkommunistischen Parteien im offiziellen Sinne haben, ist die partielle Interessenvertretung ihrer Mitglieder und der ihnen zugerechneten Bevölkerungskreise. Man kann nämlich nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen einzuwirken versuchen und zugleich grob gegen ihre Interessen verstoßen. Am prägnantesten hat das Spannungsverhältnis zwischen Transmissionsriemen und Interessenvertreter vor kurzem die CDU beschrieben. „Zum einen: Die CDU ist nicht das politische Sprachrohr der Kirche. Wir können und wollen sie nicht für uns vereinnahmen. Zum anderen: Christen — Glieder der Kirchen — finden in unserer Partei ein breites politisches Tätigkeitsfeld, das ihnen viele Möglichkeiten zur Gestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft bietet. Wir leben also im Spannungsverhältnis von Nicht-Kirchenparteien und unserem Anspruch, eine Partei von Christen zu sein.“⁶⁾

Die Vertretung der Mitgliederinteressen bezog und bezieht sich bei der CDU im wesentlichen auf die Abwehr einer atheistischen Propaganda, bei der LDPD und der NDPD insgesamt auf Bemühungen, Teilen des Mittelstandes wirtschaftliche Überlebensmöglichkeiten zu schaffen. „Wenn es Klassen und soziale Schichten in der DDR gibt“, erklärte Manfred Gerlach für seine Partei in einem Interview mit Radio DDR II 1972, „dann gibt es naturgemäß auch unterschiedliche Interessen, auch individuelle Interessen, die nicht

⁶⁾ K. Radzimanowski, Friedenssehnsucht politisch umsetzen, in: Union teilt mit, (1982) 6, S. 11.

immer mit den gesellschaftlichen Gesamtinteressen übereinstimmen. Das ist ganz natürlich!"⁷⁾

Eine dritte offizielle Funktion liegt für die nichtkommunistischen Parteien darin, Aufstiegschancen für weniger bedeutsame Positionen im Staatsapparat und im beruflichen Leben denjenigen zu öffnen, die der SED mit einer gewissen Reserve gegenüberstehen. Frustrationen, die bei Nichtkommunisten gegenüber SED-Mitgliedern entstehen könnten, werden damit abgebaut und in individuelle Karrierechancen überführt. Allerdings ist es so, daß besonders Lehrer und andere Mitarbeiter im pädagogischen Bereich nach wie vor Aufstiegsschwierigkeiten haben, wenn sie sich zu einer der nichtkommunistischen Parteien bekennen, während der Aufstieg in den militärischen und Sicherheitsorganen für Mitglieder der anderen Blockparteien völlig unmöglich ist. Es gibt heute im Unterschied zu früher keinen Offizier der Nationalen Volksarmee mehr, der Mitglied einer der mit der SED „befreundeten“ Parteien ist. Auch der diplomatische Dienst bleibt bis auf ganz wenige Ausnahmen den anderen Parteien verschlossen. Bei einigen sogenannten Nomenklaturkadern ist sogar ausschließlich die SED-Mitgliedschaft vorgeschrieben. Dazu gehören die „Kaderleiter“, die Personalchefs aller staatlichen Betriebe. Ausgesprochene Vorteile von der Mitgliedschaft in einer der anderen Parteien haben dagegen Handwerker, Gewerbetreibende und Freiberufler.

Eine vierte offizielle Funktion der nichtkommunistischen Parteien liegt darin, politische Stimmungsberichte aus ihrer Mitgliedschaft und den ihr zugerechneten bürgerlichen Kreisen zu sammeln und über die Nationale Front an die Führungsspitzen der SED weiterzugeben. Namen werden dabei in der Regel nicht genannt, sondern Meinungstendenzen aufgezeigt, z. B. wie bestimmte Bevölkerungskreise auf Maßnahmen der Regierung der DDR und ihrer führenden Partei, der SED, reagieren. Das Weitergeben von Meinungstendenzen hat eine gewisse politikkorrigierende Funktion, weil die SED daran sieht, wie weit sie gehen kann und ob sie getroffene Maßnahmen evtl. ändern muß. Im Bezirksverband Berlin der Liberal-Demokratischen Partei ist zum Beispiel Ende der siebziger Jahre ein Stimmungsbericht zur deutschen Frage erstellt worden, der zusammen mit anderen

Erhebungen mit dazu geführt haben dürfte, daß die SED Ende 1982 ihre These von der „eigenständigen DDR-Nation“ hat fallen lassen und heute wieder sowohl vom „deutschen Volk“ als auch vom „sozialistischen Deutschland“ spricht.

Derartige Stimmungsberichte werden von den untersten Gliederungen der Parteien angefertigt und im eigenen Parteiapparat weitergegeben. Allerdings sind nicht nur die nichtkommunistischen Parteien Informationsquelle mit korrigierender Funktion, sondern alle gesellschaftlichen Organisationen der DDR stellen neben dem Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED, das 1965 gegründet wurde, derartige Stimmungsbilder zusammen. Auch von den verhörenden Sicherheitsorganen in den Haftanstalten der DDR ist bekannt, daß sie sich von politischen Häftlingen individuelle Einschätzungen zu politischen Fragen zu dem selben Zweck schreiben lassen, um offensichtlich auch einen Meinungsspiegel der offenen politischen Opposition zu schaffen.

Bürgerlicher Spielraum im Spannungsverhältnis sowjetischer Nachkriegspolitik

Die nichtkommunistischen Parteien im anderen Teil Deutschlands hatten nicht alle von vornherein Funktionen, die die SED ihnen zu maß. CDU und LDPD entstanden kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Berlin mit dem Anspruch, Parteien für die übriggebliebenen Reichsteile Deutschlands zu sein. Die in Berlin residierenden Vorstände nannten sich deshalb längere Zeit nach ihrer Gründung noch Reichsparteileitungen. Tatsächlich konnten sie ihren Einfluß aber nur auf die Sowjetische Besatzungszone ausdehnen und die verschiedentlich spontanen Parteigründungen in Leipzig, Dresden und anderswo unter das Dach der Reichsparteileitungen bringen. Angestrebte Vereinigungen mit den später auch in der amerikanischen und britischen Zone und noch später in der französischen Zone Deutschlands gegründeten ähnlichen christlich-unionistischen und liberalen Parteien scheiterten sowohl an der zunehmenden Divergenz der vier Besatzungsmächte in Deutschland als auch an dem Unwillen vieler westdeutscher Parteienvertreter, das Handeln insbesondere der LDPD, aber auch bestimmter CDU-Vertreter unter den besonderen Bedingungen der Sowjetischen Besatzungszone zu begreifen.

⁷⁾ M. Gerlach, Interview anlässlich des 11. Parteitag, in: Radio DDR II, 15. 2. 1972.

In der Sowjetischen Besatzungszone gab es zum einen die revolutionär-bolschewistische Linie, weitgehend repräsentiert von Oberst Sergej Tulpanow als einem Vertreter der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, und zum anderen die flexiblere Linie des in verschiedenen Funktionen tätigen Botschafters Wladimir Semjonowitsch Semjonow. Walter Ulbricht, der Mann der harten Linie in der SED, vermied zum Beispiel, so wird berichtet, stets Gespräche mit Semjonow und ließ seine Maßnahmen lieber von Tulpanow absegnen. Otto Grotewohl, ursprünglich SPD-Vorsitzender in der Sowjetischen Besatzungszone und später führendes Mitglied der SED, in der die SPD aufgegangen war, berichtete in diesem Zusammenhang, daß Semjonow ihm gegenüber seine Besorgnis darüber geäußert habe, „daß einige von Tulpanow und Ulbricht eingeleitete Maßnahmen über das Ziel der Moskauer Politik hinausgehen und die derzeit an sich schwierige Lage noch komplizieren könnten“⁸⁾. Der erste Chef der Sowjetischen Militäradministration, Marschall Grigorij Shukow, der 1928 einen Generalstabslehrgang bei der Reichswehr absolvierte, hatte Otto Grotewohl bereits als damaligem SPD-Vorsitzenden das Angebot unterbreitet, Walter Ulbricht aus der Führung der KPD herauszunehmen. Grotewohl hatte es aber versäumt, auf dieses Angebot zurückzukommen⁹⁾.

Als es Schwierigkeiten zwischen der SED und den Sowjets auf der einen und der CDU auf der anderen Seite gab und zuerst Andreas Hermes und Walther Schreiber, später Jakob Kaiser und Ernst Lemmer auf Befehl der Sowjets von der CDU-Führung abgelöst wurden, sollte Grotewohl auf Anraten von Erich W. Gniffke, einem der Gegner Ulbrichts in der SED, über Semjonow versuchen, Ernst Lemmer zu halten. Grotewohl und Gniffke wollten verhindern, daß weniger standhafte Politiker wie Otto Nuschke oder Luitpold Steidle neue CDU-Vorsitzende werden könnten¹⁰⁾. Seine Absicht, zu intervenieren, kam jedoch zu spät.

Mit Unterstützung verschiedener Vertreter der Sowjetischen Militäradministration konnten bürgerliche Politiker sich längere Zeit einen vorsichtig taktierenden Spielraum erhalten, der heute noch gewisse Nachwirkungen hat. Nach wie vor pflegen führende Vertreter von LDPD und CDU, an ihrer Spitze die Vor-

sitzenden Manfred Gerlach und Gerald Götting, ihre eigenen Drähte zur sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin. Auf Wunsch der Sowjets hielt deshalb Gerald Götting als einziger Vertreter einer nichtkommunistischen Partei des sowjetischen Machtbereichs 1982 Ehrenwache am Sarg Breschnews in Moskau. Die Vorstände beider Parteien wie auch die anderen laden die Vertreter der sowjetischen Botschaft in unregelmäßigen Abständen sowohl zu Sitzungen ihrer Zentral- bzw. Hauptvorstände und zu Veranstaltungen ihrer zentralen Parteischulen ein.

Sowjets und SED als Parteigründer

Der zunächst größere Spielraum der CDU und der LDPD wurde 1948 eingeschränkt. Auf Betreiben der SED wurde die Demokratische Bauernpartei Deutschlands gegründet und auf Wunsch der Sowjets die National-Demokratische Partei Deutschlands. Die Sowjetische Militärverwaltung, so teilte Oberst Tulpanow in einem Gespräch mit hohen SED-Funktionären mit, habe „aus einer Reihe von Untersuchungen über ehemalige Mitglieder und Funktionäre der Nazi-Partei die Überzeugung gewonnen, daß sich dort sehr brauchbare Kräfte finden, die sich nur schlecht in die bestehenden Massen- und Parteiorganisationen eingliedern lassen. Jetzt werden Entlassungen ehemaliger Nazifunktionäre vorgenommen, und ich habe mit einigen von ihnen ausführliche Gespräche gehabt. Um diese Kräfte zu aktivieren, haben wir von unserer Seite aus vorgeschlagen, die Bildung einer Partei zu befürworten, in denen diese Kräfte gesammelt, vereinigt und der weiteren Entwicklung der Zone nutzbar gemacht werden können. Die Partei wird voraussichtlich National-Demokratische Partei heißen. Diesen Kräften sollen in der Zone Entfaltungsmöglichkeiten gegeben werden.“¹¹⁾

Bestätigt werden diese Angaben inzwischen auch in Berichten des NDPD-Zentralorgans selbst. „Fünf Männer aus dem Mittelstand“, schrieb die National-Zeitung beispielsweise am 26. Mai 1963, „wurden von der Sowjetischen Kommandatur eingeladen und aufgefordert, darzulegen, wie sie sich die politische Mitarbeit unter den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, den Offizieren, unter den Handwerkern und Privatbesitzern denken.“ Aus diesem Gespräch ging die Gründung der NDPD in Potsdam-Babelsberg hervor. Auf-

⁸⁾ E. W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 298.

⁹⁾ Ebd., S. 365.

¹⁰⁾ Ebd., S. 272.

¹¹⁾ W. Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln-Berlin (West) 1955, S. 396.

grund ihrer stärkeren Unterstützung durch die Russen durfte sie sich zunächst auch öffentlich mit der SED anlegen. 1948 gab es zum Beispiel eine Pressepolemik zwischen dem Vorsitzenden der NDPD, Lothar Bolz, und dem „Neuen Deutschland“. Das „Neue Deutschland“ kritisierte das nationale und „abgeklärte“, aus „Vernunftsgründen geborene Verhältnis zur Sowjetunion“ und bemängelte die nichtsozialistischen Auffassungen. Lothar Bolz schrieb in seiner Erwiderung: „Ob solcher Anschauungen sind Sie empört. Wir können Ihnen nicht helfen. Wir können nur wiederholen, daß wir uns keiner Weltanschauung (auch nicht Ihrer), keinem sozialen Dogma (auch nicht Ihrem) und auch keinem Klassenstandpunkt (auch nicht Ihrem) verschreiben!“¹²⁾ Als die Russen später ihr spezielles Interesse an der NDPD verloren hatten, weil es ihr an größerem Einfluß auf die national-konservativen Kräfte beider Teile Deutschlands ermangelte, wurde die NDPD gezielt durch die SED unterwandert und ihr Spielraum eingeschränkt. So wurde beispielsweise 1954 von der Bezirksstelle des Staatssicherheitsdienstes Gera der Mitarbeiter Lothar T. als Abteilungsleiter III der NDPD-Parteikontrollkommission eingesetzt. Schon 1948 hatte sich die NDPD auch gegenüber der LDPD profiliert. Sie wurde zu Beginn der fünfziger Jahre immer stärker gegen die Liberal-Demokratische Partei geschoben, und 1952 wurde vom politischen Berater des Chefs der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonow die Ausschaltung der LDPD als „wichtigste Aufgabe“ der NDPD dargestellt¹³⁾.

Die Demokratische Bauernpartei hat nie einen Spielraum von der SED zubemessen erhalten. Ihr Gründungsprogramm von 1948 enthält keine eigenen politischen Konzeptionen. Die Liberal-Demokratische Partei drückte es 1948 so aus: „Die bestehenden antifaschistischen Parteien, in erster Linie unsere Partei, sind sehr wohl in der Lage, die Interessen der Bauern zu vertreten. Die wahren Ziele, die bei der Bildung einer Bauernpartei von der anderen Seite verfolgt werden und die darauf hinauslaufen, die Bauern von den nichtmarxistischen Parteien abzudrängen und diese dadurch zu schwächen, müssen der

¹²⁾ Kritisches zu einem Parteiprogramm, in: Neues Deutschland vom 17. 10. 1948; Antwort an Herrn Max Nierich, in: National-Zeitung vom 31. 10. 1948; So nicht Herr Selbmann?, in: National-Zeitung vom 5. 12. 1948.

¹³⁾ Informationsbüro West (IWE) vom 2. 7. 1952.

Bauernschaft eindeutig dargelegt werden.“¹⁴⁾ In diesem Jahr gehörten der LDPD immerhin 23 436 Bauern an. Um der DBD eine Stütze in der Bauernschaft zu geben, wurden SED-Mitglieder in die neue Partei delegiert.

Zwischen Anpassung und Korrektur. Motive des politischen Handelns

Verschiedene Politiker der nichtkommunistischen Parteien haben versucht, sich in der Spanne, die sich öfter zwischen den beiden Linien der sowjetischen Politik in ihrer Zone auftat, zu bewegen. Sie hatten dabei zugleich die Politik der SED zu berücksichtigen, die sich mit ihrem Hauptrepräsentanten Walter Ulbricht an die revolutionär-bolschewistische Linie der sowjetischen Politik anlehnte und sie weiterzutreiben versuchte. Die SED stützte sich auch auf Politiker in der CDU, LDPD, NDPD und DBD. Es handelt sich insbesondere um den Vorsitzenden der LDPD Hans Loch und seinen Generalsekretär Herbert Täschner, um Heinrich Homann, der vom politischen Geschäftsführer der NDPD 1952 zum stellvertretenden Vorsitzenden der Partei avancierte und 1972 den Vorsitz übernahm, sowie zeitweise um Gerald Götting, den 1949 erst 26jährigen Generalsekretär der CDU. Er hatte insbesondere die Aufgabe, den Einfluß des CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke in seiner Partei zu paralysieren. Gerald Götting wurde 1966 Vorsitzender der CDU und war zumindest seit dieser Zeit auf eine stärkere Profilierung der CDU bedacht. Seine Rolle von heute ist nicht seine Rolle von gestern. Herbert Täschner, der in Zusammenarbeit mit der SED von Major Siora von der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen aufgebaut wurde, avancierte 1950, erst 34 Jahre alt, zum Generalsekretär der LDPD. Seine scharfen Stalinisierungsmaßnahmen in der Partei stießen jedoch auf den erbitterten Widerstand von Johannes Dieckmann, des stellvertretenden Vorsitzenden der LDPD und Präsidenten der Volkskammer, der zusammen mit seinem persönlichen Referenten Theo Hanemann, dem heutigen Direktor der Zentralen Parteischule „Wilhelm Külz“, 1954 erfolgreich Täschners Ablösung betrieb. Sein Nachfolger Manfred Gerlach, der seit 1967 Vorsitzender der LDPD ist, bewegte sich von vornherein konzilianter.

Das Motiv der Politiker, die in einer gewissen Grauzone zwischen den beiden Linien sowje-

¹⁴⁾ LDP-Informationen, (1948) 9.

tischer Politik und der SED operierten, war neben sehr persönlichen Eitelkeiten insbesondere, der aufziehenden Diktatur des Proletariats die Schärfe zu nehmen und die bürgerlichen Strukturen in der DDR zu konservieren. Man hoffte damals noch auf eine Wiedervereinigung und wollte retten, was für Deutschland noch zu retten war. Von Johannes Dieckmann wurde beispielsweise 1959 das Goethe-Wort zitiert: „Treuer Dienste tägliche Bewahrung, sonst bedarf es keiner Offenbarung“, dessen ersten Teil er bejahte, dessen zweiten er aber relativierte. „Es wurde vorhin hier einmal in irgendeinem Zusammenhang gesagt, es sei diesem oder jenem Parteifreund der Vorwurf gemacht worden, der eine sei zu liberal, der andere sei zu demokratisch. Was ist dazu zu sagen? Es kann niemand von uns zu liberal sein, und es kann niemand von uns zu demokratisch sein, wenn wir das Wort demokratisch im Sinne unserer Zeit richtig verstehen.“¹⁵⁾

Walter Ulbricht, Gegner der „Grauzonenkräfte“ in den nichtkommunistischen Parteien, bestätigte später ihren korrigierenden Einfluß: „Wir bekennen offen, daß wir auch von den Freunden der Blockparteien so manches gelernt haben. Manch scharfe Kanten in der Politik, die bei der Härte des Klassenkampfes in Deutschland unvermeidlich waren, wurden im Meinungsaustausch und in der Zusammenarbeit abgeschliffen.“¹⁶⁾

Johannes Dieckmann, LDPD

Johannes Dieckmann war einer der profiliertesten nationalliberalen Politiker in der DDR. Vorsitzender der LDPD konnte er nicht werden, auch nicht, als die Position zweimal vakant wurde, da die SED stets ihr Veto einlegte. Als der Landesverband Sachsen, der „konservativste“ innerhalb der LDPD, 1951 Johannes Dieckmann als neuen Parteivorsitzenden vorschlug, mußte Dieckmann auf seine Kandidatur verzichten.

Johannes Dieckmann war vor 1933 in führenden Positionen der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei tätig und hatte am Sturz des Dresdner Oberbürgermeisters Bernhard Blü-

her, der ebenfalls Mitglied der DVP war, mitgewirkt, weil Blüher die Unterstützung auch bei Kommunisten gesucht hatte. In einer 1974 erschienenen offiziellen LDPD-Würdigung Dieckmanns heißt es, er hätte durch die westdeutsche Politik der Westintegration „ein Gefühl der Ohnmacht“ gehabt. Trotzdem hätte er seine Haltung mit der „illusionären Erwartung“ verbunden, „Politiker wie er könnten Verbindungen knüpfen und gemeinsam mit politisch vernünftigen Kreisen in der BRD der Entwicklung irgendwie Einhalt gebieten.“ In seinem deutschlandpolitischen Denken orientierte sich Dieckmann „an der Politik Bismarcks, die davon ausging, daß ein gutes Verhältnis zum Nachbarn im Osten im wohlverstandenen beiderseitigen Interesse lag. Er war beeindruckt von der Rapallo-Politik, die sich bekanntlich auf die These gründete, daß das östliche Riesenreich ein europäischer und weltpolitischer Faktor ist, gleichgültig, welches politische System dort herrschte; und drittens berief sich Dieckmann auf Gustav Stresemann.“¹⁷⁾ Bis zum Beginn der sechziger Jahre forderte Dieckmann öffentlich einen nationalen Kompromiß „im Sinne Bismarcks“, kam auf die Möglichkeit getrennter Wahllisten in der DDR zurück und betonte die Notwendigkeit gesamtdeutscher freier Wahlen. Ist nicht „eine der Grundvoraussetzungen dafür“, fragte er, „daß in einem Lande freie Wahlen durchgeführt werden, daß dieses Land frei von fremden Truppen ist?“¹⁸⁾

Die SED, die schon frühzeitig gegen eine eigenständige gesamtdeutsche Rolle im Ost-West-Ausgleich öffentlich zu Felde gezogen war, wollte Dieckmann mehrfach ablösen. Seine Auffassung, auch von anderen vertreten, die LDPD werde „der Mittler zwischen Ost und West sein“¹⁹⁾, paßte nicht in ihr Konzept. Vorgeschickt wurde der Justizminister und LDPD-Vorsitzende Hans Loch. Er bezeichnete im Zentralorgan „Der Morgen“ Dieckmann als einen „antiselbstkritischen Barden“. Der Volkskammerpräsident schwebte „über den Wolken als lächelnder Buddha und fährt nicht wie Jupiter tonans, wie der zür-

¹⁵⁾ J. Dieckmann, Zwischenbemerkung auf der 9. Sitzung des Zentralvorstandes der LDPD, 24./25. 7. 1959, in: ders., Dokumente — Reden — Aufsätze, Schriften d. LDPD, H. 25, Berlin (Ost) 1982, S. 172f.

¹⁶⁾ W. Ulbricht, Die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Theorie für die Entwicklung der Politik der SED, in: Einheit, (1966) 2, S. 161.

¹⁷⁾ R. Agsten, Johannes Dieckmann. Sein Weg in den Sozialismus 1945—1969, Schriften d. LDPD, H. 11, Berlin (Ost) 1974, S. 27f.

¹⁸⁾ „Die Welt“ fragte — Dieckmann antwortete, in: Die Welt vom 10. 8. 1956; Freie gesamtdeutsche Wahlen. Gespräch mit Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann, in: Konkret, (1961) 3, S. 7.

¹⁹⁾ H. Müller, Vorsitzender des LDPD-Bezirksverbandes Karl-Marx-Stadt in einer Besprechung mit den Kreisvorsitzenden des Bezirksverbandes am 28. 1. 1954, Privatarchiv.

nende Donnergott dazwischen. Solche Fehler darf auch der älteste Pelikan nicht begehen. Wir wissen, daß viele der alten Individualisten, die als Anhänger der scheinliberalen Staatstheorie vom Nachtwächterstaat die Hauptverantwortlichen für die Entartung des Liberalismus gewesen sind, für unseren fortschrittlichen Liberalismus nicht mehr gewonnen werden können.²⁰⁾ Noch 1958 wurde ein Glückwunsch zu Dieckmanns 65. Geburtstag von der SED-Zeitung „Neuer Weg“ zusammen mit der Abbildung eines Schneemenschen abgedruckt²¹⁾.

Die Ablösung Dieckmanns mißlang, weil die Russen gerade an seinen gesamtdeutschen und Rapallo-Vorstellungen weiterhin Interesse hatten. Erst viel später, 1961, zollte zwangsläufig auch die SED ihm eine gewisse Anerkennung: „Dieckmann war kein Kommunist und ist kein Kommunist. Er war und ist ein hervorragender Vertreter und Politiker des liberalen deutschen Bürgertums, jenes Teils des deutschen Bürgertums, dem die wahren Interessen, eine friedliche Zukunft des deutschen Volkes am Herzen liegen.“ Trotzdem hatte sich der stellvertretende LDPD-Vorsitzende mit der SED nie wirklich ausgesöhnt. In einer testamentarischen Verfügung bestimmte er, daß der SED-Vertreter an seinem Grabe nicht länger als fünf Minuten reden dürfe.

Hermann Kastner. Das SED-System fast überwunden

Eine ähnliche, für DDR-Verhältnisse unabhängige Rolle spielte Hermann Kastner. Er wurde 1949 zusammen mit dem später verhafteten Karl Hamann zum gleichberechtigten Vorsitzenden der LDPD gewählt. Aus dieser Position heraus wurde er stellvertretender Ministerpräsident der ersten DDR-Regierung. Nach der Flucht seines Sohnes in den Westen am 18. April 1950 wurde Kastner von der SED nahegelegt, sein Amt niederzulegen und die LDPD zu verlassen. Auf sowjetischen Druck mußte die LDPD jedoch wenig später Kastner wieder aufnehmen. Kastner war, wie sich später herausstellte, der hochrangigste Informant der „Organisation Gehlen“ in der DDR. 1956 kam er in die Bundesrepublik.

Spätestens seit Stalins Tod am 5. März 1953 wurde die alte Shukow-Semjonow-Linie zur offiziellen Regierungspolitik Moskaus. Semjo-

now hatte schon vor Stalins Tod, als Kastner vier Wochen auf der Krim verbrachte, ein Drei-Tage-Treffen zwischen Stalin und Kastner arrangiert. Die Russen hatten ein Interesse daran, die DDR insgesamt attraktiver zu machen und einen gesamtdeutschen Kompromiß zu finden. „Ulbricht war nur noch formal Generalsekretär der Partei, faktisch war ihm die Führung bereits entzogen.“²²⁾ Am 19. Juni 1953 wurde Kastner in Berlin von Semjonow aufgefordert, ihm als sowjetischem Hochkommissar geeignete Vorschläge zu einer populären Regierungspolitik zu unterbreiten. Einen Tag später schlug Kastner in einem Memorandum die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Richter, die Beseitigung des Einflusses der SED auf die Rechtsprechung, die Besetzung der wichtigsten Verwaltungsstellen ohne Rücksicht auf das Parteibuch und den Ausbau der Konsumgüterindustrie vor. Diesen Vorschlägen gegenüber war Semjonow aufgeschlossen. Kategorisch lehnte er jedoch die von Volkskammerpräsident Dieckmann mehrmals erhobene Forderung nach Neuwahlen ab. Kastner selbst hielt es nach seinen Gesprächen mit Semjonow für möglich, daß er Walter Ulbricht als stellvertretender Ministerpräsident ablösen könnte. Semjonow hatte, wie später verlautete, auch mit dem Gedanken gespielt, Hermann Kastner, den CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke oder den ehemaligen General der Wehrmacht und späteren Chef des Stabes der Kasernierten Volkspartei, Vincenz Müller (NDPD), zum Ministerpräsidenten ernennen zu lassen. Überlegt wurde von den Russen auch, inwieweit der am 15. Januar 1953 verhaftete CDU-Außenminister der DDR, Georg Dertinger, und der zur gleichen Zeit inhaftierte ehemalige Vorsitzende der LDPD, Karl Hamann, in einem neuen Kabinett reaktiviert werden sollten²³⁾.

Die flexible Linie der sowjetischen Politik fand mit den Nachwirkungen des Juni-Aufstandes in der DDR ihr einstweiliges Ende, da der Aufstand dem harten Flügel in Moskau und Ost-Berlin Vorschub leistete. Vorsichtige Fühlungnahmen hatte es auch später noch gegeben. So sollte Kastner beispielsweise Mitte 1956 im Auftrage der Sowjets mit westdeutschen und anderen westlichen Politikern

²²⁾ H. Brandt, Ein Traum der nicht entführbar ist, Berlin (West) 1977, S. 209.

²³⁾ Der Spiegel, (1953) 29, S. 5f., (1953) 35, S. 3f. Informationsbüro West (IWE) vom 20. 6. 1953 und 29. 5. 1954; zum Hintergrund: R. Löwenthal, Vorwort, in: A. Baring, Der 17. Juni 1953, Stuttgart 1983, S. 8ff.

²⁰⁾ H. Loch, LDPD und Kritik, in: Der Morgen vom 7. 9. 1952.

²¹⁾ Neuer Weg vom 20. 1. 1958.

vertrauliche Gespräche über die Lösung der deutschen Frage führen. Ein Angebot der Sowjets war, die Herrschaft der SED in der DDR zur Disposition zu stellen und im Vorfeld ernsthafter Gespräche den nichtkommunistischen Parteien mehr Macht zu übertragen.

Otto Nuschke, CDU

Otto Nuschke, der von 1948 bis 1957 nach der verordneten Ablösung von Kaiser und Lemmer den CDU-Vorsitz innehatte, war ein Mann des Konformismus in prinzipiellen und der Selbstbehauptung in einzelnen abgegrenzten Bereichen. Er wird heute oft als „Lehrer und Vater“ der CDU gewürdigt. Ohne Einfluß auf die große Linie, versuchte er im Einzelfall mäßigend zu wirken, diesen oder jenen Menschen vor Verfolgung oder Zuchthaus zu bewahren und verschiedene Anordnungen der SED abzuschwächen. Er hat, wie Tulpanow 1975 in einem Rückblick feststellte, „die Auffassung vom Klassenkampf als einer geschichtlichen Gesetzmäßigkeit nicht geteilt“²⁴⁾.

Nuschke war von 1949 bis zu seinem Tode 1957 stellvertretender Ministerpräsident der DDR. Gleichzeitig hatte er von 1949 an das Amt für Kirchenfragen inne, von dem er 1956 durch den Kommunisten Eggerath abgelöst wurde. Nuschke war damit weitgehend entmachtet, denn er hatte sich um Ausgleich zwischen der SED und den Kirchen bemüht und nicht nur, soweit er es konnte, der Atheismus-Propaganda der SED die Schärfe genommen, sondern auch die Ausgliederung der theologischen Fakultäten aus den staatlichen Universitäten verhindert. Als er im Februar 1950 von der SED gestürzt werden sollte, wurde er von der Sowjetischen Militäradministration gehalten²⁵⁾.

Nuschke hatte insbesondere 1949 und in den darauf folgenden Jahren den Bestrebungen der SED eine aktive Neutralitätspolitik entgegenzusetzen versucht. Er plädierte außerdem dafür, daß an den gesamtdeutschen Bemühungen der verschiedenen Kräfte die „Nationale Front‘ Schiffbruch erleiden“ müsse. Gegenüber Professor Ulrich Noack, dem Vertreter des nationalneutralistischen Nauheimer Kreises in Westdeutschland, äußerte er sich jedoch skeptisch im selben Zusammenhang: „Ja,

²⁴⁾ Sergej S. Tulpanow: Er stellte sich auf die Seite der Arbeiterklasse, in: Erinnerungen an Otto Nuschke, Berlin (Ost) 1975, S. 107.

²⁵⁾ Politisches Archiv, Berlin-Grünwald, OKP 015, 1953: Otto Nuschke.

an unseren Bemühungen um die Einheit und Freiheit Deutschlands werden wir alle noch zugrunde gehen.“²⁶⁾ Seine Motivation, trotz alledem in der DDR weiterzuwirken, hatte er schon 1948 in einer öffentlichen Rede deutlich gemacht: „Für die Deutschen in der Ostzone gibt es nur drei Möglichkeiten: Entweder sie verüben Selbstmord oder sie flüchten in den Westen, oder sie versuchen mit der sowjetischen Besatzungsmacht zu einer Verständigung zu kommen.“²⁷⁾

Vincenz Müller, NDPD

Vincenz Müller war von 1949 bis 1953 stellvertretender Vorsitzender der NDPD und später Generalstabschef der Nationalen Volksarmee. 1957 wurde er vom Dienst suspendiert, weil ihm vorgeworfen wurde, sich gegen Beschlüsse der SED über die führende Rolle der Partei in der Nationalen Volksarmee gestellt zu haben. Noch im Kaiserreich hatte er sich für den Offiziersberuf entschieden. Als junger Major war er in der Weimarer Republik Adjutant bei General von Schleicher geworden. Im Zweiten Weltkrieg wurde er 1943 zum Generalleutnant befördert und erhielt das Ritterkreuz. In der Gefangenschaft schloß er sich dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) und dem „Bund Deutscher Offiziere“ an. Müller war Vertrauensmann der Sowjets. Er hielt zwischen 1950 und 1954 enge Kontakte zu seinen ehemaligen Wehrmachtsskameraden, die später in der Bundeswehr hohe Positionen bekleideten. Seine politische Konzeption bestand in einer deutschen Unabhängigkeit von Ost und West, die für ihn keine Ostorientierung bedeutete. Eine Neutralisierung ganz Deutschlands hielt Müller nur für begrenzt nötig.

Gesprächspartner im Westen war Oberst Hermann Teske, der „mit Wissen der Behörde“ den Kontakt zu Müller hielt und seine Vorschläge und politischen Konzeptionen in einem, wie es im Briefwechsel zwischen Müller und Teske nebulös heißt, „Familienrat“ besprach, um das Ergebnis Müller anschließend wieder mitzuteilen. Zum „Familienrat“ gehörten neben dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr General Heusinger auch der spätere Oberbefehlshaber im NATO-Kommando Europa-Mitte Speidel und die Generale von Sodenstern, Vieban, von Natzmer u. a.

²⁶⁾ Aus dem Tagebuch von Frau Marianne Noack, 25. 3. 1950, in: Welt ohne Krieg, (1966) 3, S. 8.

²⁷⁾ Nuschke, nach: J. B. Gradl, Anfang unter dem Sowjetstern, Köln 1981, S. 156.

Die Kontakte, die sich fast ausschließlich um die Frage der deutschen Einheit drehten, wurden nach 1954 nicht fortgesetzt. Die „Behörde“ in Westdeutschland drang auf einen Abbruch aller Kontakte, und auch im Osten schienen die Weichen anders gestellt zu sein. Teske gelangte in Ost-Berlin nicht weiter als bis zu Heinrich Homann, der damals stellvertretender Vorsitzender der NDPD war. Die Kontakte zwischen Oberst Teske und Generalleutnant Müller fanden vielfach im Hause der NDPD statt, wurden mitunter auch zusammen mit dem sowjetischen Oberst Alexandrow im Hauptquartier der Sowjets in Berlin-Karlshorst geführt²⁸⁾.

Müller setzte seine Kontakte später fort. Als Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR empfing er am 11. Juni 1955 und 20. Oktober 1956 den damaligen Bundesfinanzminister Fritz Schäffer (CSU), um mit ihm über die Lösung der deutschen Frage zu sprechen. Hierbei spielte auch der Plan einer Konföderation beider deutscher Staaten, die zueinander etwa ein Verhältnis wie die Beneluxstaaten haben sollten, eine Rolle. Der Konföderationsplan soll von Schäffer ins Gespräch gebracht worden sein. Schäffer hatte in Ost-Berlin in Anschluß an sein Treffen mit Müller auch ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin²⁹⁾.

Alle Kontakte und gesamtdeutschen Bemühungen, die zwischen Politikern beider deutscher Staaten in einer gewissen „Grauzone“ stattfanden, scheiterten schließlich. Vincenz Müller nahm sich am 12. Mai 1961 das Leben³⁰⁾. Die genauen Hintergründe sind unbekannt. Trotzdem oder gerade deshalb erhielt er in der DDR ein feierliches Staatsbegräbnis.

Spätfolge oder Neuanfang?

Die „Grauzonenkontakte“ sind trotzdem nur teilweise abgerissen oder wurden später in anderer Besetzung wieder aufgenommen. Als „deutsche Patrioten in beiden deutschen Staaten“ unterhielten sich 1980 in Ost-Berlin Bun-

deswehrgeneral a. D. Heinz Karst und Offiziere der Nationalen Volksarmee, deren Kontakte von einem der stellvertretenden Verteidigungsminister der DDR gestützt wurden. Karst fuhr als Mitglied des „James-von-Moltke-Kreises“, „der auch in der DDR Anhänger hat“, nach Ost-Berlin und Potsdam. Gesprächsthema war, der deutschen Einheit näherzukommen³¹⁾.

Nationale Bedeutung und internationale Kontakte

Die Möglichkeiten und Chancen derartiger Kontakte sind heute sicher geringer, als sie es noch in den fünfziger Jahren waren. Das Regime war damals noch nicht so gefestigt wie heute, die Weisungsbefugnis der Sowjets größer und der Anteil der Vertreter der nichtkommunistischen Parteien in der Regierung der DDR höher. Von 14 Fachministern der ersten Regierung der DDR am 12. Oktober 1949 gehörten drei Minister der CDU, zwei der LDPD und je einer der NDPD und der DBD an. Von dreißig Fachministern der jetzigen DDR-Regierung sind 27 Mitglieder der SED, während die CDU nur noch den Postminister, die LDPD den Justizminister und die Bauernpartei den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft stellt. Die NDPD stellt keinen Fachminister mehr, wofür der dieser Partei angehörende Vorsitzende des Staatlichen Vertragsgerichts nominell ebenso wie die der CDU, LDPD und DBD angehörenden Fachminister zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats gemacht wurden. Im diplomatischen Dienst ist nur noch Ferdinand Graf von Thun und Hohenstein als Mitglied der NDPD vertreten. Er ist ständiger DDR-Vertreter bei der UNESCO in Paris. Im Unterschied zu früher sind jedoch alle Vorsitzenden der nichtkommunistischen Parteien als nominell stellvertretende Vorsitzende in dem wichtigen Machtorgan des Staatsrates der DDR vertreten.

Trotz des deutlichen Positionsverlustes der nichtkommunistischen Parteien, sollte der Einfluß einiger ihrer Repräsentanten nicht unterschätzt werden. Als stellvertretende Vorsitzende des Volkskammerausschusses für Nationale Verteidigung sind zum Beispiel der NDPD-Vorsitzende Heinrich Homann und der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach zugleich Mitglieder des Nationalen Verteidi-

²⁸⁾ W. Rehm, Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Deutsch-deutsche Offizierskontakte in den fünfziger Jahren, Vortrag vor der „Gesellschaft für Deutschlandforschung e. V.“ am 28. 2. 1984 (erscheint 1984 im Sammelband „Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945“).

²⁹⁾ Wir sprachen über Konföderation. Vincenz Müller über Einzelheiten seiner Unterredung mit Bundesminister Dr. Schäffer, in: National-Zeitung vom 23. 11. 1958; vgl.: Neue Zürcher Zeitung vom 15. 11. 1958; Die Welt vom 17. 11. 1958.

³⁰⁾ Pankow bestätigt indirekt Selbstmord von General Müller, in: Der Tagesspiegel vom 17. 5. 1961.

³¹⁾ S. Anm. 28.

gungsrates der DDR, der unter dem Vorsitz von Erich Honecker die volle Notstandskompetenz in seinen Händen hält. Die Namen der Mitglieder des Nationalen Verteidigungsrates werden bis auf den Vorsitzenden in der DDR nicht veröffentlicht.

Die CDU definierte sich auf ihrem 15. Parteitag 1982 in Dresden „als eine Partei des Friedens“ und hat eine im wesentlichen innenpolitische Bedeutung. Um in den Bereich der evangelischen Kirchen hineinzuwirken, arbeitet sie eng mit der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) zusammen, die 1958 in Prag gegründet wurde. Ihr Pendant für die katholische Seite ist die auf Initiative von Funktionären der CDU 1964 gegründete „Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten“ (BK). Je stärker die Kirchen in der DDR ihren Spielraum erweitern, desto größere Bedeutung kann auch die CDU für sich in Anspruch nehmen.

Eine andersgeartete, wesentliche Bedeutung hat heute die LDPD. Sie sei zu „nuancierter Betrachtung bestimmter Sachfragen“ imstande, erklärte der stellvertretende FDP-Vorsitzende und Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Wolfgang Mischnick nach seinem Gespräch am 5. März 1984 mit Spitzenpolitikern der LDPD im Ost-Berliner Haus der Partei³²). Wolfgang Mischnick war selbst bis 1948 Mitglied der LDPD und stellvertretender Landesvorsitzender Sachsens.

Die Kontakte zwischen beiden Parteien sind immer nur kurzfristig unterbrochen worden. Während die Unionsparteien beider deutscher Staaten überhaupt keine Gespräche untereinander führen, und von der westdeutschen CDU nach wie vor jeder Kontakt abgelehnt wird, fanden Kontakte zwischen der FDP und der LDPD seit jeher auf den verschiedensten Ebenen statt. 1947 wurde zwischen allen vier Zonenparteien der Liberalen die „Demokratische Partei Deutschlands“ mit ihrem Kontaktbüro in Frankfurt a. M. gebildet. Gleichberechtigte Vorsitzende waren Theodor Heuss (West) und Wilhelm Külz (Ost). Zu Beginn des Jahres 1948 scheiterte jedoch der gesamtdeutsche Parteiversuch am Unwillen der westdeutschen Liberalen, weiterhin mit Wilhelm Külz, dem LDPD-Vorsitzenden, zusammenzuarbeiten und an der Ablehnung des Vorschlages von Johannes Dieckmann, sich nicht an der Bildung von deutschen Separatstaaten zu beteiligen. 1955

³²) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 3. 1984; Der Morgen vom 6. 3. 1984.

erschien eine LDPD-Delegation uneingeladete zum 6. Bundesparteitag der FDP in Oldenburg. Sie wurde nicht in den Saal gelassen. Vom 4. bis 6. Oktober 1956 fanden dann in Weimar offizielle Gespräche statt. Die FDP wurde von Erich Mende, Walter Scheel und Wolfgang Döring vertreten; seitens der LDPD nahmen Manfred Gerlach, Rudolf Agsten und Harald Werthmann an den Verhandlungen teil. Alle drei haben nach wie vor führende Positionen in der LDPD. Am 13. Januar 1966 sprach Johannes Dieckmann auf Einladung des Liberalen Studentenbundes in Marbach bei Marburg, das heißt, er versuchte zu sprechen. Splitternde Fensterscheiben und Rufe wie „Hängt ihn auf“ störten die Atmosphäre. 1966 kam es dann wieder zu einem öffentlichen Podiumsgespräch zwischen Vertretern beider Parteien, 1973 zu einem Treffen zwischen Wolfgang Mischnick und Manfred Gerlach und nach Aufgabe der rigorosen Abgrenzungspolitik der DDR gegenüber der Bundesrepublik zu einer offiziellen Einladung an die FDP, am 12. LDPD-Parteitag 1982 in Weimar teilzunehmen. Die FDP nahm diese Einladung an. Kurz darauf traf sich Hans-Dietrich Genscher (FDP), der selbst bis 1952 der LDPD angehörte, mit Manfred Gerlach in Halle.

Bei den jüngsten Treffen in Ost-Berlin wurde die LDPD zur Teilnahme am nächsten Bundesparteitag der FDP sowie zu Gesprächen mit der FDP-Führung nach Bonn eingeladen. Ziel der neuen Kontakte ist es u. a., einen Rahmen zu vereinbaren, in dem die mittleren und kleinen Betriebe beider deutscher Staaten in eine wirtschaftliche Kooperation einbezogen werden können. Es ist das Bestreben der SED- wie der LDPD-Führung, die mittleren und kleinen Betriebe der DDR leistungsfähiger zu machen.

Wie ambivalent die SED den nationalen und internationalen Kontakten der LDPD gegenübersteht, zeigt, daß zur „II. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa der Europäischen Zentrums-, Liberalen- und Agrarparteien“ vom 14. bis 16. Oktober 1983 in Finnland aus der DDR lediglich die DBD entsandt wurde, obwohl mehrere Kontaktpartner der LDPD, so die Liberale Volkspartei Finnlands, die Demokratische Partei Polens und die westdeutsche FDP, Teilnehmer der Konferenz waren³³).

Die Bauernpartei, deren innenpolitische Bedeutung sich, wie schon beschrieben, auf höchstens eine politische Standesvertretung

³³) Die Neue Bonner Depesche, (1983) 12, S. 35.

beschränkt, unterhält keine innerdeutschen, dafür aber einige internationale Kontakte mit der Zentrumspartei Finnlands (vormals Agrarunion), der Bauernpartei Griechenlands (AKE), dem Bauernverband Zyperns, dem Nationalen Italienischen Bauernverband sowie Agrarvereinigungen in Österreich, Japan, Schweden, Norwegen, Belgien und Dänemark. Hinzu kommen die Fortschrittspartei Islands, die Radikale Venstre Dänemarks, der Alläthiopische Bauernverband sowie der Verband der Kleinbauern Kubas. Zwei dieser Parteien, die isländische und die dänische, sind Mitglieder der Liberalen Internationale. Die Zentrumspartei Finnlands hat dort einen Beobachterstatus.

Als befreundete Parteien werden die Bulgarische Bauernpartei und die Vereinigte Polnische Bauernpartei bezeichnet. In einer gemeinsamen Erklärung nahmen sie 1982 zur Sicherheitslage in Europa Stellung, die die Haltung der führenden Parteien ihrer Staaten unterstrich. Die Kontakte der DBD als verlängerter Arm der SED in den Agrarbereich machen deutlich, daß die nationalen und auch internationalen Kontakte der LDPD unterlaufen werden sollten. Wenig später zog deshalb die LDPD nach. Am 18. Mai 1983 wurde eine umfangreiche Erklärung der LDPD, der Demokratischen Partei Polens und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei — alle drei auch Kontaktpartner der FDP — aus der polnischen Hauptstadt veröffentlicht. Anschließend wurde eine internationale Pressekonferenz gegeben, auf der Manfred Gerlach auf eine Frage des „Morgen“ die Verbindungen der LDPD mit der Liberalen Volkspartei Finnlands, der rechtsliberalen Italienischen Liberalen Partei (PLI), zu den Niederländischen linksliberalen „Democraten '66“, zu den belgischen Liberalen, zur französischen „Bewegung der Radikalen Linken“, zur Liberalen Partei Kolumbiens und zu der Liberalen Partei Großbritanniens betonte³⁴). Im Februar 1984 besuchte Gerlach dann seine Kontaktpartner in den Niederlanden und Frankreich. Eine Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wurde im März 1984 vereinbart. Von den Kontaktpartnern der LDPD sind sechs von acht westlichen Parteien Mitglied der Liberalen Internationale.

³⁴) Der Morgen vom 19. 5. 1983.

Die CDU unterhält ihrer innenpolitischen DDR-Funktion entsprechend Kontakte nur in den innerkirchlichen Bereich. Die NDPD hatte zwar Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre erfolglos versucht, mit Parteien und Institutionen in der Bundesrepublik Kontakt aufzunehmen. Heute hat sie weder nationale noch internationale Gesprächspartner außerhalb der Grenzen der DDR. Je stärker sich gegenwärtig die innerdeutschen Kontakte gestalten und je mehr sie mit Perspektiven ausgestattet werden, desto größer wird die Bedeutung von LDPD und CDU. Wie schon dargelegt, hat auch die Sowjetunion ihr Interesse an diesen Parteien keineswegs verloren.

Politische Machtlosigkeit und Profilbildung

Die Mehrzahl der nichtkommunistischen Parteien ist durch ihre anpassungsbereite und auf allen Parteitage sowie sonstigen Veranstaltungen öffentlich bekundete Musterhaftigkeit für die SED zu einem Problem geworden. Es gibt keine öffentlichen Auseinandersetzungen mehr, wie sie noch Anfang der fünfziger Jahre stattfanden. Und es gibt auch keine öffentlichen Erklärungen von Politikern mehr, wie sie bis weit in die fünfziger Jahre hinein von einigen nichtkommunistischen Politikern der DDR bei ihren Gesprächen mit westdeutschen Politikern und Kirchenvertretern außerhalb der DDR abgegeben wurden. Insbesondere die CDU und die LDPD versuchen zu stärkeren Partnern der SED zu werden, indem sie ihre Mitsprache in allen gesellschaftlichen Bereichen betonen und eine Mitwirkung auch im diplomatischen Dienst der DDR fordern. Zugleich haben sie sich unter dem Dach der öffentlich-politischen Gleichförmigkeit einen weiten Bereich der politisch-kulturellen Unabhängigkeit gesichert. Ihre weitgehende politische Machtlosigkeit haben sie durch politisch-kulturelle Profilbildung zu kompensieren versucht. Die Denktraditionen des christlichen, liberalen und auch — soweit es die NDPD betrifft — nationalen Bürgertums, die sie als Transmissionsriemen der SED aufzunehmen hatten, haben die Parteien zu einem weiten Betätigungsfeld ausgebaut.

Soziologische Forschung und Gesellschaft in der DDR

I. Einleitung

Das Interesse der bundesdeutschen Öffentlichkeit an Entwicklungen in der DDR ist schwankend. Gegenwärtig wächst es an und ist in vielen Fällen darauf gerichtet, mehr darüber zu erfahren, wie die Menschen im anderen deutschen Staat arbeiten, ihr Familienleben und ihre Freizeit gestalten, wie ihr Alltag aussieht. Einige Jubiläen der jüngsten Zeit wie die runden Geburtstage von Luther und Marx, die beide deutsche Staaten berühren, weil von den zu Feiernden tiefgreifende Wirkungen auf die kulturellen und politischen Prozesse ausgingen und ausgehen, haben dieses Interesse offenbar gefördert. Für viele, die jahrelang Abstinenz in Sachen DDR geübt haben, ist das ein Anlaß, einmal eine Reise zu wagen. Ein abenteuerliches Wagnis scheint es manchem zu sein, denn das Wissen vom konkreten Verlauf des Lebens im „realen Sozialismus“ ist bei vielen Bundesbürgern offenbar gering. Wer Verwandte in der DDR hat, erhält gelegentlich Informationen — meistens betreffen sie die aktuelle Versorgungslage —, wer auf die bundesdeutschen Medien angewiesen ist, wird nicht immer gut unterrichtet, manchmal eher desinformiert.

Die Tatsache, daß so wenig über die DDR und ihren Alltag bekannt ist, hat ihre Gründe vor allem in der Informationspolitik des Staates DDR. Die Zurückhaltung bei der Veröffentlichung von Materialien ist sehr groß, und eine öffentliche kontroverse Diskussion über gesellschaftliche Entwicklungen findet fast nie statt, Publikationen zur „sozialistischen Lebensweise“ haben überwiegend Sollcharakter.

Da auch die DDR-Führung bei der Leitung des Staates nicht ohne statistische und soziologisch-empirische Materialien auskommt, werden seit Anfang der sechziger Jahre in der DDR empirische soziologische Studien durchgeführt. Sie wurden durch die SED veranlaßt. Zunächst standen vor allem betriebssoziologische Forschungen auf dem Programm, denn es gab Probleme mit der Arbeitszufriedenheit und der Arbeitswilligkeit der Werktätigen und mit Inhalt und Form der Leitungsstile. Neben diesen für die Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau von

1961 so wichtigen Fragen standen besonders zwei Bevölkerungsgruppen von Anfang an im Mittelpunkt des wissenschaftlichen und politischen Interesses: die Frauen und die Jugendlichen. Für beide Problemkreise wurden eigene Forschungseinrichtungen gegründet: in Leipzig das Zentralinstitut für Jugendforschung und an der Akademie der Wissenschaften die Arbeitsgruppe „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“. Auch in diesen Bereichen wurden empirische Erhebungen durchgeführt¹⁾.

Seit Anfang der siebziger Jahre wurden gemeinsam von der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED umfangreiche soziologische Forschungen in der volkseigenen Industrie der DDR durchgeführt. Sie stellten gegenüber den bis dahin erarbeiteten betriebssoziologischen Studien eine neue Dimension dar, denn sie zielten auf die Erforschung der Sozialstruktur. Dennoch war das Untersuchungsfeld nicht die DDR-Gesellschaft in ihrer Gesamtheit, sondern die in der Industrie Beschäftigten. Der Grund dafür ist in der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie zu finden: Die in der Industrie Tätigen gehören zu 90 % zur Arbeiterklasse, 10 % etwa werden zur Intelligenz gerechnet; die Industriearbeiter gelten als „Kern der Arbeiterklasse“. Dort müssen sich nach dem Verständnis der SED folglich alle neuen Merkmale dieser Klasse finden, die nun nicht mehr nur körperlich und geistig produktiv ist, sondern auch die Macht im Staate ausübt.

Diese Faktoren „der sich beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der damit verbundenen Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution tatsächlich vollziehenden sozialen Prozesse in der Veränderung des Profils, der Struktur der Klassen und Schichten“ sollten wissenschaftlich verallgemeinert werden, um der SED Ent-

¹⁾ Vgl. die Zeitschrift „Jugendforschung“ 1967 bis 1970 (16 Hefte), Berlin (Ost), sowie die Zeitschrift „Informationen des wissenschaftlichen Beirats „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin (Ost).

scheidungen zu geben bei den für sie bedeutsamen gesellschaftspolitischen Aufgaben: Erstens „für die ... der weiteren Ausgestaltung des Sozialismus entsprechende Höherentwicklung der führenden Rolle der Arbeiterklasse, der Festigung ihrer sozialen Homogenität sowie ihres Einflusses in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen. Zweitens für die weitere planmäßige Gestaltung und Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und der sozialistischen Intelligenz. Drittens für die bewußte Gestaltung des Annäherungsprozesses zwischen den befreundeten Klassen und Schichten in der sozialistischen Gesellschaft als die bestimmende Tendenz der Entwicklung der sozialen Beziehungen und Strukturen bei der weiteren Ausgestaltung des Sozialismus.“²⁾

Die Erhöhung der Effizienz der Wirtschaft, die intensive und möglichst reibungslose Durchführung der notwendigen Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft und der wissenschaftlich-technischen Revolution waren mindestens gleichwertige Ziele, und auch für ihre Realisierung wurden Daten benötigt. Außerdem gab es für die Sozialwissenschaftler noch die Aufgabe, der Sozialplanungspolitik aussagefähige und verlässliche Daten über das Lebensniveau zu liefern und Ansatzpunkte zu geben für die politische Propaganda, der große Bedeutung bei der Herausbildung des sozialistischen Bewußtseins beigegeben wird, mindestens die gleiche wie dem materiellen Wohlstand. Nicht zuletzt handelte es sich um Beiträge zur „Vertiefung der marxistisch-leninistischen Theorie“, die sich einer Vielzahl neuer Probleme gegenüber sah.

Diesen umfangreichen Anforderungen konnte die empirische Forschung trotz der Bereitstellung von Forschern und modernen Datenverarbeitungsanlagen nur bedingt gerecht werden. Es wurden zahlreiche aussagefähige Daten über die soziale Differenzierung verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse in der Industrie, über die Erfordernisse und den Stand der beruflichen Qualifikation, über die Arbeitsbedingungen und über das Leben in den Familien und in den Wohngemeinden gesammelt, wie auch Meinungen und Erwartungen erfaßt, aber deren Verwertung und um-

²⁾ R. Weidig, Grundfragen und Aufgaben der marxistisch-leninistischen Soziologie bei der Analyse der Struktur der Arbeiterklasse, in: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, hrsg. vom Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR, Berlin (Ost) 1974.

fassende Interpretation erfolgte teilweise nur zögernd. Dafür ist der Mangel an qualifiziertem Personal von ausschlaggebender Bedeutung, der seine Ursache zum einen in der jahrelangen Verbannung der empirischen Sozialforschung aus den Gesellschaftswissenschaften hatte und zum anderen in den An- und Eingriffen von Wächtern der „Reinheit des Marxismus-Leninismus“, die allenthalben in den vorgelegten Ergebnissen „Positivismus“ entdeckten und in verschiedener Weise für „ideologische Klarheit“ sorgten. Solche Eingriffe, gerechtfertigt durch die politische Generallinie der SED, reichten bis zur Entfernung einzelner Forscher aus den sozialstrukturellen Forschungsobjekten. Dennoch wurden zwei Forschungsberichte vorgelegt und den entsprechenden Stellen im Politbüro und Zentralkomitee der SED, im Ministerrat der DDR und im Präsidium des FDGB übergeben³⁾.

Ergebnisse aus solchen Untersuchungen unterliegen der Vertraulichkeit, werden aber natürlich auch in Veröffentlichungen von Soziologen verwendet, selten jedoch in exakten Quantä, denen Hinweise auf Stichprobenumfang, Untersuchungsfeld und -methoden, also die konkrete Herkunft, beigegeben sind. Mit viel Aufwand, manchmal mit detektivischen Methoden lassen sich jedoch Daten einer bestimmten Untersuchung sammeln und zu einem Überblick zusammenfügen. So auch in diesem Fall, wo noch hinzu kommt, daß dem Autor als früherem Mitarbeiter an einer der wichtigsten sozialstrukturellen Untersuchungen, der sogenannten „SU 73“, eine ganze Anzahl Eckdaten aus dieser Studie bekannt sind und das Erkennen verstreut zu findender Zahlen aus diesem Material erleichterten.

Der Nutzen der Aufarbeitung solcher soziologischer Daten, die nicht die neuesten sind, besteht erstens darin, daß eine umfangreichere und exaktere Information als gewöhnlich möglich ist und man sich selbst „ein Bild machen“ kann. Der Wert solcher Möglichkeiten ist sehr hoch anzusetzen. Zweitens kann

³⁾ Autorenkollektiv, Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse. Ergebnisse einer repräsentativen soziologischen Untersuchung in der zentralgeleiteten sozialistischen Industrie der DDR.

Teil 1: Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in ihrem Zusammenhang mit der sozialen Struktur der Arbeiterklasse, Berlin (Ost) 1974,

Teil 2: Der Einfluß sozialstruktureller Faktoren auf gesellschaftliche Aktivitäten und Verhaltensorientierungen der Werktätigen, Berlin (Ost) 1975,

zit. bei: D. Meyer, Wohnzufriedenheit und Wohnbedingungen, Diss., Rostock 1978.

davon ausgegangen werden, daß sich an der Gesamtlage der in der Volkseigenen Industrie Beschäftigten in den vergangenen zehn Jahren nichts Grundsätzliches geändert hat. Es hat bei der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsumgütern und bei der Wohnungsversorgung Verbesserungen gegeben, es hat eine weitere Anhebung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus stattgefunden, insbesondere durch die Förderung der Frauen und durch die Zehn-Klassen-Schulpflicht. Aber es ist kein Wandel in den Differenzierungen zwischen den verschiedenen Gruppen der Werktätigen eingetreten. Von einer Annäherung zwischen der Arbeiterklasse und der Schicht der Intelligenz kann nicht die Rede sein. Es ist weder eine Annäherung zwischen der körperlichen und der geistigen Arbeit erfolgt, einem Hauptansatzpunkt zur Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in Klassen, noch wurden deren soziale Folgen entschieden verändert. Wie neuere Untersuchungsergebnisse zeigen, hat die Innovationspolitik, der eine wesentliche Rolle bei der Überwindung dieses Tatbestandes zukommt, keinen Beitrag leisten können, der überwiegend positiv zu bewerten wäre. Die Zielstellungen der Neuerungen werden offensichtlich vornehmlich von der quantitativen und qualitativen Produktionssteigerung bestimmt. In Bereichen der Industrie, wo neue Techniken und Technologien eingeführt worden sind, haben sich gegenüber 1978 im Jahre

1983 zwar die Anforderungen an die Selbständigkeit, die Vielseitigkeit und die Wissensanforderungen in der Arbeitstätigkeit bei etwa der Hälfte der davon Berührten erhöht und damit Bedürfnisse der Arbeiterinnen und Arbeiter erfüllt. Dieser Prozeß ist jedoch widersprüchlich, denn gleichzeitig hat ein Drittel jetzt höhere körperliche Belastungen und bei mehr als der Hälfte haben sich die nervlichen Anforderungen erhöht. „Es ist eine gewisse Polarisierung ... zu erkennen. Der Inhaltsanreicherung auf der einen Seite steht eine Verarmung des Inhalts auf der anderen Seite gegenüber“, lautet die lapidare Schlußfolgerung des Forschers ⁴⁾.

Von dem, was sich Anfang der siebziger Jahre im persönlichen gedanklichen Einstellungsbereich gezeigt hat, sind eher Abstriche zu machen, als daß sich eine Wandlung in Richtung auf ein Bewußtsein vollzogen hat, wie es der SED vorschwebt. Das ist durchaus nicht als eine positive Entwicklung zu beurteilen, denn im Grunde handelt es sich um einen Verlust an gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein und um das verstärkte Einziehen von individualistischen Verhaltensweisen, was einem Verlust an sozialer Individualität gleichkommt. Aber in solcher Weise reagieren die Menschen auf Aufrufe zu „kollektivem Handeln und persönlicher Verantwortung“, hinter denen keine oder nur geringe reale Verwirklichungsabsichten stehen.

II. Die ersten empirischen sozialstrukturellen Erhebungen

Im Jahre 1973 genehmigte die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR eine vom Institut für Gesellschaftswissenschaften (beim ZK der SED) und von der Akademie der Wissenschaften beantragte Untersuchung, die helfen sollte, „die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen in den sozialistischen Industriebetrieben weiter zu verbessern“. Diese Sozialstrukturanalyse hatte das Ziel, die sozialen Bedingungen und Beziehungen des weiteren Fortschritts der Gesellschaftsentwicklung zu erfassen und zu verallgemeinern. Die Prozesse wurden als vielseitig und vielschichtig angesehen und einige Hauptprozesse hervorgehoben: Das qualitative Wachstum der Arbeiterklasse und die Festigung der Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei, die Gestaltung der Beziehungen zwischen Gesellschaft, Kollektiv und Individuum, die Beziehungsgestaltung

zwischen verschiedenen Bereichen und Prozessen, beispielsweise zwischen den ökonomischen und den sozialen, zwischen Betrieben und den Kommunen, zwischen Arbeit und Freizeit u. ä. Einstellungen, Motivationen und Verhaltensweisen in der Arbeitstätigkeit, in den Arbeitsgruppen, in bezug auf die Mitwirkung im Betrieb („sozialistische Demokratie am Arbeitsplatz“) und auf den „sozialistischen Wettbewerb“ wurden intensiv untersucht. Bei einigen dieser Problemkreise wurden die Erwartungen und die Befriedigung der subjektiven Ansprüche verglichen und die Defizite erfaßt. Breiten Raum nahmen Fragen ein, die sich mit der Qualifikation der

⁴⁾ W. Dippmann, Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Sozialismus — Erwartungen von Industriearbeitern, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, 19 (Berlin [Ost] 1983) 4, S. 47—51.

Beschäftigten befaßten, und zwar einerseits mit der Differenz zwischen vorhandenen beruflichen Qualifikationen und den Anforderungen aus den Arbeitsprozessen, und andererseits mit der persönlichen Einstellung der Beschäftigten zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung und den zu erwartenden Entwicklungen in den Betrieben.

Die Erfassung dieser Probleme wurde in Angriff genommen durch einen standardisierten Fragebogen mit 56 Hauptfragen und einer Arbeitsplatzanalyse, die 30 Fragen enthielt. Diese wurden von Experten in Zusammenarbeit mit betrieblichen Fachleuten beantwortet. Als Erhebungsmethode wurde die gruppenweise Befragung unter Klausurbedingungen gewählt; sie versprach eine hohe Effizienz. Befragt wurden fast 10 000 Beschäftigte in 27 den Ministerien unterstehenden volkseigenen Betrieben der DDR. Diese zentralgeleiteten Betriebe waren gewählt worden, weil sie besser und vordringlicher mit Investitionsmitteln versorgt werden als die Kommunen oder Bezirken unterstehenden Betriebe und somit über moderne Produktionsmittel verfügen. Sie haben eine höhere Stufe in einem Teilbereich der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen erreicht.

Da die Arbeiterklasse als der entscheidende Faktor der revolutionären Umgestaltung gilt, war und ist die Aufmerksamkeit der soziologischen Forschungen vor allem auf sie gerichtet, wobei die Klasse der Genossenschaftsbauern und die Schicht der Intelligenz nicht vernachlässigt werden. Das Dilemma sozialstruktureller Forschung war es, daß als wichtigstes Merkmal sozialer Unterscheidung die Klassenzugehörigkeit galt, und zwar in der Weise, wie sie von Lenin bestimmt ist: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“⁵⁾

⁵⁾ W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin (Ost) 1961, S. 410.

Eine solche Unterscheidung war zur Gewinnung von Daten für Führungsentscheidungen nicht brauchbar, denn damit wurden die Angehörigen der Arbeiterklasse alle in einen Topf geworfen. Unterscheidungen in Arbeiter und Angestellte oder nach formalen Qualifikationsmerkmalen, wie sie die Statistik verwandte, waren ebenfalls nicht viel ergiebiger. Der theoretische Ansatzpunkt zur Bildung neuer sozialer Gruppierungen wurde unterhalb der Klassen- und Schichtstruktur in der arbeitsteiligen Struktur der Gesellschaft gesucht. Den Ansatz dafür lieferte die marxistisch-leninistische Politische Ökonomie, die in den verschiedenen arbeitsteiligen Prozessen wesentliche Faktoren sozialer Differenzierungen sieht.

Für die industrielle Arbeit wurde unterschieden zwischen

- unmittelbarer Produktionsarbeit an Maschinen und Geräten,
- der Vorbereitung von Produktionsprozessen (wissenschaftliche, technologische und organisatorisch-planerische Arbeiten),
- der Gewährleistung von Produktionsprozessen durch Materialbeschaffung, Absatz von Produkten, Verwaltungsarbeiten, soziale Maßnahmen u. ä.,
- dem Leiten von Produktions- und Verwaltungsprozessen.

Diese Basisdifferenzierungen wurden operationalisiert, indem für die Industrie 13 Beschäftigtengruppen gebildet wurden. Das verwischte die Klassen- und Schichtgrenzen.

Das Eindringen sozialstratifikatorischer Ansätze in die marxistisch-leninistische Klassentheorie wurde von den Forschern in der konzeptionellen Phase der Erhebung sehr stark heruntergespielt, und neben dem funktionalen Ansatz (der wiederum den Vorwurf des Funktionalismus nach sich zog) vor allem die untersuchungsmethodische Notwendigkeit betont. Diese theoretische Konstruktion war längere Zeit haltbar, und in späteren ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Philosophen und Soziologen, als die soziale Differenzierung innerhalb der Klassen und Schichten der realsozialistischen Gesellschaft exakt belegt war, spielte sie eine vergleichbar geringe Rolle.

Mit der Unterscheidung von „Gruppen nach der Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß“ hat sich die empirische sozialwissenschaftliche Forschung einen der wich-

tigsten Ausgangspunkte für eine differenzierte Betrachtung sozialer Tatbestände in Gesellschaften geschaffen, in denen eine Zuordnung nach Klassen und Schichten keine

III. Einstellungen zur Arbeit

Die Theorie des Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß die Art und Weise, in der in einer Gesellschaft *was* produziert wird, die bestimmende Ausgangsgröße für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Durch die Arbeit, einem unmittelbaren Bestandteil der Lebensweise, nehmen die Menschen Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und zugleich wirken diese auf die Individuen, auf ihre Beziehungen und Absichten ein, unter anderem durch die gesellschaftliche Ideologie. Die Lage in einem Gesellschaftssystem ist durchaus unterschiedlich und wird wesentlich davon bestimmt, wie die gesellschaftlichen großen Gruppen von Menschen, die Klassen, zu den Produktionsmitteln stehen und welche soziale und politische Kraft sie darstellen. In einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und der Staat als Instrument der politisch führenden Kraft, der Arbeiterklasse, über Einsatz und Verwendung der Produktionspotentiale verfügt, ist es unerlässlich, daß die Angehörigen der Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten Klassen und Schichten, wie die Genossenschaftsbauern und die Intelligenz, ein neues gesellschaftliches Bewußtsein entwickeln. Sie müssen sich wie Eigentümer verhalten, die das Beste aus allem machen und damit die materielle Basis für die weitere Entwicklung und Entfaltung des neuen Gesellschaftssystems in allen Lebensbereichen, wie beispielsweise der Politik, der Kultur oder auch des Lebensstandards, schaffen.

Angesichts eines solchen theoretischen Verständnisses, zu dem die Auffassung hinzukommt, das neue gesellschaftliche Verhalten und seine ideellen Grundlagen müßten umfassend von der politischen Avantgarde der Arbeiterklasse, der kommunistischen Partei, organisiert werden, ist das große Interesse an Kenntnissen über die tatsächlichen Entwicklungsstände im „realen Sozialismus“ verständlich. Besonderer Wert wurde demzufolge auch auf die Erkundigungen über Einstellungen zur Arbeit gelegt.

Das „sozialistische Eigentümerbewußtsein“, auf dessen Entwicklung die SED gerade bei

sozialwissenschaftlich relevanten Aussagen ergibt. Dadurch ist sie fähig, eine Gesellschaft in ihren wesentlichen Strukturen und sozialen Beziehungen zu beschreiben.

den Industriearbeitern großen Wert legt, zeigt sich besonders in den Bewertungen von Möglichkeiten und Bedingungen in der betrieblichen Arbeitstätigkeit. Bei den Beschäftigten in der zentralgeleiteten Industrie der DDR ergaben sich fünf Komplexe, die für alle Beschäftigtengruppen annähernd gleich bedeutsam sind:

— An einer der vorderen Stellen steht der Lohn, den man verdienen kann; er ist für 94,2% wichtig. Aber noch wichtiger ist den meisten eine *leistungsgerechte* Entlohnung (97,8%), also Lohngerechtigkeit. Gut 90% sind mit den tatsächlichen Verhältnissen zufrieden.

— Am häufigsten wurde von allen Merkmalen der Arbeitsbedingungen „eine gute Arbeitsorganisation“ (98%) gewählt. Das ist zweifellos ein Reflex auf eine weitverbreitete Unkontinuität in der industriellen Produktion der DDR, die ihre Ursachen vor allem in mangelhafter Materialversorgung hat, aber vielfach auch in betriebswirtschaftlichen Schwächen. Der hohe Bedeutungsgehalt solcher Arbeitsplatzmerkmale zeigt sich auch daran, daß auf „gute fachliche Kenntnisse des Leiters“ großer Wert (94,5%) gelegt wird. Aber insgesamt waren nur 42% mit der Arbeitsorganisation zufrieden. Die „politische Überzeugungsfähigkeit des Leiters“, auf die die Kaderleiter so großen Wert legen, ist nur 68,1% der Beschäftigten wichtig. Dabei ist wahrscheinlich nicht einmal so sehr die Überzeugungsfähigkeit gemeint, als vielmehr die Glaubwürdigkeit, was ein Schlaglicht auf weitverbreitete politische Heuchelei auf allen Leiterebenen wirft.

— Die Beziehungen innerhalb von Arbeitsgruppen oder -kollektiven haben für alle einen hohen Stellenwert. Es geht dabei um die Fähigkeit des Leiters zur Menschenführung und die Harmonie unter den Gruppenmitgliedern; beides ist für über 97% von großer Wichtigkeit. Weniger bedeutsam ist offenbar die „gebührende Anerkennung der eigenen Leistungen durch die Kollegen“ (78,7%), weil das offenbar verbreitet der Fall ist. Die Gruppenatmosphären scheinen überwiegend gut

zu sein, denn 70% fühlen sich in ihrem Kollektiv wohl.

— Je etwa die Hälfte der Antwortenden scheuen weder körperlich schwere noch nervenbelastende Arbeit, aber sie legen Wert auf eine „selbständige und selbstverantwortliche Arbeit“ (88,4%), auf eine gute technische Ausrüstung ihres Arbeitsplatzes (89,6%) und dessen einwandfreie arbeitshygienische Beschaffenheit (96,5%). Annähernd befriedigt wird das Verlangen nach Selbständigkeit (66%), aber technische Ausrüstung und arbeitshygienische Bedingungen stellen die Erwartungen nur jeweils eines guten Drittels zufrieden.

— Zwei Sachverhalte, auf die jedoch die SED großen Wert legt und die jeder Betriebsleitung als Instrument der „sozialistischen Erziehung der Werktätigen“ auferlegt sind, haben vergleichsweise untergeordnete Bedeutung: das politische und das geistig-kulturelle Leben im Betrieb. Die politischen Aktivitäten betreffen zwar sehr stark die Propaganda für die Politik der SED und die Abwehr entgegenstehender Auffassungen, aber sie beschränken sich nicht darauf; lebendig gehalten wird beispielsweise die Erinnerung an die jüngste deutsche Geschichte und die Lehren, die daraus zu ziehen sind. Dies ist aber nur für etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Verbindung mit dem Betrieb interessant. Ähnlich liegen die Dinge im kulturellen Bereich. Die künstlerische Laienarbeit, gefördert von den Gewerkschaften und gekrönt durch die alle zwei Jahre in einem anderen Bezirk stattfindenden Arbeiterfestspiele, wie auch die Zirkelarbeit von Briefmarkensammeln bis Umweltschützen finden wenig Resonanz bei den Belegschaftsmitgliedern. Eine der Ursachen mag sein, daß Arbeit und Freizeit zwei verschiedene Bereiche darstellen und keineswegs identisch sind, wie sich das simplerweise mancher Funktionär vorstellt, wenn er die Theorie der Arbeit als erstes Lebensbedürfnis in seinem Bereich umgesetzt sehen möchte. Eine andere Ursache der Zurückhaltung ist bedingt durch den Versuch, alle organisierte Freizeitbeschäftigung zu politisieren. Die Möglichkeiten der geistig-kulturellen Betätigung im Betrieb halten zwar nur 37% für gut, doch sind 52% mit dem bestehenden Zustand durchaus zufrieden.

In den volkseigenen Betrieben spielt der „sozialistische Wettbewerb“ eine große Rolle. Er ist die „dem Sozialismus eigene Methode zur Entwicklung der Masseninitiative der Werktätigen für die politische und ökonomische

Stärkung der sozialistischen Staatsmacht...“, in ihm „vereinigen sich die Bestrebungen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zur allseitigen Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität mit dem Bemühen um die planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ... Er ist Ausdruck der sozialistischen Demokratie ... Er schafft die Möglichkeit, ... die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, ... Talente entfalten können ...“⁶⁾.

Die Beschäftigten der Industrie, befragt, wozu in ihren Betrieben der Wettbewerb vor allem diene, meinten, sofern sie nicht Zurückhaltung bei der Beantwortung übten (6,2%), er fördere die Entwicklung der Kollektive, sichere die Planerfüllung (jeweils gut 50%) und sei ein Mittel, die Planrückstände aufzuholen (36%). Daß der Wettbewerb eine formal gehandhabte Sache sei, sagte ein Viertel, und jeweils 30% meinten, er fördere die aktive Teilnahme der Beschäftigten an der Planung und Leitung und die persönliche Initiative. Befragt, wie denn das Wettbewerbsprogramm ihres Kollektivs ausgearbeitet worden sei, gaben 26,7% an, alle hätten sich mit Vorschlägen und Diskussionsbeiträgen beteiligt, der Rest erklärte, nur ein Teil sei aktiv gewesen oder die Leitung habe einen Entwurf vorgelegt, der ohne lange Diskussion angenommen worden sei.

Als Instrument der Demokratie scheint der Wettbewerb nicht sonderlich gut zu funktionieren. Das ergibt sich auch aus den Antworten auf die Frage, ob die Befragten regelmäßig über die Möglichkeiten der Teilnahme an der Leitung und Planung im Betrieb informiert würden: Lediglich 38,8% meinten, sie würden unterrichtet. Die Bereitschaft, sich aktiv an betrieblichen Problemen verschiedener Art zu beteiligen, war zum Zeitpunkt der Untersuchung bei vielen Beschäftigten vorhanden. Jeweils rund 80% hielten es für „unbedingt erforderlich“, alle Werktätigen in die Lösung der täglich in der Produktion auftretenden Probleme, in die Fragen der Rationalisierung und in die Ausarbeitung der Wettbewerbsprogramme einzubeziehen. Wenn es um die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung und die Versorgung geht, wollten sogar 92,9% aller Antwortenden einbezogen sein; sie hatten keine Bedenken, selbst mitreden zu können.

⁶⁾ Kleines politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1983⁴, S. 883.

Anders beurteilen sie die Frage, wie viele der Produktionsarbeiter in der Lage wären, mit Sachkenntnis an der Planung und Leitung teilzunehmen: 26,2% meinten, das könnten nur sehr wenige.

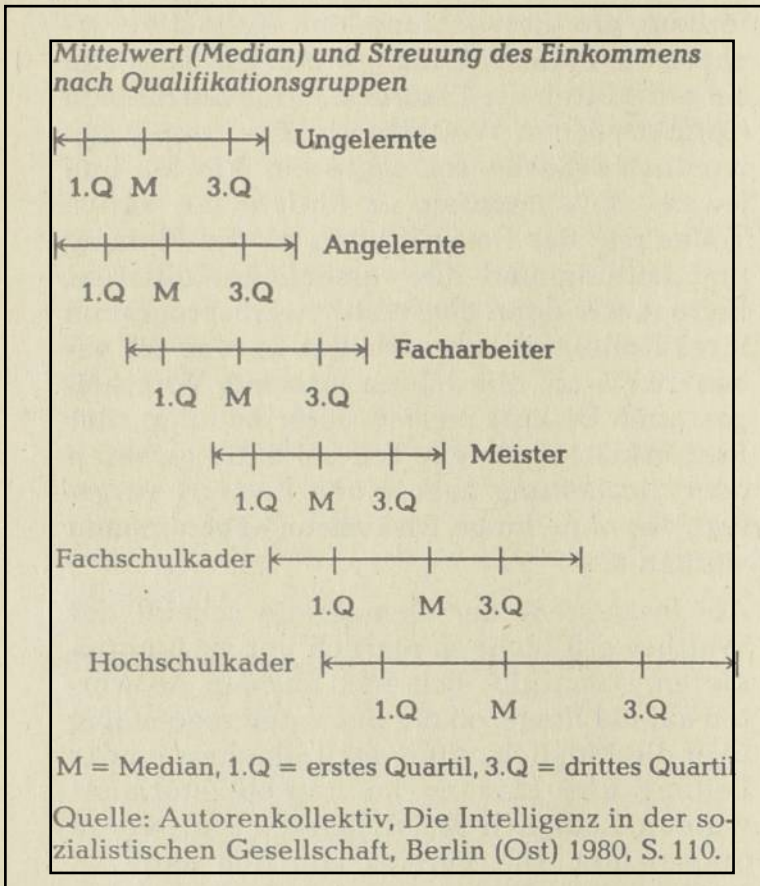
Aus dem Fragenkomplex insgesamt geht hervor, daß bei den Beschäftigten die Erwartung

besteht, bei der Lösung unmittelbar berührender Probleme einbezogen und auch an der Ausarbeitung der strategischen Zielsetzungen beteiligt zu werden, aber die unmittelbare organisatorische und technologische Umsetzung weitgehend den Fachleuten zu überlassen.

IV. Soziale Differenzierungen beim Lohneinkommen

In dem Buch „Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft“ veröffentlicht Manfred Lötsch die folgende Darstellung der Streuung des Einkommens nach Qualifikationsgruppen⁷⁾.

Anforderungen im Vollzug der Arbeitsfunktionen, unterscheiden sich also entsprechend der Marx'schen Definition im Kompliziertheitsgrad ihrer Arbeitsleistung; deshalb gibt es unterschiedliche Löhne. Wie aus der graphischen Darstellung ersichtlich, sind nach Lötsch die Abstände zwischen den Qualifikationsgruppen gar nicht so gravierend. Angelernte, die im Bereich der Spitzeneinkommen ihrer Gruppe liegen, verdienen mehr als einige Facharbeiter, Ingenieure und Ökonomen der unteren Einkommenskategorie; Meister mit Spitzenverdienst erreichen vielfach das durchschnittliche Einkommen von Hochschulkadern. „... berücksichtigt man die Streuung, wird deutlich, daß große Teile der für die Arbeiterklasse typischen Qualifikationsgruppen die reale Möglichkeit haben, Einkommen zu realisieren, die denen großer Teile der Intelligenzgruppen entsprechen“, schreibt Lötsch. Diese Darstellung, der man die Halbherzigkeit des Autors anmerkt, mit Hilfe einer optischen Darstellung der Lohneinkommen der in der Volkseigenen Industrie Beschäftigten die Annäherung zwischen Arbeitern und Intelligenz zu beweisen, erweist sich als zweifelhaft, wenn ihr die relativen Abstände zwischen den Lohneinkommen gegenübergestellt werden.



Die Daten entstammen der „SU '73“, einer der wichtigsten sozialstrukturellen Untersuchungen. Lötsch befaßt sich in einem Abschnitt seines Artikels mit dem Annäherungsprozeß zwischen der Intelligenz und den anderen Klassen und Schichten. Er hebt hervor, daß Einkommensunterschiede zugleich Unterschiede im kulturellen Niveau des Lebensstils bedeuten, macht dann aber deutlich, daß im realen Sozialismus Einkommensunterschiede legitim sind, da das Prinzip der Verteilung nach der Leistung herrsche: Die Qualifikationsgruppen haben unterschiedliche geistige

Diese Abstände untereinander sind, sieht man von den Direktoren ab, nicht gravierend: Vorarbeiter und Meister verdienen etwa ein Viertel, die Ingenieure etwa ein Drittel mehr als die Produktionsarbeiter. Doch dies ist nicht der ganze Sachverhalt. In der DDR arbeiten 87% aller Frauen in einem Beruf, d. h. die meisten Familien haben zwei oder wenigstens einundeinhalb Einkommen, da ein Teil der Frauen teilzeitbeschäftigt ist. Mit der Suche nach dem Ehepartner ist es in der DDR wie in anderen Gesellschaften: Auch hier gesellt sich gleich und gleich gern zusammen und die Heirat eines Akademikers mit einer Arbeiterin oder die einer Diplomingenieurin mit einem Schweißer stellt eher die Aus-

⁷⁾ Autorenkollektiv, Die Intelligenz in der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (Ost) 1980, S. 110.

Tabelle 1:
Relative Lohneinkommensdifferenzierung
von Gruppen Beschäftigter der Volkseigenen
Industrie der DDR (1973) (N = 9992)

Beschäftigtengruppe	Lohn- einkommen
Produktionsgrundarbeiter	100,0
Produktionsarbeiter in Instand- haltung, Reparatur etc.	101,5
Produktionsarbeiter in Transport, Lagerhaltung etc.	86,5
Produktionsarbeiter in betriebl. Sozialeinrichtungen	63,0*)
Brigadiere (Vorarbeiter)	125,5
Meister/Obermeister	120,5
Technische Angestellte	78,0*)
Verwaltungsangestellte	73,0*)
Ingenieurtechnisches Personal ohne Leitungsfunktion	129,0
Ökonomen ohne Leitungs- funktion	115,0
Gruppenleiter	130,5
Abteilungsleiter	157,5
Direktoren	195,0

*) Gruppen, die mehr als andere aus Teilzeitbeschäftigten bestehen; für Vollbeschäftigte liegen die Werte in Relation zu den Produktionsgrundarbeitern bei 90 bis 95%.

nahme dar. Dadurch gleichen sich die Familieneinkommen nicht etwa an, sondern klaffen weiter auseinander als die Einzeleinkommen. Die Differenzierung im Lohneinkommen wirkt sich auf andere Bereiche des Lebens aus, da der Lohn für die meisten DDR-Bürger die Hauptquelle ihrer Einkünfte darstellt, aus der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Um den Unterschied zwischen den einzelnen Gruppen komplex darzustellen, ist ein Index gebildet worden, in den solche langlebigen Gebrauchsgüter wie Fernseher, Radio, Waschmaschine, Kühlschrank, Privatauto u. ä. eingegangen sind. Auch hier ergeben sich für die meisten Produktionsarbeitergruppen und für die Verwaltungsangestellten Plätze am unteren Ende der Rangskala; die vorderen Plätze werden von den Leitern eingenommen. Allerdings sind die Abstände nicht so groß wie bei den Löhnen. Keineswegs ist das aber ein Zeichen dafür, daß sich die Sozialpolitik

der SED sozial ausgleichend auswirkt, wie es in der soziologischen Literatur der DDR meistens dargestellt wird. Der Grund für die geringen Meßabstände ist vielmehr darin zu sehen, daß in den untersuchten Haushalten ein hoher, ziemlich gleicher Versorgungsgrad gegeben ist (1973 hatten jeweils um 90% der Beschäftigten in der Industrie eine Waschmaschine, einen Kühlschrank, ein Radio und einen Fernseher, sowie 36% ein Privatauto, d. h. sie lagen im gesamten Ausstattungsgrad etwa ein Viertel über dem damaligen Durchschnitt der DDR-Bevölkerung) und daß nur Mengen aufgenommen worden sind, aber keine Qualitäten. Dort aber liegen die eigentlichen Unterschiede bei der Ausstattung mit technischen Gebrauchsgütern.

Die Differenzierungen im Lebensstandard sind natürlich nicht allein auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe industriell Beschäftigter zurückzuführen. So haben den höchsten Standard die Altersgruppen zwischen 30 und 50 Jahren; sie liegen insbesondere den Jüngeren gegenüber im Niveau um gut 20% höher. Nicht ohne Einfluß ist auch das Geschlecht: Die vollbeschäftigten Frauen verdienten 1973 im Durchschnitt 200 Mark weniger als ihre vollbeschäftigten Kollegen⁸⁾; das macht sich in einem Niveauabfall beim Lebensstandard um 5 bis 8% bemerkbar, insbesondere, wenn es sich um Ledige, Geschiedene und Verwitwete handelt. Ein ähnlich starker Abfall ist zu registrieren, wenn der Unterschied zwischen Familien mit einem oder vier und mehr Kindern herangezogen wird. Trotz der staatlichen Förderung kinderreicher Familien macht sich bei diesen ein reduziertes Niveau in den Reproduktionsbedingungen bemerkbar. Überdurchschnittlich häufig sind Arbeiter vertreten, auch wohnen kinderreiche Familien häufiger als andere Familien auf dem Lande. Das bedeutet für die Eltern weitere Wege zur Arbeit, oftmals schlechtere Wohnbedingungen, da diese auf den Dörfern allgemein ungünstiger sind, und in den meisten Fällen unterentwickelte Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen, also zusätzliche Belastungen.

V. Wohnen, Wohnniveau und Wohnzufriedenheit

Außer der Arbeit ist für die Menschen kein Faktor von so großer Bedeutung wie das Wohnen. Die Wohnbedingungen wirken auf den Verlauf des Familienlebens, der Freizeit und Muße, auf die individuelle Reproduktion

aller menschlichen Potenzen ein und sind eine der entscheidenden Größen des subjektiven Wohlbefindens. Das ist auch der Führung

⁸⁾ Autorenkollektiv, a. a. O. (Anm. 3).

der SED bekannt und deshalb hat sie „die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990“ zu einer erstrangigen Aufgabe erklärt. Die Anstrengungen, die gemacht worden sind und weiterhin gemacht werden, sind beachtlich. So wurden laut „Aufruf zum 35. Jahrestag der DDR“ seit 1971 „nahezu zwei Millionen Wohnungen neu gebaut oder modernisiert (und) damit ... die Wohnverhältnisse für sechs Millionen Bürger ... spürbar verbessert“ (Neues Deutschland vom 21./22. Januar 1984). An dieser generellen Verbesserung zweifeln jedoch

Experten und vor allem viele Bewohner der aus kurzfristigen ökonomischen Erwägungen „auf die grüne Wiese“ gesetzten Neubauviertel von Rostock bis Karl-Marx-Stadt.

Zusammen mit dem Beschluß über das Wohnungsbauprogramm von 1973, das bis 1990 die Wohnungsfrage lösen soll, ist die Festlegung getroffen worden, 60% der neugebauten Wohnungen an Arbeiter zu übergeben. Dazu gab es, wie die Ergebnisse der soziologischen Studie „SU '73“ zeigen, begründeten Anlaß:

Tabelle 2: *Wohnungen der Beschäftigten der zentralgeleiteten Industrie der DDR, gegliedert nach Beschäftigtengruppen und Alter der Wohnungen (Angaben in Prozent) (N = 9992)*

Beschäftigtengruppe	Baujahr der Wohnung			
	vor 1918	1918—1945	1946—1960	nach 1970
Produktionsgrundarbeiter	38,8	32,4	12,4	16,4
Produktionsarbeiter in Instandhaltung, Reparatur etc.	36,0	35,4	10,8	17,8
Produktionsarbeiter in Transport, Lagerhaltung etc.	42,5	32,4	12,5	12,5
Produktionsarbeiter in betriebl. Sozialeinrichtungen	49,4	27,1	12,1	11,4
Brigadiere (Vorarbeiter)	37,0	32,0	13,0	18,0
Meister/Obermeister	25,9	31,8	21,1	21,2
Technische Angestellte	35,1	32,8	11,7	20,5
Verwaltungsangestellte	34,6	29,8	15,4	20,2
Ingenieurtechnisches Personal ohne Leitungsfunktion	27,4	27,8	10,8	34,0
Ökonomen ohne Leitungsfunktion	24,4	34,2	9,8	31,7
Gruppenleiter	28,9	31,1	14,4	25,6
Abteilungsleiter	23,3	40,8	18,5	17,5
Direktoren	22,7	27,3	27,3	22,8

Quelle: D. Meyer, Wohnzufriedenheit und Wohnbedingungen, Diss. Rostock 1978.

Altbauwohnungen, die nur selten mit modernen Heizungssystemen ausgestattet sind, meistens weder Bad noch Innentoilette haben, werden vor allem von Produktionsarbeitern bewohnt. In Neubauwohnungen, die ab 1960 gebaut worden sind, wohnen verhältnismäßig häufig Ingenieure, Ökonomen und Leiter. Die Stellung im Produktionsprozeß differenziert also relativ stark zuungunsten der am wenigsten qualifizierten Arbeiter. Dieser Vorgang wird noch deutlicher, wenn nicht das Wohnungsalter Maßstab ist, sondern ein Index wesentlicher Ausstattungsmerkmale der Wohnung gebildet wird (wie Art der Heizung,

sanitäre Ausstattung und ähnliches). Dann zeigt sich nämlich, daß die Wohnungen der Leitergruppen, der Ingenieure und Ökonomen durchschnittlich einen 20 bis 30 Prozent höheren Ausstattungsstandard erreichen als die der Produktionsarbeiter.

Diese Gegebenheiten haben jedoch nur einen geringen Einfluß auf die Zufriedenheit mit der Wohnung. Eine Umrechnung der ermittelten Wohnungszufriedenheit auf Punktwerte ergab, daß die objektiv schlechter Gestellten in vielen Fällen zufriedener sind als

^{*)} D. Meyer, a. a. O. (Anm. 3), S. 84

die besser Wohnenden; am unzufriedensten sind diejenigen, die zur Gruppe des ingenieurtechnischen Personals oder zu den Ökonomen gehören, eine Hochschulausbildung haben und relativ jung sind¹⁰⁾. Ursächlich hierfür ist in diesem Fall das unterschiedliche Anspruchsniveau.

Etwa ein Viertel aller in der zentralgeleiteten Industrie Beschäftigten sind Eigentümer der Wohnungen und Häuser, die sie bewohnen. Dieses Verhältnis hat, wie Tabelle 3 zeigt, eine besondere Wirkung auf die Wohnungszufriedenheit.

Tabelle 3: *Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Eigentumsverhältnis zur Wohnung*¹¹⁾ (N = 9992)
(Angaben in Prozent)

Zufriedenheit mit der Wohnung	Eigentumsverhältnis zur Wohnung			Eigentümer
	Untermieter	Mieter	AWG-Mitglied*)	
zufrieden	33,2	46,8	73,0	74,4
zum Teil	30,4	31,7	20,5	21,3
unzufrieden	36,4	21,5	6,5	4,3

*) Mitglieder von Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaften

Quelle: D. Meyer, Wohnzufriedenheit und Wohnbedingungen, Diss., Rostock 1978.

Die positive Wirkung tritt auf, obwohl das Wohnen in Eigentumswohnungen und -häusern wesentlich teurer ist als das Zur-Miete-Wohnen. Die Wohnungsmieten sind durch die staatlichen Subventionen niedrig und machen im allgemeinen zwischen 4 Prozent und 10 Prozent des Netto-Einkommens der Mieter aus. Alles, was der Mieter einer Wohnung mit der Miete abgegolten hat, muß dagegen der Eigentümer selbst tragen: Reparaturen, Sanierungen, Zinsen. Besonders teuer wird es für ihn, wenn er Handwerker beschäftigen muß, denn die bekommt er gewöhnlich nur als Feierabendarbeiter zu stark überhöhten Preisen. Das alles und andere Widrigkeiten halten aber nicht davon ab, Hauseigentum zu behalten oder zu erwerben. Eine Vielzahl von Faktoren ist für dieses Verhalten bedeutungsvoll, wobei die Berechtigung, selbst über Haus oder Wohnung entscheiden zu können, einer der wichtigsten ist. Solche Möglichkeiten verschaffen Befriedigung, nicht allein durch die Dispositionsbefugnis, sondern auch durch das erforderliche und mögliche kreative Handeln. In welchem Umfang derartige massenpsychologische Überlegungen für die SED-Führung eine Rolle gespielt haben, als im Rahmen des

Wohnungsbauprogramms beschlossen wurde, etwa 10 Prozent der Neubauten als Eigenheime ausführen zu lassen, ist nicht festzustellen. Es spricht eher vieles gegen eine Einbeziehung solcher Überlegungen, denn in der Diskussion um dieses Problem wurden von Experten der Plankommission ideologische Bedenken wegen des Eigenheimbaus angemeldet: Er würde der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung zuwider laufen, indem er kleinbürgerliches Denken verfestige. Den Ausschlag bei der Entscheidung für den Eigenheimbau haben aber die ökonomischen Erwägungen gegeben: Eigenheime werden vorwiegend durch Nachbarschaftshilfe und Feierabendarbeiter gebaut. Da bilanzierte Baukapazitäten diesen Bauherren kaum zur Verfügung stehen, helfen die Häusle-Bauer also den Plan zu erfüllen und die Wohnungsverhältnisse zu verbessern. Ähnliche Ergebnisse wurden auch bei den Besitzern älterer Häuser erreicht, als sie mehr Baustoffe kaufen konnten und begannen, ihre Häuser zu sanieren und zu modernisieren. Durch solche Maßnahmen hat sich die Zahl der mit ihrer Wohnung nicht zufriedenen Industriebeschäftigten von 46,2 Prozent im Jahre 1973 wahrscheinlich verringert.

¹⁰⁾ Ebd., S. 99.

¹¹⁾ Ebd., S. 101.

VI. Familie und Freizeit

Familie und Freizeit sind bedeutende Bestandteile der Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft und der Entwicklung der Persönlichkeit. Die Art, wie die Nichtarbeitszeit verbracht wird, ist für die meisten Menschen sehr wichtig und bestimmt wesentlich ihr Wohlbefinden. Dabei muß die arbeitsfreie Zeit vor allem die Möglichkeit bieten, den eigenen Intentionen zu folgen, über sich selbst zu disponieren. Das ist elementares Lebenserfordernis, soll es nicht zu schwerwiegenden neurotischen Störungen kommen.

Ein großer und intensiver Zeitaufwand zur Gewährleistung der individuellen und familiären Reproduktion ist ein Faktor, der wesentlich dazu beitragen kann, eine „freie Beschäftigung“ zu behindern. Diese Zeit beschneidet die Zeit der persönlichen Entspannung, es sei denn, die Tätigkeiten werden individuell positiv bewertet. Für manchen ist Hausarbeit und Putzen ein hochbefriedigendes Hobby, anderen ist es widerwärtig. Entscheidend ist, wie es vom einzelnen subjektiv empfunden wird.

In der DDR haben sich einige Verfahrensweisen des Lebensablaufs herausgebildet, die die Zeitaufwendungen für lebensnotwendige Verrichtungen reduzieren. So wird von Mon-

tag bis Freitag in vielen Familien die Hauptmahlzeit entweder im Betrieb oder in der Schule eingenommen. 1974 beteiligten sich am Betriebsessen rund 65 Prozent aller Beschäftigten, die in der ersten oder der Normalschicht arbeiteten¹²⁾, und beim Schulesessen hat die Beteiligung jetzt 80 Prozent erreicht. Das läßt darauf schließen, daß sich die Qualität und die Schmackhaftigkeit des Essens gebessert haben — wozu das ernährungswissenschaftliche Institut in Potsdam offenbar entscheidend beigetragen hat — und den Anforderungen der Teilnehmer entspricht. Die Woche ist somit von einer zeitaufwendigen Tätigkeit entlastet; die Kochkunst kann am Wochenende stattfinden. Dennoch bleibt der Aufwand für notwendige Arbeiten im Haushalt groß. Wie die untersuchten 13 Beschäftigtengruppen aus der Industrie der DDR ihren Anteil an der Hausarbeit sehen und wie sie ihn erleben, ist bemerkenswert, denn einerseits sind Veränderungen des geschlechtsspezifischen Rollenverhaltens erkennbar, andererseits gibt es traditionelle Erscheinungen.

¹²⁾ Autorenkollektiv, *Lebensweise und Lebensniveau im Sozialismus*, Berlin (Ost) 1977, S. 128.

¹³⁾ D. Meyer, a. a. O. (Anm. 3), S. 145.

Tabelle 4: Anteil von Beschäftigtengruppen an der Hausarbeit und der erlebten Belastung durch den Haushalt¹³⁾ (N = 9992) (in Punktwerten *)

Beschäftigtengruppe	Anteil an der Hausarbeit	erlebte Belastung durch die Hausarbeit
Produktionsgrundarbeiter	56,1	59,7
Produktionsarbeiter in Instandhaltung, Reparatur etc.	63,3	57,4
Produktionsarbeiter in Transport, Lagerhaltung etc.	57,4	59,2
Produktionsarbeiter in betriebl. Sozialeinrichtung	78,3	66,6
Brigadiere (Vorarbeiter)	44,7	54,5
Meister/Obermeister	44,6	54,2
Technische Angestellte	68,9	66,9
Verwaltungsangestellte	77,4	70,5
Ingenieurtechnisches Personal ohne Leitungsfunktion	48,7	58,6
Ökonomen ohne Leitungsfunktion	58,3	61,5
Gruppenleiter	52,2	58,5
Abteilungsleiter	42,5	52,6
Direktoren	36,5	44,5

*) 100 Punkte würden bedeuten:

1. alle Antwortenden einer Gruppe hätten „sehr großen Anteil“ an der Hausarbeit,
2. alle Antwortenden einer Gruppe erlebten die Hausarbeit als „sehr starke Belastung“.

Quelle: D. Meyer, *Wohnzufriedenheit und Wohnbedingungen*, Diss., Rostock 1978.

Die Beschäftigtengruppen mit hohem Frauenanteil wie Technische Angestellte oder Verwaltungsangestellte sind am meisten mit Hausarbeit belastet. Diese Frauen machen aber die Arbeit nicht allein: beteiligt an der Hausarbeit sind männliche Arbeiter, es folgen Ingenieure und Ökonomen. Einen weit geringeren Anteil haben alle Gruppen, die irgendeine Leitungsfunktion ausüben: die Brigadiere und Meister, die Abteilungsleiter und die Direktoren. Diese empfinden die Hausarbeit auch am wenigsten als eine Belastung, während alle anderen Gruppen sich stark belastet fühlen, besonders die Arbeiter in den Versorgungseinrichtungen, die Technischen Angestellten und die Verwaltungsangestellten. Diese drei Gruppen bestehen zum größten Teil aus Frauen. Obwohl Männer sich an der Hausarbeit je nach beruflicher Tätigkeit in unterschiedlichem Maße beteiligen, erledigen sie doch im häuslichen Bereich weniger Arbeiten als Frauen.

Die starken Belastungen der Frauen durch Hausarbeit und die Berufsarbeit, auf die inzwischen die meisten Frauen Anspruch erheben und diese als einen Bestandteil ihrer Persönlichkeitsentwicklung sehen, müssen in anderen Bereichen des Lebens zu Schwierigkeiten führen. In der DDR hatten sie einen beträchtlichen Rückgang der Geburten und ein Anwachsen der Scheidungsquoten zur Folge.

Dem Geburtenrückgang wurde jedoch recht erfolgreich mit sozialpolitischen Maßnahmen begegnet, u. a. mit einer Verlängerung des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs auf 26 Wochen bei Zahlung des vollen Nettoverdienstes und der Einführung eines „Babyjahres“ mit bezahlter Freistellung für ein Jahr bei der Geburt des zweiten und jedes weiteren Kindes¹⁴⁾, so daß seit 1979 ein ständig steigender Geburtenüberschuß zu verzeichnen ist (1982 = 12 113).

Das Problem der Scheidungen ist komplizierter. In diesem Fall können nicht durch Veränderungen der äußeren Bedingungen günstigere Entwicklungen gewissermaßen auf administrativem Wege forciert werden, denn der Bestand von Ehen ist von vielen subjektiven Einstellungsfaktoren abhängig. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Frauen und Männer in der DDR eine grundsätzlich andere Mentalität haben, die für die vorhandene Situation ausschlaggebend ist. 1980 betrug die Scheidungsquote je 10 000 Einwohner 29,9, in

Ost-Berlin sogar 42,2. (In der Bundesrepublik Deutschland lag sie 1979 bei 13 Ehescheidungen.) Besonders bemerkenswert an diesem Prozeß ist die Veränderung, die bei der Initiierung der Scheidung vor sich gegangen ist: Bis in die sechziger Jahre hinein waren es vornehmlich die Männer, die die Scheidung einreichten, heute sind schätzungsweise 70 % der Scheidungskläger Frauen. Dieses Verhalten zeugt von zwei Vorgängen: Erstens haben die Frauen eine tatsächliche, nicht nur eine juristische Unabhängigkeit erlangt, und zweitens sind sie offensichtlich nicht gewillt, dem Zurückbleiben der Männer im partnerschaftlichen Verhalten jeden Tribut zu zollen. In vielen Fällen mag hinzukommen, daß durch das Verhalten des Mannes die Würde und das Selbstwertgefühl der Frauen verletzt werden (eheliche Untreue, Trunksucht und Beherrschungsversuche sind häufige Scheidungsgründe in der DDR). In solchen Fällen erscheint vielen Frauen offenbar die gangbarste Lösung, den Mann, der, statt Partner zu sein, eine Belastung ist, abzuschütteln, denn die Kinder können (und wollen) sie nicht, die Arbeit möchten sie nicht aufgeben.

Aus dieser Entwicklung (1982 wurden 50 000 Ehen geschieden) erwachsen eine Reihe von Problemen, die der Regierung zu schaffen machen, auch wenn man von den menschlichen, die vor allem die Kinder betreffen, hier absieht. Eines dieser Probleme ist die Bereitstellung von Wohnraum. Natürlich bedeutet die genannte Zahl der Scheidungen nicht zugleich einen Bedarf an 50 000 zusätzlichen Wohnungen, aber dennoch fällt der Mehrbedarf ins Gewicht. Geschiedene — und dann häufig auch Verfeindete — müssen daher oft jahrelang in einer Wohnung leben.

Liegen keine aktuellen Partnerschaftsprobleme vor, spielt die Familie bei den Aktivitäten in der Zeit außerhalb der Arbeit eine hervorragende Rolle: Neben dem Fernsehen sind Arbeiten in Haus und Garten, Kurzfahrten und Spaziergänge und überhaupt die Beschäftigung mit den Kindern erstrangige Freizeitbeschäftigungen der Werktätigen der Volkseigenen Industrie. Das sind Grundverhaltensmuster aller Befragten. Aber auf dieser „Basis“ setzt eine starke Differenzierung der Freizeittätigkeiten ein. Die stärksten Wirkfaktoren sind die berufliche Tätigkeit (körperlich leichte oder schwere Arbeit), Qualifikation und Bildung sowie das Geschlecht. Körperlich schwer arbeitende Männer gehen beispielsweise relativ häufig „auf ein Bier“ und besuchen Sportveranstaltungen (was bemerkens-

¹⁴⁾ Vgl. G. Helwig, Frau und Familie in beiden deutschen Staaten, Köln 1982, S. 85ff.

werterweise auch Direktoren, die sich sonst sehr von den Arbeitern unterscheiden, gleich häufig tun); in der Entspannungszeit sind sie aber nicht nur passiv, sondern Lesen (20 Prozent) und besuchen Veranstaltungen (Theaterbesuche bei ca. 5 Prozent). Angehörige von solchen Gruppen, die vorwiegend geistig-reproduktive oder geistig-schöpferische Tätigkeiten ausüben, sind in der Freizeit körperlich aktiver, sie treiben häufiger aktiv Sport, gehen häufiger und eher ins Theater oder ins Konzert. Diese Art der Freizeitbeschäftigung spielt auch bei Frauen eine relativ große Rolle: In allen vornehmlich aus Frauen bestehenden Beschäftigtengruppen stehen Theater und Konzert an siebenter bzw. achter Stelle. Neben dem hochbewerteten Bildungserlebnis werden dort Entspannung, Kunstgenuß und geistige Anregungen gesucht, in vielen Fällen auch „Lebenshilfe“¹⁵⁾. Die beliebteste weibliche Freizeitbeschäftigung ist aber das Anfertigen von Handarbeiten (sie rangiert an dritter bis fünfter Stelle). Die vergleichbare typische Tätigkeit von Männern ist die Pflege des eigenen PKW: Bei manchen Gruppen kommt sie noch vor der Beschäftigung mit den Kindern. Dieser hohe Stellenwert ist verständlich, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die die Neubeschaffung eines Autos bereitet.

¹⁵⁾ Vgl. R. Hirsch, *Junge Leute und ihre Nöte vor Gericht — Eros und Ehe vor Gericht*, Gerichtsberichte, Berlin (Ost) 1982.

¹⁶⁾ H. Laatz, *Theaterpublikum in der DDR*, in: *Deutschland-Archiv*, 17 (1984) 5.

Eine gewisse Rolle spielt als Element der Freizeitbeschäftigungen die sogenannte gesellschaftliche Arbeit. Darunter sind u. a. Versammlungen und Schulungen zu verstehen, aber auch sogenannte Subbotniks, „freiwillige“ Arbeitseinsätze zur Verschönerung des Wohngebiets oder auch der Betriebsumgebung. Für ein einfaches Gewerkschaftsmitglied beläuft sich die aufzuwendende Zeit im Monat auf vier bis sechs Stunden, beträchtlich höher ist der Aufwand für Funktionäre. Zu den Gewerkschaftsgruppenversammlungen kommen eventuell die Parteiversammlungen, das obligatorische Parteilehrjahr, die Leitungssitzungen u. ä. hinzu. 25 Prozent aller Befragten erklärten, sie verwendeten viel oder sehr viel ihrer Freizeit für solche Tätigkeiten.

Unter solchen Bedingungen ist es nicht besonders verwunderlich, daß in der DDR in allen sozialen Gruppierungen schon seit geraumer Zeit ein Rückzug „auf's Private“ zu beobachten ist. Man trifft sich mit Freunden (zumeist Hoch- und Fachschulabsolventen), man bastelt an seiner „Datsche“ (etwa 7 Prozent aller Befragten hatten 1973 ein solches Wochenendhaus, durchaus nicht vorwiegend die Leiter) oder werkelt in seinem Garten (61,1 Prozent aller Befragten) — von einer Emanzipation der Werktätigen zu Bürgern, denen die Regelung ihrer gesellschaftlichen Prozesse ein erstrangiges Bedürfnis ist, keine Spur. Auch von einer Überwindung des Gegensatzes von Arbeit und Freizeit ist weit und breit nichts zu sehen im 35. Jahr der DDR.

Zur Kollektivtheorie und Kollektiverziehung in der DDR

I. Einleitung

Der Kollektivbegriff wird in der DDR nicht nur in der politischen und ideologischen, sondern sehr häufig auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur verwendet. Wenngleich diese häufige Verwendung einerseits der ideologietheoretischen Bedeutung des Begriffs entspricht, steht dem andererseits keine durchgehende Übereinstimmung in dessen Definition gegenüber. Dies gilt nicht nur für die DDR, sondern gleichermaßen für die UdSSR, die in gewisser Weise „federführend“ erscheint. Beispielsweise schreibt der sowjetische Autor W. P. Ratnikow, es gäbe bis auf den heutigen Tag selbst unter den sowjetischen Autoren, die sich speziell mit den Problemen der Kollektivs beschäftigen, noch keine volle Einmütigkeit in der Definition des Begriffs, des Wesens, der historischen Grenzen der Existenz und des Strukturniveaus, auf denen das Kollektiv fungiert¹⁾. Und in seiner Untersuchung der Kollektiverziehung der sowjetischen Schule kommt Uwe Bach zu dem Schluß, daß die Erziehung im Kollektiv und durch das Kollektiv zwar ein charakteristisches Merkmal der sowjetischen Politik sei, trotzdem aber herrsche „bei den Gesellschaftswissenschaftlern — einschließlich der Pädagogen — keine Übereinstimmung darüber, was ein Kollektiv überhaupt ist, durch welche Merkmale es sich von anderen menschlichen Gemeinschaften unterscheidet“²⁾. Dies trifft auch für die DDR-Literatur zu. So geben z. B. die Wörterbücher für Pädagogik, Soziologie und Psychologie³⁾ teilweise umfangreiche Darstellungen, enthüllen aber damit zugleich, wie komplex und faktisch

mehrschichtig das Kollektivproblem ist. Neuere Versuche, z. B. der Sozialpsychologie der DDR, haben sich zur Zeit noch nicht durchgesetzt⁴⁾. Interessanterweise fehlt eine verbindliche Erklärung gerade dort, wo man sie am ehesten erwarten sollte: in den Wörterbüchern der marxistisch-leninistischen Philosophie⁵⁾.

Bundesrepublikanische Veröffentlichungen gehen auf die Komplexität des Kollektivbegriffs im Marxismus-Leninismus entweder nur sehr ungenügend⁶⁾ ein, oder klammern die Thematik, abgesehen von einigen wenigen Detailstudien, aus⁷⁾. Dies scheint aus der Eigentümlichkeit der DDR-Literatur zu resultieren, die auch in der DDR-Forschung der Bundesrepublik⁸⁾ nur teilweise berücksichtigt

⁴⁾ J. Gentner / R. Frindert / P. Schulze / Ch. Thormann / G. Vorweg, Gruppe und Kollektiv, in: Autorenkollektiv unter Leitung von H. Hiebsch / M. Vorweg (Hrsg.), Sozialpsychologie, Berlin (Ost) 1980.

⁵⁾ Aus den zitierten Gründen (Anm. 1) fehle in einem „so fundamentalem Werk wie die ‚Philosophische Enzyklopädie‘“ der UdSSR auch die Erklärung der Kategorie ‚Kollektiv‘; vgl. W. P. Ratnikow, a. a. O. (Anm. 1). In der vorletzten Auflage des von G. Klaus / M. Buhr herausgegebenen Marxistisch-leninistischen Wörterbuch der Philosophie findet sich eine knappe Darstellung, S. 287f. In der neuesten Ausgabe 1983 hingegen fehlt ein solches Kapitel völlig. Der dort ausgearbeitete Begriff „Kollektivbegriff“ (Bd. 2, S. 639f.) bezieht sich lediglich auf das Problem der *logischen* Begriffsbildung.

⁶⁾ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), DDR Handbuch, Bonn 1979 (wiss. Leitung P. Chr. Ludz).

⁷⁾ W. R. Langenbuch / R. Rytlewski / B. Weyergraf (Hrsg.), Kulturpolitisches Wörterbuch. Bundesrepublik Deutschland / DDR im Vergleich, Stuttgart 1983.

⁸⁾ Man kann, grob gesprochen, das Insgesamt dessen, was in der Bundesrepublik als DDR-Forschung bezeichnet wird oder sich selbst so bezeichnet, in drei Gruppen unterteilen:

a) Die antikommunistische Literatur, der es nur darauf ankommt, wirkliche oder vermeintliche Fehler und Mängel aus der DDR-Literatur herauszulesen; wobei oft genug nicht nur der Sachbezug, sondern auch die Tatsache der entsprechenden kritischen Diskussion in der DDR unbeachtet bleibt.

b) Die verschiedenen marxistischen u. ä. Sekten in der Bundesrepublik, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, den „Genossen“ jenseits der Elbe den „richti-

¹⁾ W. P. Ratnikow, Das Kollektiv als Objekt der soziologischen Forschung, in: L. P. Bujewa / T. Hahn (Hrsg.), Über die sozialistische Persönlichkeit. Soziologische und sozialpsychologische Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung im Sozialismus, Berlin (Ost) 1978, S. 155.

²⁾ U. Bach, Kollektiverziehung als moralische Erziehung in der sowjetischen Schule 1956—1976, Berlin 1981, S. 59.

³⁾ Vgl. u. a.: G. Clauß u. a. (Hrsg.), Wörterbuch der Psychologie, Berlin (Ost) 1976; J. u. N. Niermann (Hrsg.), Wörterbuch der DDR-Pädagogik, Berlin (Ost) 1974; Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (Ost) 1976.

wird. Da hier wesentliche Mißverständnisse entstehen können, die nicht nur die Analyse des Kollektivproblems beeinträchtigen, muß darauf kurz eingegangen werden.

1. In der DDR-Literatur treffen wir oft auf floskelartige Formulierungen, die das Gemeinte stark verkürzen und damit oft verzerren. Es war dies die bevorzugte Darstellungsart in der pawlowistisch-stalinistischen Periode. Aber auch heute noch läßt sich eine solche relativ grobschlächtige Darstellung antreffen, vornehmlich in jenen an die Partei (SED) angelehnten Schriften⁹⁾, aber auch vor allem in der entsprechenden pädagogischen Literatur, die sich hauptsächlich durch die Bekundungen von *Sollvorstellungen* ausdrückt¹⁰⁾. Ähnlich verhält es sich oft mit der *Pädagogischen Psychologie*, die dem Niveau der stalinistischen Periode noch immer am nächsten steht und sie neuerlich wieder anzustreben scheint¹¹⁾. Wo Derartiges an anderer Stelle, etwa in Vorworten u. ä., anzutreffen ist, folgt dem indes meist eine differenziertere Darstellung, die die Vergrößerung wieder aufhebt. Aber für flüchtige Leser oder gar solche, die sich lediglich an Vorworten oder Zusammenfassungen orientieren, geht der letztgenannte Sachverhalt meist verloren. Auf dieser Informationsbasis wird dann Qualität und Niveau der DDR-Diskussion, besonders im Bereich der Sozialforschung, entscheidend unterschätzt.

gen" Sozialismus beizubringen. Meist sind dies vulgärmarxistische, linksextremistische Ansätze, die entweder die offizielle — in der DDR und UdSSR — gültige Axiomatik des Marxismus-Leninismus nicht kennen oder nicht berücksichtigen.

c) Nur die dritte Gruppe der DDR-Forschung entspricht wissenschaftlichen Anforderungen. Sie bemüht sich um relativ objektive und unvoreingenommene Sichtung der Diskussionspartien in der DDR-Literatur. Wobei Unvoreingenommenheit nicht Parteilosigkeit bedeutet, die es im vorliegenden Fall nicht gibt und nicht geben kann, wohl aber eine genaue Kenntnis des Sachgebietes, das man untersucht, und eine optimale Kenntnis der Axiomatik des Marxismus-Leninismus, ohne die eine Analyse ohnehin sinnlos wird.

⁹⁾ In unserem Zusammenhang u. a. W. Land / W. Mäder, Kollektiv und Pädagogik, in: *Einheit*, (1976) 5/6.

¹⁰⁾ Dies trifft für den größten Teil der Pädagogik-Literatur zu. Indessen sind naturgemäß auch diese Sollvorstellungen für Verständnis und Analyse notwendig. Akademie der pädagogischen Wissenschaften der UdSSR und DDR (Hrsg.), *Pädagogik*, Berlin (Ost) 1979.

¹¹⁾ Vgl. hierzu: H. E. Wolf, Zu einigen Problemen der Entwicklung der Psychologie in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 14 (1981) 4; ders., Dilemma der Psychologie. Zur Realität in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 14 (1981) 6.

Es läßt sich aber auch der umgekehrte Fehler antreffen. Viele Fachaufsätze, z. B. der Klinischen Psychologie, die eine der wichtigsten Informationsquellen über die derzeitige Lage in der DDR darstellen¹²⁾, lassen entweder jeden „parteieigenen“ Einstieg vermissen oder begnügen sich mit eher rudimentären Hinweisen. Daraus ist dann gelegentlich auf eine Ablehnung, eine Kritik am Staat oder der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus geschlossen worden, die keineswegs vorliegt.

2. Die größte Schwierigkeit für den Interessierten aus der Bundesrepublik liegt offensichtlich in der philosophisch-ideologietheoretischen Eigenart des Marxismus-Leninismus. Seine Axiomatik stellt sich dar als eine umfassende (totale) Ganzheit, die eine Fülle unterschiedlicher (Gliederungs-)Aspekte (Strukturelemente) umspannt. Diese Vielzahl und Vielschichtigkeit läßt sich in Einzelarbeiten niemals aufzeigen, sondern immer nur andeuten. Je umfassender, grundsätzlicher aber das Problem ist, desto maximaler werden die Anforderungen. Gerade für das *Kollektivproblem* scheint zu gelten, daß wir es hier mit den maximalsten Anforderungen zu tun haben¹³⁾!

Der Bewertungsgesichtspunkt der strukturierten Ganzheit des jeweiligen Problems gründet in der positiv-futurologischen Sichtweise des Marxismus-Leninismus, der alle faktischen Schwierigkeiten entweder übergeht oder sie bagatellisiert. Für den jeweiligen Fachmann in der DDR stellt es keine besondere Schwierigkeit dar, Soll- und Ist-Situation zu verbinden, zumal der durchgehend kategoriale Gehalt der Axiomatik des Marxismus-Leninismus eine Grundsatzkritik nicht so ohne weiteres zuläßt¹⁴⁾. Anders ist es jedoch für bundesrepublikanische Autoren, die der pädagogischen Sichtung folgen und entsprechend das Heterogene der jeweiligen Problematik und Diskussion in der DDR kaum konsequent ausweisen. Das gilt u. a. für

¹²⁾ Andeutungsweise dargestellt in: H. E. Wolf, Forensische Psychologie in der DDR, in: *Deutschland Archiv*, 16 (1983) 9; ausführlicher in: H. E. Wolf, *Problemgeschichte der Psychologie in der DDR 1947—1983*, unv. Manuskript.

¹³⁾ H. E. Wolf, *Zur Theorie der Kollektiverziehung in der DDR. Eine methodologische Analyse*, unv. Arbeitsmanuskript.

¹⁴⁾ Sehr instruktiv in diesem Zusammenhang: J. Erpenbeck, *Psychologie und Erkenntnistheorie. Zu philosophischen Problemen psychischer Erkenntnisprozesse*, Berlin (Ost) 1980 (mit einem Geleitwort von H. Hörz und F. Klix).

die Darstellung der Persönlichkeitsdiskussion in der DDR¹⁵⁾.

3. Eine dritte Schwierigkeit liegt in der vereinheitlichten Begriffsgleichheit der Diskussionsthemen in der DDR und der Bundesrepublik. Begriffe wie Interessen, Familie, Gruppen, Konflikt, Autorität, Fleiß, Persönlichkeit usw. werden hier wie dort verwendet, doch ist das Gemeinte meist nicht unmittelbar vergleichbar, sondern verlangt eine mehrfache Umsetzung. Für den Kollektivbegriff gilt in diesem Zusammenhang, daß er in der westlichen Literatur in der Regel völlig anders als im Sozialismus verwendet wird.

4. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der relativ schnellen Entwicklung der Sozialwissenschaften in der DDR, wodurch sich für den Beobachter zwei Hauptprobleme ergeben.

a) Im Zeitraum von drei bis fünf Jahren ändern sich in den Zweigen der Sozialforschung der DDR in der Regel die Problemlagen. Dies hängt nicht allein — nicht einmal primär — vom Ertrag empirischer Forschung ab, sondern von der fortschreitenden Problemdiffe-

renzierung. Daraus folgt, daß sich der Interessent aus dem Westen, wenn möglich, an den neuesten Veröffentlichungen orientieren muß, will er nicht Problemdiskussionen aufgreifen, die längst überholt sind¹⁶⁾.

b) Während man vergleichsweise im Westen die vorhergehenden Diskussionen oftmals übergehen kann, weil sie überholt sind, werden viele neuere Diskussionen in der DDR überhaupt erst verständlich, wenn man sie auf die vorhergehenden Mängel, Fehler u. ä. bezieht, die aber nur selten, und nur selten korrekt, eingestanden und aufgezeigt werden. Übersieht man diese Bezüge, erfaßt man Ziel und Inhalt der neueren Diskussion nur teilweise. Darüber hinaus gibt es *tabuierte Themen*, Verdeckungen, regelrechte Verfälschungen wissenschaftshistorischer Phänomene, die entweder undiskutiert bleiben oder in der traditionell verfälschten Form beibehalten werden.

Besonders die letztgenannte Fehlerquelle spielt in der Diskussion über Kollektivvorstellung eine große Rolle.

II. Die Kollektivkonzeption von Makarenko

Obschon A. S. Makarenko seine Erfahrungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges gesammelt hatte, blieb seine Arbeit zunächst ohne Resonanz. Seine „Pädagogisches Poem“ erschien erst 1931¹⁷⁾. Der Grund dafür lag in dem Gegensatz der Erziehungskonzeption Makarenkos zur offiziellen Pädagogikauffassung, wie sie vor allem von der Frau Lenins, Nadezka K. Krupskaja (1869—1937), dem Volkskommissar Vasiljevic A. Lunarscharki (1875—1933) sowie von dem Theoretiker Pavel P. Blonskij (1884—1941) u. a. vertreten wurde¹⁸⁾. Später wurden besonders

durch Leonhard Froese¹⁹⁾ neben der politischen auch die russisch-geistesgeschichtliche Situation berücksichtigt und Leo Tolstoi und Makarenko als Antipoden dargestellt.

Der Gegensatz zwischen Makarenko und den damals führenden Parteipädagogen der zwanziger Jahre lag in den unterschiedlichen Aufgabenstellungen begründet. Die vormalige Lehrerin Krupskaja wollte die Schüler von dem stumpfsinnigen Zwangscharakter der bisherigen Schule befreien, die auf die Interessen der Schüler keine Rücksicht nahm, ein Vertrauensverhältnis zwischen Lehrer und Schüler nicht kannte und die Schüler zudem vom tatsächlichen Leben weitgehend isolierte²¹⁾. Ihre Konzeption der „freien Erziehung“ hat sich für die sowjetische Schule teilweise schädlich ausgewirkt. Spätere, noch relativ freundliche Kritiken sprechen davon, sie habe die „Bedeutung der Freiheit und Selbständig-

¹⁵⁾ Das gilt insbesondere für die Arbeit von Ch. Lemke, *Persönlichkeit und Gesellschaft. Zur Theorie der Persönlichkeit in der DDR*, Opladen 1980.

¹⁶⁾ Während sich heute die Mehrzahl der Teildisziplinen der DDR-Psychologie in ihrer Entwicklung als mindestens vorläufig abgeschlossen erkennen lassen, scheint sich in der *Klinischen Psychologie* mit Beginn der achtziger Jahre ein Trend zu entwickeln, der sich in seinen Konsequenzen noch nicht übersehen läßt.

¹⁷⁾ Vgl. hierzu A. S. Makarenko, *Gesammelte Werke*, mehrere Auflagen.

¹⁸⁾ Dazu: O. Anweiler, *Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära*, Berlin-Heidelberg 1964.

¹⁹⁾ L. Froese, *Ideengeschichtliche Triebkräfte der russischen und sowjetischen Pädagogik*, Berlin 1963²⁾; siehe auch O. Anweiler, a. a. O. (Anm. 18), S. 4.

²⁰⁾ O. Anweiler, a. a. O. (Anm. 18), S. 84.

²¹⁾ Ebd.

keit der Kinder für die Organisation des inneren Schullebens stark übertrieben²²⁾.

Makarenko hatte es demgegenüber nicht mit normalen Schülern und herkömmlichen Schulproblemen, sondern mit *stark verwahrlosten* Kindern zu tun. Hier kam es in erster Linie darauf an, die Voraussetzungen für eine gezieltere pädagogische Weiterbildung zu schaffen. Dazu gehörte in erster Linie Disziplin als Zwang. Der Erfolg der von Makarenko angewendeten Methode, der sich keineswegs in jedem Fall einstellte, hat ihn international bekannt gemacht.

„Freie Erziehung“ mit ihrer faktischen Disziplinlosigkeit auf der einen Seite²³⁾, Disziplin, Ordnung und Ein-(Unter-)ordnung auf der anderen Seite standen sich somit als Erziehungskonzepte gegenüber. Zwar wurde Makarenkos Konzeption in der Stalinzeit aufgegriffen, ging aber nicht ursächlich auf Stalin selbst zurück²⁴⁾.

In einer vereinfachten Form lassen sich drei Strukturelemente der Kollektivvorstellungen Makarenkos unterscheiden:

1. Anstelle eines alleinigen Führers (des Erziehers, Leiters) setzte er die *Gruppe* mit ihren personalen Gruppenstrukturen ein. Die einzelnen Gruppenmitglieder wurden nach und nach in den Aufgabenbereich der Gesamtgruppe eingepaßt und beeinflussten sich damit gegenseitig. Unabhängig davon war eine solche Vorstellung der internen funktionalen Beeinflussungsmöglichkeit etwa gleichzeitig auch in der westlichen Kleingruppenforschung entwickelt worden.

2. Während man dort aber die gesetzten Themen und Inhalte als Spielereien formalistisch handhabte, wurden sie in Makarenkos Gruppen existentiell notwendig. Die Notwendigkeit der Praxis, nicht aber akademische Hypothesen waren Grundlage dieser Erziehungskonzeption in Gruppen, die Makarenko

auch nicht Gruppe, sondern Kollektiv nannte.

3. Diese Bezeichnung, das „sozialistische Kollektiv“, sollte gerade das Neuartige, Weiterführende, Fortschrittliche ausdrücken, auch in der Erziehung. Schon vorher war der Kollektivbegriff gelegentlich benutzt worden, aber bis dahin in einer ideologisch unbrauchbaren Form. Zwar läßt sich, so V. V. Kumarin, bei Makarenko keine einheitliche Kollektivdefinition finden, „in den verschiedenen Formulierungen hebt er bald ein, bald zwei oder gleich mehrere charakteristische Merkmale des Kollektivs hervor“²⁵⁾, doch orientieren sich, so Kumarin, die heutigen Definitionen des Kollektivbegriffs weitgehend an Makarenkos Definition: „Ein Kollektiv ist eine freie Gruppe von Werktätigen, die ein einheitliches Ziel, einheitliches Handeln verbindet; es ist eine organisierte Gruppe mit leitenden Organen, mit Disziplin und Verantwortung. Das Kollektiv ist ein sozialer Organismus in einer gesunden menschlichen Gesellschaft. Ein solcher Organismus ist in dem Mischmasch der bürgerlichen Welt unvorstellbar.“²⁶⁾

Der letztgenannte Sachverhalt erklärt, warum nicht nur Makarenko die Bildung von Kollektiven ausschließlich dem Sozialismus zugeordnet hat. Die Definition läßt aber noch mehr erkennen: Kollektiv ist mehr als eine jeweils auf ein Ziel gerichtete sozialistische Gruppierung, es ist auch *der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung, die auf die Menschheitsgeschichte zurückgeht*. Und mit dieser, mehr implizit als explizit gesetzten Konzeption verbindet sich bei Makarenko die übliche Gruppen-Kollektivdiskussion — wie sie hier vereinfachend bezeichnet werden soll — mit den Entwicklungsvorstellungen von Marx und Engels, die beide vom Kollektiv, der sogenannten Urgemeinschaft (oder Urgesellschaft), ausgehen. Ohne Kenntnis dieses Zusammenhangs bleibt jede Diskussion über das sozialistische Kollektiv sinnlos!

Die pädagogische sowie die ihr nahestehende Literatur der DDR erweckt den Anschein, als habe sich die sowjetische Erziehung von Beginn an nach den Richtlinien Makarenkos orientiert. Das Fehlen detaillierter Information, daß und warum es nicht so war, kann beim Leser zu Mißverständnissen führen.

²²⁾ Zit. bei O. Anweiler, a. a. O. (Anm. 18), S. 85.

²³⁾ Im Jahre 1928 stellte Lunascharskij fest: „Nicht einmal die einfachste Disziplin, das, was man eine gute Führung nennt, ist vorhanden“; zit. bei O. Anweiler, a. a. O. (Anm. 18), S. 251.

²⁴⁾ Bereits Lenin hatte auf die Notwendigkeit intensiven Lernen hingewiesen, um die Entwicklung der Industrie voranzutreiben. Dem wurde die sowjetische Schule zunächst nur ansatzweise gerecht. In den dreißiger Jahren kam es dann zu jener Auffassung, die man mit dem Namen Stalins verbunden hat: Größere Anstrengung, größtmögliche Disziplin. Diese staatlichen Forderungen beendeten gewissermaßen die vorhergehenden romantischen Vorstellungen in der sowjetischen Pädagogik.

²⁵⁾ Zitiert bei U. Bach, a. a. O. (Anm. 2), S. 60.

²⁶⁾ Ebd.

1. Wie schon ausgeführt, wertete Makarenko das Kollektiv als etwas Neues, dem Sozialismus Wesenseigentümliches, nur in ihm konstituierbar, wobei Makarenkos Erfolg wesentlich aus dem Spezifikum der Gruppenstruktur seines Kollektivs resultierte.

Die unkritische Übernahme der Bewertung des Kollektivs hat dann zu einer lange Zeit affektiv verteidigten Alternative geführt, in der das „sozialistische Kollektiv“ der „bürgerlichen Gruppe“ und entsprechend der „bürgerlichen“ Gruppenforschung gegenübergestellt wurde. Diese Alternative ist selbst in der UdSSR keineswegs durchgehend akzeptiert worden, hat aber in der DDR zunächst vorgeherrscht. Sie verschwand zu Beginn der sechziger Jahre, als sich in der DDR die Psychologie und Sozialpsychologie zu einer eigenständigen, offiziell anerkannten und geforderten Größe entwickelten. Nunmehr gab es auch offiziell eine „sozialistische“ Gruppenforschung, die keineswegs antikollektivistisch war, sondern die Bedingungen untersuchte, unter denen sich sozialistische Kollektive bilden und entwickeln bzw. festigen ließen²⁷⁾.

Zweierlei ist hier anzumerken. Erstens sind die gelegentlichen Auseinandersetzungen über Begriff und Problem von Gruppen und besonders von Kleingruppen von bundesrepublikanischen Autoren dramatisiert und fehlinterpretiert worden²⁸⁾. Zweitens war es weniger die DDR-Pädagogik als vielmehr die *Soziologie* der DDR, die bis in die neuere Zeit den von Psychologen der DDR benutzten Gruppenbegriff westlich-ideologischer Rudimente verdächtige²⁹⁾.

²⁷⁾ Schon früh in: H. Hiebsch, *Sozialpsychologische Grundlagen der Persönlichkeitsformung*, Berlin 1967. Das Manuskript war bereits 1960 fertiggestellt; H. Hiebsch / M. Vorweg, Über Gegenstand, Aufgaben und Methoden der marxistischen Sozialpsychologie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, (1963) 5; J. Gentner u. a., a. a. O. (Anm. 4), S. 58 ff.

²⁸⁾ Das gilt für die Interpretation der Auseinandersetzung zwischen W. Friedrich und E.-H. Berwig, in: *Pädagogik*, 25 (1970) 2. Dazu: B. Hille, Kontroverse zwischen Pädagogen und Sozialpsychologen, in: *Deutschland Archiv*, 3 (1970) 9. Eine differenziertere Darstellung mit guter Analyse findet sich bei H.-P. Schäfer, *Jugendforschung in der DDR*, München 1974, bes. S. 149 ff.

²⁹⁾ Dies geht teilweise darauf zurück, daß die Soziologie der DDR lange Zeit sehr viel stärker dem unmittelbaren Einfluß der Ideologietheorie ausgesetzt war.

2. Der zweite Fehler lag in der relativen Gleichsetzung eines konkret existierenden Kollektivs mit dem allgemeinen Erziehungsziel sozialistischer Kollektive einerseits und der umfassenderen Kollektivtheorie des Marxismus-Leninismus andererseits. Diese zwar konvergierenden, aber doch unterscheidbaren Problemstrukturen lassen drei Typen der Kollektivdiskussion in der DDR wie in der UdSSR erkennen.

— In einer besonders von Pädagogen vertretenen Diskussionsrichtung wird die Existenz des Kollektivs als gegeben hingestellt. Begründet wird dies mit der Existenz des Sozialismus. Diese Kollektivvorstellungen gehen zuweilen so weit, daß sie den Autoren des Westens jegliches Verständnis über Kollektiv und Kollektivismus im Sozialismus absprechen³⁰⁾.

— Die zweite Diskussionsrichtung nimmt Kollektiv als das Anzustrebende, weiß also, daß der Sozialismus zwar die Bedingungen für die Existenz auch sozialistischer Kollektive geschaffen hat, Kollektive aber damit noch nicht automatisch existieren müssen. Es gibt Varianten, die selbst in der Existenz eines Kollektivs keineswegs eine abgeschlossene Entwicklung sehen, sondern auf die stetige Festigung, Verbesserung des Kollektivs im Zuge der weiterführenden Entwicklung hinweisen.

— Die dritte Diskussionsrichtung, anzutreffen in der Partei, der parteinahen sowie der pädagogischen Literatur, verwendet den Kollektivbegriff rein formal institutional und bezeichnet bestehende Gruppierungen, die der Kollektiverziehung unterzuordnen sind, schlechthin als Kollektiv. Sie dürften die Mehrzahl der Veröffentlichungen über das Kollektiv ausmachen und sind auch deswegen wichtig, weil hier die Diskussionen über die *Methodik* der Kollektiverziehung am ausführlichsten vorgetragen werden. Das gilt besonders für jene Kollektive, die mit der *Schule* zusammenhängen. Hier werden dann auch die von Makarenko herausgearbeiteten Kriterien verwendet.

³⁰⁾ Besonders deutlich ausgedrückt von dem sowjetischen Philosophen V. G. Ivanov, zit. bei U. Bach, a. a. O. (Anm. 2), S. VII. Danach seien selbst gutwillige westliche Wissenschaftler nicht in der Lage, Leben und Wesen des Kollektivs richtig zu erfassen, weil sie es nicht kennengelernt hätten.

III. Zurückweisung westlicher Kollektivvorstellungen

Ihre interne Sicherheit haben die Vertreter der Konzeption des „sozialistischen Kollektivs“ auch aus der Zurückweisung westlicher Kollektivvorstellungen gewonnen. Dies vollzog sich in drei Phasen:

1. Anfangs hatten es die Vertreter des Marxismus-Leninismus leicht. Sie konnten sich gegen eine spekulative Gruppenforschung wenden und immer wieder auf deren ideologische Vorurteile hinweisen. Sofern überhaupt vom Kollektiv gesprochen wurde, geschah dies wenig präzise und blieb theoretisch und terminologisch unklar³¹). In einigen Fällen waren solche Hinweise auch gegen den Sozialismus gerichtet und konnten als „antikommunistisch“ abgetan werden³²).

Dies ergab einen doppelten taktischen Vorteil:

a) Die Kollektivdiskussion im Westen ließ sich als unwissenschaftlich abweisen.

b) Sie ließ sich darüber hinaus als stark ideologisch bedingt abtun. Eine wissenschaftliche Diskussion über Kollektive konnte es folglich nur im Sozialismus geben, zudem es nur hier Kollektive geben konnte.

2. Dies änderte sich teilweise mit dem Aufkommen der empirischen Sozialforschung. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo wesentlich Soziologen die Initiatoren waren, waren es in der DDR die Psychologen. Die DDR-Psychologie aber hatte Ende der fünfziger Jahre für die Staatsführung eine immer stärkere Bedeutung erhalten, da wirtschaftliche und soziale Probleme dringend der Mithilfe des Psychologen bedurften. Unmittelbar damit zusammenhängend gewann die Psychologie an Bedeutung auch für die Ideologietheorie des Marxismus-Leninismus und entscheidend auch für die Kollektivdiskussion.

Dies hatte drei Folgen:

a) Mit der empirischen Sozialforschung gewann das Problem der *Methoden* auch in der DDR-Psychologie immer stärkere Beachtung. Diese Methoden waren zwar der westlichen Sozialwissenschaft entlehnt, konnten aber wegen ihres formalen Charakters ohne größere Schwierigkeiten akzeptiert werden und wiesen damit die entsprechende DDR-Forschung als Wissenschaft aus.

³¹) Vgl. hierzu: W. P. Ratnikow, a. a. O. (Anm. 1), S. 156f.

³²) Dies galt z. B. für die Kritik von Karl Jaspers. Vgl. W. P. Ratnikow, a. a. O. (Anm. 1), S. 157.

b) Damit aber gewann die Gruppenforschung ihren Vorrang vor der bisherigen Kollektivdiskussion. Es war nicht schwer, sich mit der Übernahme der Methoden der bisherigen (westlichen) Ideologien zu entledigen³³) oder sie, auch dies ein wissenschaftlich legitimes und notwendiges Anliegen, kritisch zu überprüfen und zu verbessern³⁴).

c) Damit aber wurde die Diskussion über den Zusammenhang von Gruppen und Kollektiven neu formuliert. Das Kollektiv blieb, wie es die Ideologietheorie von ihm verlangte, das Wichtigere von beiden, also *mehr* als die Gruppe. Deutlich drückt dies der sowjetische Psychologe A. W. Petrowski aus: „... wenn etwas für eine beliebige Gruppe charakteristisch ist, heißt das noch nicht, daß dies auch für ein Kollektiv zutrifft. Genau an dieser Stelle verläuft die methodologische, sagen wir es genauer, die ideologische Wasserscheide zwischen der sowjetischen und der bürgerlichen psychologischen Wissenschaft.“³⁵)

Mit anderen Worten: In der DDR (wie in der UdSSR) war die Gruppenforschung der Kollektivforschung vorgeordnet und damit ihr gegenüber relativ indifferent. Zugleich war sie aber die *Voraussetzung* auch für die Kollektivforschung. Da nun in der westlichen Sozialforschung vom Kollektiv als Forschungsgegenstand überhaupt nicht die Rede war, blieben die sozialistische Kollektivforschung und ihr Kollektivbegriff in der wissenschaftlichen Diskussion konkurrenzlos.

3. Gerade dieser Tatbestand änderte sich mit dem Aufkommen linksextremistischer Richtungen der „Neuen Linken“ und der „Autoritären Erziehung“ etc. im Westen, besonders in der Bundesrepublik. Obschon diese Gruppierungen, von ihrer Lautstärke und der erstaunlichen Unterstützung durch bundesrepublikanische Massenmedien einmal abgese-

³³) Dies geschah schon früh z. B. durch H. Hiebsch, M. Vorweg und W. Friedrich. Besonders kraß war diese Ideologie bei J. Moreno ausgedrückt, der sein Soziogramm u. a. religiös zu begründen suchte. Vgl. hierzu: G. Eckardt, Entstehung und Entwicklung der bürgerlichen Sozialpsychologie, in: Autorenkollektiv, a. a. O. (Anm. 4), S. 464.

³⁴) Diese Entwicklung zeigt sich im Bereich der Psychodiagnostik der DDR-Psychologie, neuerlich besonders in der Klinischen Psychologie.

³⁵) A. W. Petrowski, Sozialpsychologische Probleme des Kollektivs, in: A. Kossakowski (Hrsg.), Psychologie im Sozialismus, Berlin 1980, S. 189.

hen³⁶⁾, bestenfalls im Vorfeld wissenschaftlicher Diskussionen ernst genommen werden konnten³⁷⁾, war ihre ideologische Bedeutung für die DDR-Theoretiker beachtlich. Wichtig war dabei nicht in erster Linie der verwaschene Kollektivbegriff³⁸⁾, sondern der Anspruch, den „richtigen“ Marxismus gegenüber dem in der DDR praktizierten zu vertreten. Vor allem zwei Themenbereiche konnte man in der Ideologietheorie und Sozialwissenschaft der DDR nicht ignorieren: 1. der Versuch, die Psychoanalyse und Neopsychoanalyse incl. der verschiedenartigen Sekten mit dem Marxismus-Leninismus zu verbinden; 2. die kritische Diskussion des Begriffs der Autorität.

Mit beiden Problemen sind die DDR-Autoren relativ leicht fertig geworden, was nicht nur an dem vergleichsweise wesentlich höheren Niveau des Marxismus-Leninismus gegenüber den bundesrepublikanischen Marxismen lag, sondern auch daran, daß man auf die Sozialwissenschaft, insbesondere auf die DDR-

Psychologie, zurückgreifen konnte. Auf das Autoritätsproblem wird im folgenden noch kurz einzugehen sein. Was die Auseinandersetzung mit den Ansprüchen der verschiedenartigen Sekten der orthodoxen oder neueren Psychoanalyse anbelangte, so wurde hier die Diskussion von Anfang an gründlich geführt³⁹⁾. Auch hier spielten ideologietheoretische Gegenpositionen nur teilweise eine Rolle; auch hier war die DDR-Psychologie federführend. Es waren die Vagheit der Terminologie, die Unprüfbarkeit der Behauptungen bzw., wo sie sich prüfen ließen⁴⁰⁾, deren Widerlegungen, die zu einer Ablehnung psychoanalytischer Konzepte führten. Mit der Entwicklung der Klinischen Psychologie und Psychotherapie der DDR wurden dann auch einzelne prüfbare Thesen der Psychoanalyse durch die weitere Forschung verworfen⁴¹⁾. Die heutige Stellungnahme gegenüber Freud⁴²⁾ und der Psychoanalyse deckt sich weitgehend mit der der unvoreingenommenen Wissenschaft des Westens⁴³⁾.

IV. Pluralität und Komplexität der Kollektivtheorie

Die Kollektivtheorie des Marxismus-Leninismus weist sich als eine plurale, komplexe, aber stark gegliederte Gesamtheit axiomatischer Einzeltheorien aus. Dabei müssen zwei aufeinanderfolgende Theoriengruppen unterschieden werden: 1. die auf der Axiomatik des Historischen Materialismus entwickelte philosophisch-anthropologische Kollektivtheorie, hier genannt *primäre Kollektivtheorie*, und 2. die daraus abgeleitete sozialwissenschaftliche Kollektivtheorie, hier genannt *sekundäre Kollektivtheorie*.

³⁶⁾ Vgl. hierzu: H. E. Wolf, Die Entwicklung des linksideologischen Terrors in der Bundesrepublik Deutschland ab 1960—1978; in: FWS-Report, (1978) 3.

³⁷⁾ H. E. Wolf, Zur Problemsituation der Vorurteilsforschung, in: R. König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 12, Stuttgart 1978, S. 109f. Ders., Geschichte und Problemsituation der Autoritarismusforschung, in: FWS-Report, (1975) 2.

³⁸⁾ Vgl. hierzu u. a. G. Sielski, Kritik der „antiautoritären“ Erziehung. Ein Beitrag zur Analyse kleinbürgerlich-revolutionaristischer Erziehungsauffassungen, Berlin (Ost) 1977.

³⁹⁾ Dies steht im strikten Gegensatz zu der Darstellung von M. Muck, Psychoanalyse, in: W. R. Langenbucher u. a., a. a. O. (Anm. 7), S. 591.

⁴⁰⁾ Ausdrücklich festgestellt auf der 1960 von K. Gottschaldt, dem damaligen Lehrstuhlinhaber für Psychologie an der Humboldt-Universität, Berlin, einberufenen Internationalen Tagung über Ent-

1. Die *primäre Kollektivtheorie* umspannt die Gesamtaxiomatik der Leitsätze des Marxismus-Leninismus. Sie kann unter den verschiedensten wissenschaftssystematischen Aspekten untersucht werden.

Ihre Einzeltheorien auf einer Ebene sind: Bewußtseinstheorie (BT), Tätigkeitstheorie (TT), Bedürfnistheorie (BdT), Kollektivtheorie (KT), Persönlichkeitstheorie (PT), Moraltheorie (MT) und Determinismustheorie (DT). Jede einzelne dieser Theorien, aber auch das Insgesamt kann unter den Aspekten der für den

wicklungspsychologie. Siehe J.-P. De Waele (Brüssel), Zur Frage der Bestätigung psychoanalytischer Grundannahmen, in: Zeitschrift für Psychologie, (1961) 165, S. 90—138. Kennzeichnend für die Situation der Diskussionsbeitrag von A. Lehtovaare (Helsinki), ebd., S. 138.

⁴¹⁾ Hierzu: H. E. Wolf, Klinische Psychologie und Psychotherapie in der DDR. Ihre Entwicklung und Bedeutung für die DDR-Forschung (Manuskript).

⁴²⁾ Siehe dazu: H. Hiebsch, Psychoanalyse, in: G. Klaus / M. Buhr, Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, 1983³, S. 991—993.

⁴³⁾ Es bleibt völlig unklar, wie Muck zu seinen Thesen gekommen ist. Die Fachliteratur der DDR — nicht nur der Psychologie — zeigt eine ständige Berücksichtigung der — und Auseinandersetzung mit den — Behauptungen der Psychoanalyse. Das gilt auch durchweg für die sowjetische Psychologie.

Marxismus-Leninismus bedeutsamsten Disziplinen analysiert werden: Philosophie (Ph), Soziologie (So), Sozialpsychologie (SPs) und Pädagogik (P). Mit dem Ansatz einer einzigen dieser Disziplinen ist eine ausreichende Kenntnis des Theorien- und Modellgehaltes weder der einzelnen Teildisziplinen noch der Gesamtheit der Theorien möglich.

Der Ansatz einer Analyse, ausgehend von den Einzeltheorien, ähnelt nur sehr äußerlich einem Aspektenverfahren⁴⁴⁾. Vielmehr handelt es sich um verschiedenartige Zugänge zu einem Ingesamt von Vorstellungen, die untereinander unmittelbar zusammengehören.

In einer notwendigen, gleichwohl didaktisch vertretbaren Verkürzung und Vereinfachung läßt sich die primäre Kollektivtheorie auf dieser Ebene wie folgt darstellen: Am Anfang steht die metaphysische Behauptung der *sich selbst bewegenden Materie*⁴⁵⁾. Dies soll hier vereinfacht als das Aktivitätsprinzip gekennzeichnet werden, das sich in der Tätigkeitstheorie ausdrückt. Diese Aktivität ist die Grundlage aller Bewegungen, Entwicklungen, Veränderungen und damit auch des Fortschritts⁴⁶⁾. Mit der vollendeten Entwicklung des Affen zum Menschen entwickelt sich das dem Menschen spezifische *Bewußtsein*. Aber auch die Tätigkeit selbst führt zu einer ständigen Veränderung nicht nur der materiellen und sozialen Umwelt, sondern auch des tätigen Individuums und damit zu sich ändernden Bedürfnissen, zunächst materieller, sodann psychischer Art. Die Situation des Materiellen zwingt zur Gemeinsamkeit — wie schon bei den Affen —, und so steht am Anfang die *Urgemeinschaft, das erste, ursprüng-*

⁴⁴⁾ Zur Fehlerquelle des Aspektenverfahrens siehe: H. E. Wolf, Kritik der Vorurteilsforschung, Stuttgart 1979, S. 16, 21f., bes. S. 177f.

⁴⁵⁾ Für die Vertreter des Marxismus-Leninismus ist gerade dies keine Metaphysik. Sie verwenden den Metaphysikbegriff anders (vgl. bei A. Kosing, Metaphysik, in: G. Klaus / M. Buhr, Marx-Len. Wörterbuch, a. a. O. (Anm. 42), 1983², S. 787f.). Von der Sache her ist dies aber rein terminologisch. Der Tatbestand der sich bewegenden Materie läßt sich zwar aus allen Beobachtungen haltbar deduzieren, denn es gibt tatsächlich in der organischen und anorganischen Natur nirgends einen Stillstand, eine völlige Passivität. Unter diesen sehr allgemeinen Voraussetzungen wäre das Axiom akzeptabel. Aber sie klärt keineswegs die Frage, woher die Bewegung gekommen bzw. warum die Materie stets „beweglich“ ist. Eben dies ist und bleibt ein metaphysisches Problem, jedenfalls in unserem jetzigen Wissensstand.

⁴⁶⁾ Wer hier Mißverständnisse, voreilige Interpretationen vermeiden will, wird sich die unterschiedlichen Bedeutungen dieser Begriffe ansehen müssen (siehe das Marx-Len. Wörterbuch).

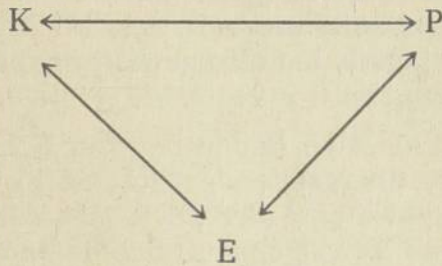
*liche Kollektiv*⁴⁷⁾. Hier herrscht zunächst eine Verhaltensweise vom Typ: Einer für alle, alle für einen! Eine Arbeitsteilung mit der „Arbeit als Herzstück der Tätigkeit“ gibt es erst in Ansätzen. Die Gleichartigkeit des kollektiven natur- und sozial bedingten Seins bestimmt das sich entsprechend entwickelnde Bewußtsein und die Bedürfnisse. Mit der Entwicklung der Arbeitsteilung, also unterschiedlicher Tätigkeiten, kommt es zur Entwicklung individueller *Eigenschaften* und übergreifender Moralanschauungen. Aus dem Miteinander des ursprünglichen Kollektivs wird das Gegeneinander der späteren Sklavenhaltergesellschaft, des Feudalismus und Kapitalismus. Nur insofern ist die Geschichte der Menschheit die Geschichte der Klassenkämpfe. Die immer differenziertere Arbeitstätigkeit schafft immer differenziertere individuelle wie auch überindividuelle (soziale) Bedürfnisse, Charaktereigenschaften und Moralauffassungen, gebunden an die jeweils konkrete Gegebenheit der materiellen Arbeitssituation, letztlich des Eigentums an den Produktionsmitteln. Der Gegensatz der Klassen spitzt sich im Stadium des Kapitalismus immer mehr zu und erzwingt, zwar notwendig, aber nicht automatisch, den Sozialismus. Nunmehr enden allmählich das konkurrierende, individualistische Gegeneinander, der Egoismus, die Übervorteilung usf. und es formt sich eine neue Gemeinschaft der Menschen: das sozialistische Kollektiv. Es bilden und entwickeln sich neue Menschen: die allseitig gebildeten, kurz: sozialistischen Persönlichkeiten; auch dies nicht automatisch, aber notwendig.

2. Die *sekundäre Kollektivtheorie* knüpft unmittelbar an die Aufgabe an, die dem Kollektiv im Sozialismus vorgegeben ist und daher hauptsächlich in einer *Erziehungstheorie* besteht. Sie soll nicht nur das sozialistische Kollektiv, sondern auch im unmittelbaren Zusammenhang damit die gewünschten und für den Fortschritt des Sozialismus notwendigen neuen Menschen, die sozialistische Persönlichkeit, entwickeln helfen.

Wiederum auf eine relativ einfache Formel gebracht, ergeben sich drei ineinander ver-

⁴⁷⁾ Auf die Frage, ob sich die Annahme der Existenz einer „Urgemeinschaft“, zudem in der Form, wie sie sich Marx und Engels vorgestellt haben und wie sie noch heute vom Marxismus-Leninismus vertreten wird (vgl. H. Schulze, Urgesellschaft, Marx-Len. Wörterbuch, 1983³, S. 1244—1245), halten läßt, kann ich hier nicht eingehen. Eine Darstellung der von dieser Konzeption abgeleiteten Entwicklungsvorstellung findet sich, übersichtlich und verkürzt, bei W. P. Ratnikow, a. a. O. (Anm. 1).

schränkte Aspekte: Durch das Kollektiv (K) als organisierte (Gruppen-)Größe, die Persönlichkeit (P) als das Individuum, das zum neuen Menschen erzogen werden soll, und die Einstellung (E), die nötig ist, soll die gewünschte sozialistische Persönlichkeit erreicht und in der Kommunikation und Integration mit anderen Persönlichkeiten im Kollektiv das Kollektiv selbst wiederum zu einem echten sozialistischen Kollektiv vorangebracht werden.



Bei der Diskussion dieser im Grunde futurologischen Konzeptionen der Kollektiv-, Persönlichkeits-, Einstellungs- (= Überzeugungs-)Erziehung kommt es nicht selten zu einer vom ideologischen Wunsdenken getragenen Verzerrung der konkreten Gegebenheiten des „Ist“ durch die „Soll“-Vorstellungen. So wurden beispielsweise auf einer spezifischen Entwicklungsstufe der DDR die Anforderungen der „kommunistischen Moral“ propagiert⁴⁸⁾. In der UdSSR sind es ohnehin die Moralphilosophen, die diese Seite des Persönlichkeitsproblems diskutieren⁴⁹⁾. Sodann proklamierte die SED später die Entwicklung allseitig gebildeter Persönlichkeiten⁵⁰⁾. Daraus wurde im sozialwissenschaftlichen Schrifttum die „sozialistische Persönlichkeit“, ein Begriff, den zuerst wohl Hiebsch verwendet hat⁵¹⁾. Im Jahre 1974 wurde dieser Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“ nicht nur im Jugendgesetz der DDR offiziell als Erziehungsziel aufgenommen, sondern auch in einer Reihe von Merkmalen konkreti-

siert⁵²⁾. Damit aber hat sich Margot Honecker, Kultusminister der DDR, offenbar von der Pädagogischen Psychologie, ohnehin mit Abstand schwächste Disziplin der DDR-Psychologie⁵³⁾, aufs Glatteis führen lassen. Bis heute ist diese Konkretisierung nicht in einem einzigen Fall von der empirischen Forschung der Psychologie, Sozialpsychologie oder Jugendforschung aufgegriffen worden. Zwar wurde für lange Zeit der Begriff der „sozialistischen Persönlichkeit“ zum Schlagwort, doch offenbar nur in seiner Zielvorstellung als „Soll“. Nur einige wenige Psychologen wiesen auf die Konkretisierung des Jugendgesetzes positiv hin⁵⁴⁾, andere hielten eine solche vorgreifende Kennzeichnung für nicht möglich⁵⁵⁾. Sodann häuften sich die Hinweise, daß man es in der Bevölkerung eben noch nicht mit solchen gewünschten Persönlichkeiten zu tun habe⁵⁶⁾. Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre scheint dann auch die Verwendung des Begriffs „sozialistische Persönlichkeit“ zumindest in der Fachliteratur zu enden. An seine Stelle tritt wieder die Diskussion über die „Persönlichkeit“⁵⁷⁾.

⁴⁸⁾ „Die 10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“, vorgetragen von W. Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958. Vom Parteiprogramm weitgehend eingearbeitet im Jahre 1963.

⁴⁹⁾ Die entsprechende Veröffentlichung, Moskau 1979, eines Autorenkollektivs unter Leitung von L. Archangelski und unter Mitarbeit der DDR-Forscher R. Miller, H. E. Hörz und G. Neuner, erschien in deutscher Übersetzung 1980 unter dem Titel, „Sozialismus und Persönlichkeit“, Berlin (Ost) 1980.

⁵⁰⁾ Eine detaillierte und kontinuierliche Darstellung dieser Diskussionsentwicklung findet sich bei C. Lemke, a. a. O. (Anm. 15).

⁵¹⁾ Hierzu ausführlicher H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 12).

⁵²⁾ „Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik.“ Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974, GBl vom 31. Januar 1974. Zu den Merkmalen besonders § 2. Dazu H. E. Wolf, Zur psychologischen und sozialpsychologischen Grundlage der Theorie von der sozialistischen Persönlichkeit, in: Deutschland-Archiv (Hrsg.), Die DDR im Entspannungsprozeß. Lebensweise im realen Sozialismus, Dreizehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland vom 27. bis 30. Mai 1980.

⁵³⁾ Bedauerlicherweise scheinen sich die ohnehin wenigen Darstellungen über die DDR-Psychologie vorwiegend am Diskussionsstand der dortigen Päd. Psychologie zu orientieren. So das Kapitel „Psychologie“ aus dem DDR-Handbuch, 1979²⁾, oder im Kulturpolitischen Wörterbuch 1983, S. 592—594.

⁵⁴⁾ So W. Friedrich / W. Henning, Theoretische Probleme, Struktur und Erforschung der Persönlichkeit, Thesen zum Gegenstand, in: W. Friedrich / W. Henning (Hrsg.), Der sozialistische Forschungsprozeß. Zur Methodologie, Methodik und Organisation der marxistisch-leninistischen Sozialforschung, Berlin (Ost) 1975, S. 101; H. Kühn / K. Jung-hänel / H. Petschaelis, Bürgerliche Persönlichkeitspsychologie in der Krise, Berlin (Ost) 1980, sprechen sogar von der „massenhaften Wirksamkeit sozialistischer bzw. kommunistischer Persönlichkeiten unter der Führung der marxistisch-leninistischen Parteien“, S. 7.

⁵⁵⁾ Besonders früh bereits H. Hiebsch. Vgl. hierzu bei H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 12).

⁵⁶⁾ Ausgewiesen bei H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 12) bzw. teilweise bei H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 52) S. 52 ff.

⁵⁷⁾ H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 12).

V. Kollektiverziehung am Beispiel der Schule

Jede konkrete Kollektiverziehung ist Glied einer übergreifenden, pluralen *Kollektivstrategie*. In ihr verknüpfen sich Gruppenforschung und Kollektivkonzeptionen nahezu nahtlos: Alle Gruppierungen, in denen der einzelne angetroffen werden kann, gelten daher immer auch als Kollektive, und zwar unabhängig davon, in welchem Stadium der Entwicklung und Qualität sich das jeweilige Kollektiv befindet. Kollektive sind also: Familie, Kindergarten, Heime, Schulen, Arbeitsgruppen, Sportgruppen, Freizeitgruppen usw.

Auf der Basis einer solchen Kollektivstrategie der Erziehung lassen sich mindestens drei analysierbare Ebenen aufzeigen:

a) Aufgaben der Kollektiverziehung. Kollektive haben allgemein drei Aufgaben: 1. Eine ideologische: Persönlichkeits- und Überzeugungserziehung im Sinne der Übereinstimmung mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Vereinfacht kann man sie als *Überzeugungserziehung* bezeichnen. 2. Fachliche und/oder sachliche Erziehung, die *Leistungen* gewährleistet, die für die Existenz des Staates vorrangig von Bedeutung sind. Man spricht hier von *Leistungserziehung*. 3. Die *Integration* von Überzeugungs- und Leistungserziehung. Sie erst gewährleistet die wechselseitige Stützung des Ideologischen mit dem Fachlichen.

b) Kollektive lassen sich unterscheiden nach den jeweiligen Anteilen von Überzeugungs- und Leistungserziehung. Leistungserziehung ist vorrangig z. B. im Arbeitskollektiv, während dort die ideologische Erziehung zwangsläufig nur die zweite Rolle spielen kann. Sie ist in der Familie am wenigsten gefordert, ohne daß damit dort notwendig die gewünschte ideologische Überzeugungserziehung gewährleistet ist. In der *Schule* hingegen sind beide Aufgaben unmittelbar miteinander verknüpft. Damit hat das Kollektiv Schule in doppelter Hinsicht eine große Bedeutung.

c) Kollektive lassen sich auch nach Intensität und Extensität ihrer Einwirkungsweisen unterscheiden. Wie lange und mit welchen Mitteln kann der einzelne — als Kind, Schüler, Jugendlicher, Heranwachsender — dem Einfluß eines relativ gleichbleibenden Kollektivs ausgesetzt werden? Hier stehen zwei Kollektive an der Spitze: Familie und Schule. Im Gegensatz aber zu der recht problematischen und zwielfichtigen Situation der Kollektiverziehung in der Familie erweist sich die Schule

als das in jeder Hinsicht bedeutungsvollste Kollektiv. Hier sind die Einwirkungsmöglichkeiten nicht nur zeitlich am längsten, nicht nur technisch am günstigsten (Lehrpläne etc., Lehrpersonal), sondern dadurch, daß die Schule in ihrem Einwirkungsverhältnis einen sehr wichtigen entwicklungspsychologischen Zeitraum umspannt, ist der einzelne durch schulische Erziehungsmaßnahmen noch am ehesten zu beeinflussen. Diese Kollektiverziehung der Schule hat also gewissermaßen „Prägungs“-Aufgabe.

Die vielschichtige Bedeutung der Schule als Mittel der übergreifenden, totalen Kollektiverziehungsstrategie der DDR läßt keine unmittelbaren Vergleiche mit Schule und Schulsituation in der Bundesrepublik zu. Da die Aufgabenstellungen vor allem ideologisch bedingt sind, verlieren Einzelvergleiche, so gut sie gemeint sein mögen, ihren Sinn. Dies schließt aber nicht aus, daß sich gerade DDR-Pädagogen solcher Vergleiche (bei denen dann die Schule in der Bundesrepublik prinzipiell schlechter abschneidet) annehmen, die — wegen der schiefen und einseitigen Vergleichsdarstellung — taktisch und propagandistisch auf den eigenen Leserkreis bezogen — der Abgrenzungsstrategie zustatten kommen.

Um die besondere Situation der DDR-Schule herauszuarbeiten, muß man sich von solchen, aber auch eher vordergründigen Beurteilungen in unserem Schrifttum lösen. Keineswegs weichen die DDR-Pädagogen spezifischen Problemen, die wir als wichtig werten, aus, sondern manche dieser Probleme spielen in der Regel für die DDR-Schule keine wesentliche Rolle, wie auch für unsere Schule viele Fragen, mit denen sich die DDR-Pädagogen befassen, keine Rolle spielen.

Die Schule in der DDR ist eine relativ straff organisierte, auf die Belange des Staates gerichtete Institution, die quantitativ und qualitativ an der Spitze der Einzelkollektive steht, darüber hinaus in Teilkollektiven (Klassenkollektiv, Lehrerkollektiv, Schülerkollektiv) aufgegliedert ist. Dies macht die DDR-Pädagogik nicht nur zu dem bedeutsamsten Erziehungsfaktor neben der Familie, sondern immer zugleich auch zu einem ideologischen wie fachlichen Politikum: *Erfolge* der Schule sind in der DDR in erster Linie Erfolge der Partei und des Staates; *Mißerfolge* hingegen gehen zumeist ausschließlich zu Lasten der Schule. Dies erklärt teilweise das Vorherr-

schen von Sollvorstellungen im Schrifttum der DDR-Pädagogik. Nur gelegentlich, eher am Rande, werden auch Unzulänglichkeiten diskutiert, doch sind solche Negative offenkundig nicht Gegenstand einer Pädagogik, der es auch offiziell um Darstellung von Ziel- und damit Sollvorstellungen geht. Negatives findet sich recht deutlich in der schulferneren Literatur der DDR-Psychologie, z. B. der Psychodiagnostik, der Klinischen und der Forensischen Psychologie, kaum jedoch in der Pädagogischen Psychologie. Insofern ist es falsch, der DDR-Literatur generell Verschweigen und Bagatellisierung von Schwierigkeiten anzulasten; hier ist lediglich die Arbeitsteilung deutlicher ausgeprägt.

Mehr noch: Die Erziehung im und durch das Kollektiv soll ja gerade mit den üblichen Schwierigkeiten, „Widersprüchen“, fertig werden. Hier knüpft man im wesentlichen an die Erfahrungen Makarenkos an. Das Kollektiv vermittelt zwischen Gesellschaft und Individuum und ist damit „der konkrete soziale Rahmen, in dem sich die wesentlichsten Wechselverhältnisse und Beziehungen der Menschen in einem komplizierten Umsetzungsprozeß entwickeln“⁵⁸). Die Schule muß „im Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen Kräften, besonders mit der Jugend- und Kinderorganisation, inhaltsreiche kollektive Beziehungen entwickeln, die günstige Bedingungen für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen im Kollektiv und durch das Kollektiv sind“⁵⁹).

Die Frage der Kollektiverziehung ist damit identisch mit der Frage nach der *Methodik*, richtiger: nach der *Methodenstruktur*. In einer abermals stark verkürzten Übersicht seien die wichtigsten Sachverhalte angegeben, die schon Makarenko aufgezeigt hat⁶⁰):

a) *Die Perspektiven*: Untergliedert in Nahe, Mittlere und Weite Perspektiven. Die *Nahen Perspektiven* sind Teilziele gemeinsamer Tätigkeit, gesetzt durch elementare und geistige Bedürfnisse, die von der individuellen Ebene

⁵⁸) Wörterbuch der Marx-Len. Soziologie, a. a. O. (Anm. 3), S. 240.

⁵⁹) Akademien der pädagogischen Wissenschaften der UdSSR und DDR (Hrsg.), Pädagogik, Berlin (Ost) 1979, S. 30.

⁶⁰) Zu den Autoren der DDR, die mehrfach versucht haben, eine Übersicht über die Gesamtproblematik des Kollektivs für die Pädagogik zu geben, gehört u. a. H. Stolz u. a., Kollektive und ihre Entwicklung im Kindes- und Jugendalter, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule ‚Dr. Theodor Neubauer‘ Erfurt-Mühlhausen, 1 (1974) 11.

ausgehen. Sie stellen das notwendige Minimum dar, ohne das eine Erziehungsarbeit unwirksam bleibt. Ihre Erfüllung erfreut jedoch die Mehrzahl der Kollektivmitglieder und mobilisiert sie deshalb (z. B. Film- und Theaterbesuche, Wanderungen etc.). Die *Mittleren Perspektiven* befriedigen höhere Bedürfnisse, erfordern aber auch Anstrengungen über längere Zeit (z. B. feste Freundschaften mit Kindern anderer sozialistischer Staaten, Kenntnis der Volksarmee, Schulfeste, Fahrten). Die *Weiten Perspektiven* stellen die höchsten Anforderungen und bestimmen z. B. die Tätigkeit des Schul- und Klassenkollektivs über Jahre hinaus (Übergabe wertvoller Erinnerungen an die Schule, Klassenausstattungen, gesellschaftlich nützliche Arbeitseinsätze).

b) *Die Traditionen*: Sie umspannen die im Kollektiv herausgebildeten Werte, Normen, Bräuche und Moden, aber auch einige wiederkehrende Ereignisse, die das kollektive Leben in vielen Einzelheiten selbst regulieren. „Im Netz dieser Traditionen fühlen sich die Kinder unter einem eigenen, besonderen Kollektivgesetz, sind stolz auf dieses Gesetz und bemühen sich, es zu verbessern!“ Daher ist wirksame Erziehung ohne solche Traditionen nicht möglich, weil die entsprechenden notwendigen Bedingungen, das „mächtige Kollektiv“, nur geschaffen und erhalten werden können, wenn dieses „seine Würde achtet und sein kollektives Gesicht empfindet“ (Makarenko⁶¹). In der Systematik ergibt das eine Vielzahl weiterer Aufgliederungen.

c) *Die Kollektivmeinung*: Das Kollektivbewußtsein, das sich als kollektive Meinung äußert, besitzt eine Mittlerfunktion zwischen dem gesellschaftlichen und dem individuellen Bewußtsein. Da die Kollektivmeinung das gesamte kollektive Leben reguliert, reguliert sie auch bestimmte Bereiche des individuellen Lebens. So sieht der einzelne in der „Autorität der allgemeinen Meinung eine Stütze für sein Handeln“, was zu einer — teilweise unrichtigen — Gleichsetzung der gesellschaftlichen und der kollektiven Meinung führt⁶²). Während sich nun im Kinder- und Jugendkollektiv die kollektive Meinung verhältnismäßig schnell ändert, kann sie zur Stereotypie werden: Zwar ändern sich Personen, Erscheinungen und Sachverhalte rasch, nicht aber die Meinung des Kollektivs über sie, insbesondere im Hinblick auf negative Wertungen⁶³).

⁶¹) Vgl. bei H. Stolz, a. a. O. (Anm. 60), S. 30ff.

⁶²) Ebd., S. 34f.

⁶³) Einen Versuch, die positiven und negativen Möglichkeiten des Überzeugungs-(Einstellungs-) Problems mittels eines Formalmodells in den Griff

Also muß die Kollektivmeinung selbst — z. B. über die Perspektiven — gesteuert und berichtigt werden.

d) Die *Binnengliederung*: In der Abhängigkeit von der konkreten Aufgabenstellung besitzt jedes Kollektiv eine Funktions- und Rollendifferenzierung (= Binnengliederung). Sie ist der „vorantreibende Gegenpol“ zum steigenden Gefühl der Zusammengehörigkeit. Dabei sind innerhalb eines Kollektivs drei Untergruppen erkennbar: 1. Der aktive Kern: die

aktivsten und bewußtesten Mitglieder, die als erste die gesellschaftlichen Forderungen erkennen, aufnehmen und sie gegenüber den anderen Mitgliedern vertreten. 2. Die „bereitwillige und aufgeschlossene Reserve des Kerns“: sie nähert sich immer mehr dem Kern an und verschmilzt schließlich mit ihm. 3. Der noch relativ undifferenzierte Rest: jene Mitglieder, die noch nicht völlig in das Kollektiv einbezogen sind, aber während der und durch die Entwicklung immer stärker in das Kollektiv einbezogen werden (können).

VI. Die Kehrseite der Medaille

Ausdrücklich sei nochmals herausgehoben, daß die obige Darstellung lediglich eine stichwortartige Aufzählung der wichtigsten Aspekte darstellt, die das Schulkollektiv zu berücksichtigen hat. Jeder dieser Aspekte ist jedoch noch vielfach untergliedert und mehrschichtig mit jeweils anderen Aspekten oder Teilaspekten verbunden. Fast ausschließlich betrifft dies den Aufgabenkomplex der Persönlichkeits- und Überzeugungsbildung, hinzukommt aber noch die Gesamtheit allgemeiner und spezieller Aufgaben der schulischen Wissensvermittlung (Fach- und Sachkenntnis).

Damit aber werden zwei entscheidende Tatbestände deutlich:

1. Die *Aufgaben* der Kollektiverziehung im Rahmen des Schulkollektivs umspannen faktisch alle Probleme der allgemeinen und speziellen Menschenerziehung überhaupt.

2. Die Lösung dieser Aufgaben, d. h. die *Anwendung für die Praxis*, erfordert optimale Kenntnisse in fast allen Gebieten der Sozialforschung und — was Kenntnisvermittlung betrifft — auch der Naturwissenschaften u. ä.

Selbst wenn eingestanden wird, beide Tatbestände ließen sich in der konkreten Aufgabenstellung (Schultyp, Klassen, Altersstufen etc.) reduzieren und konkretisieren, läßt sich die Folgerung vertreten: Das Schulkollektiv als Erziehungsinstitution hat es mit Aufgaben zu tun, die sich weder theoretisch noch praktisch bewältigen lassen!

zu bekommen, hat A. Hermann versucht in: Die Bedeutung des Wissens und der individuellen Erfahrungen bei der Überzeugungsentwicklung der Schuljugend, in: L. P. Bujewa / T. Hahn (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 1), S. 115ff.

Der Versuch einer Theorienlösung geht den Weg über die Konstruktion von Modellen. Mit ihnen läßt sich am ehesten die schier verwirrende Vielfalt komplexer und komplizierter Zusammenhänge durch mehrfache Vereinfachung anschaulich darstellen. Dies mag erklären, warum sich so gut wie keine Theoriendiskussion in der DDR-Pädagogik findet, wohl aber Systematiken, die Modellfunktionen darstellen. Auch darf nicht vergessen werden, daß das Problem des Schulkollektivs und seiner Erziehungsaufgabe nur Teil der übergreifenden sekundären und primären Kollektivtheorien ist.

Der Versuch, eine solche (also schon theoretisch unhandliche und faktisch kaum überschaubare) Konzeption zu konkretisieren, muß zwangsläufig nicht nur das in der Theorie — oder im Modell — Vorgegebene reduzieren, sondern auch punktualisieren und wird damit den übergreifenden Theorieansprüchen nicht mehr gerecht. Die entsprechenden Resultate in der konkreten Arbeit des Schulkollektivs lassen sich in das bereits angeführte Muster einordnen: Tatsächlich (oder vermeintlich) Positives bestätigt den Erfolg der Kollektivkonzeption; Negatives wird den Pädagogen angelastet.

Hypostasiert man, daß bei aller Problematik der Überzeugungserziehung in der Schule wenigstens die schultypische Kenntnisvermittlung den Sollvorstellungen entspricht, so erweist sich auch eine solche Annahme als nur teilweise haltbar. Dies wird deutlich u. a. in den Studien von Rainer Brämer⁶⁴), aber

⁶⁴) R. Brämer, Anspruch und Wirklichkeit sozialistischer Bildung, Beiträge zur Soziologie des DDR-Bildungswesens, in: Marburger Beiträge zur Vergleichenden Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Band 18, 1983; W. Schlott, Selbstfindung

auch im Schrifttum der Psychotherapie der DDR-Psychologie⁶⁵).

Damit stehen wir vor der Frage nach der Wirksamkeit der ideologischen Erziehung, die im Bereich der Persönlichkeits- und Überzeugungserziehung die Kollektiverziehung vorrangig zu leisten hat. Bei der Beantwortung müssen wir uns allerdings von der üblichen klischeeartigen „Pro-Anti“-Vorstellung distanzieren, die sich in der westlichen Literatur antreffen läßt.

Keine Erziehung ist ohne Wirkung! Zu fragen ist daher, ob diese Wirkung dem Erziehungsziel entspricht, ob sie der Erziehungsintention folgt, also dem Ziel immerhin nahekommt, ob sie in gänzlich andere Einstellungsbereiche (wenn auch vielleicht unter ähnlichen Bezeichnungen) einmündet, gar Opposition und Gegensätze hervorruft. Alle diese Möglichkeiten sind immer auch anzutreffen. Ohne Zweifel schätzen viele DDR-Psychologen und Pädagogen die Situation recht realistisch ein, auch dort, wo die Interpretationen der Forderung einer positiven Futurologie folgen. Und erst von hier aus versteht sich die Besonderheit einer Diskussion über die „Autorität“, worauf im folgenden kurz eingegangen werden soll.

Mit dem praktischen Problem der Autorität hat sich die DDR-Forschung nicht nur im Bereich der Schule ernsthaft beschäftigt. Auch hierbei ist vielfach eine Diskussion als Reaktion auf den westlichen „Antiautoritarismus“ festzustellen⁶⁶). Autorität sei gesellschaftlich bedingt; in der „Ausbeutergesellschaft“ diene sie zur Unterdrückung und zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. „Im Sozialismus stimmen die Interessen der Individuen mit denen der Gesellschaft fortschreitend überein. Demzufolge gewinnt die Autorität als gesellschaftliches Verhältnis eine neue Qualität. Die Autorität von Partei und Staat wird anerkannt. Es wirkt immer mehr das Prinzip der freiwilligen Aktivität und Einordnung der Individuen im Sinne des gesellschaftlich notwendigen Verhaltens“⁶⁷).

statt Indoktrination: Sozialistische Erziehungswirksamkeit im Spiegel der neueren DDR-Literatur, in: *Bildung und Erziehung*, 36 (1983) 4.

⁶⁵) Vgl. bei H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 12), das Kapitel über Psychotherapie.

⁶⁶) Vgl. u. a. H. Müller, *Autoritätserleben Jugendlicher*, in: *Autorenkollektiv unter Leitung von W. Friedrich* (Hrsg.), *Jugend, FDJ, Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1975.

⁶⁷) Ebd., S. 153.

Das ist nicht nur die formulierte Sollvorstellung, sondern bereits Wunschdenken. Das vielschichtige Autoritätsproblem wird auf die geforderte Anerkennung von „Staat und Partei“ reduziert. Empirische Ergebnisse sehen dann auch ganz anders aus. Wo Autoritätsanerkennung gefunden wird, liegt diese im Bereich der *Familie*, während die Lehrer bereits in dieser Hinsicht abfallen⁶⁸). Die Familie ist es auch, der ein „außergewöhnlich stark persönlichkeitsprägender „Einfluß zugesprochen wird“⁶⁹).

Die Bedeutung des Kollektivs Familie wird heute offenkundig in der DDR als entscheidend angesehen und hat die des Kollektivs „Schule“ weit übertroffen. Die westliche Darstellung der Familie in der DDR hat bisher vor allem oberflächliche, an reinen Verordnungs- und Gesetzesdaten orientierte Berichte vorgelegt⁷⁰) und „dabei die entscheidenden wechselnden Bedeutungsfaktoren der Familie als Möglichkeit spezieller und übergreifender Kollektiverziehung bestenfalls am Rande gestreift“⁷¹). Dabei ist dann auch der überaus wichtige neuere Ansatz der Kollektiverziehungspraxis nicht gesehen worden, der einmal mehr zeigt, daß die *bisherige* Kollektivtheorie der Erziehung, die primär das Schulkollektiv zum Gegenstand hatte und diesem Priorität zusprach, nunmehr vor einer Art Vakuum zu stehen scheint. Nicht zufällig ist es gerade das „Disziplin-Syndrom“, das das Kollektiv Schule nur schwer in den Griff bekommt — darin durchaus vergleichbar mit westlichen Verhältnissen.

„Disziplin“ ist im Menschenbild des Marxismus-Leninismus nicht einfach eine Eigenschaft neben anderen, sondern eine Art „Wesensausdruck“ des „Neuen Menschen“, und zwar schon auf seinen untersten Entwicklungsstufen. Damit aber wird, wie schon eingangs angemerkt, die Schule in der DDR sehr

⁶⁸) Vgl. ebd., S. 157. Leistungsstarke Jugendliche wählen den Vater zu 80%, die Mutter zu 89%, Berufsschullehrer zu 55% (als Autoritätspersonen). Bei Leistungsschwachen liegen die Werte: Vater: 67%, Mutter: 79%, Lehrer: 41%.

⁶⁹) H. Müller, *Zur Entwicklung von Lebensorientierungen im Jugendalter*, in: W. Friedrich / H. Müller (Hrsg.), *Zur Psychologie der 12- bis 22-jährigen*, Berlin (Ost) 1980, S. 137.

⁷⁰) Eine solche Darstellung ist immerhin auch wichtig, weil sie überhaupt erst die Grundlage für weitere und diffizilere Studien schafft.

⁷¹) U. Behrens, *Der mehrfache Bedeutungswandel der Einstellung zur Familie in den Erziehungskonzeptionen der Kollektivvorstellungen der DDR*. Vorläufiges Arbeitsmanuskript. Mit Erlaubnis der Autorin zitiert.

viel stärker als bei uns zu einem Prestigeobjekt, das die positiven Seiten der richtigen Ideologie auszuweisen hat. Die Phänomene negativer Leistungen, negativer Verhaltensweisen, besonders aber mangelhafter Disziplin werden zu Belastungen der Schule selbst. Erst unter diesen Voraussetzungen sind die Ausweichversuche der DDR-Pädagogen zum Thema „Disziplin“ verständlich. In vereinfachter Form lassen sich drei Typen der Darstellungen in ihrem Bezug zum Schulalltag zeigen:

1. Es wird auf die allgemeinen ideologischen Forderungen und Verpflichtungen hingewiesen. Da keine Konkreta des Schulalltags dargestellt werden, finden sich folglich auch keine wesentlichen Hinweise auf Disziplinschwierigkeiten.

2. Es wird auf Leitbilder und Vorbilder hingewiesen, wobei auch Probleme der allgemeinen und der speziellen Schulerziehung aufgegriffen werden. Auch hierbei finden sich keine Konkreta des Schulalltags.

3. Berichte und Erfahrungen aus dem Schulalltag. Sie sind in der Regel konkret.

Dieser letzte Typ der Darstellung ist, obwohl die Disziplinschwierigkeiten von den wenigsten aufgegriffen werden, für unser Problem wichtig. Auch hierbei sind drei Darstellungsarten unterscheidbar: a) Hinweise auf die Disziplin werden zwar gegeben, sind aber prinzipiell positiv. Von Disziplinschwierigkeiten wird nicht gesprochen. b) Auf Disziplinar-

schwierigkeiten wird im Zusammenhang mit anderen Schwierigkeiten hingewiesen, so daß die Phänomene mangelnder Disziplin meist im Hintergrund bleiben. c) Disziplinschwierigkeiten werden primär und detailliert geschildert⁷²⁾. Die letztgenannte Darstellungsart ist zwar sehr selten, dafür aber meist ungeschminkt.

Zur Behebung solcher Disziplinschwierigkeiten wird in der Regel auf die Bedeutung des „Kollektivs“, der „Kollektiverziehung“ verwiesen. Damit leitet man auf die „Persönlichkeits-erziehung“ über⁷³⁾ — was das Problem naturgemäß nur verschiebt. Sodann wird auf die Notwendigkeit der Erziehung zur „bewußten Disziplin“ hingewiesen, die „eine der wesentlichen Aufgaben der kommunistischen Erziehung“ sei⁷⁴⁾. Der Teufelskreis der Argumente wird deutlich, wenn unter „bewußter Disziplin“ — schon von Makarenko gefordert — verstanden wird: „die Fähigkeit und Bereitschaft des Menschen, sein Verhalten im Sinne der Normen unserer sozialistischen Gesellschaft aktiv und selbständig aus innerem Antrieb, also vom System der sozialistischen Grundüberzeugungen determiniert, zu steuern. Die mehr *subjektive* Seite der Disziplin bezieht sich auf die Fähigkeiten und Bereitschaften des Menschen. Die mehr *objektive* Seite umfaßt die gesellschaftlichen Normen, die als Bezugssystem des Verhaltens dienen“⁷⁵⁾. Und in Zweifelsfällen ist der Lehrer an der Disziplinlosigkeit schuld⁷⁶⁾.

VII. Neuer Trend — neues Dilemma

In ihrer Studie über Kollektiverziehung spricht Ulrike Behrens von einem „neuen Trend“, der ein „neues Dilemma“ aufgedeckt habe. Folgendes ist zu berücksichtigen: a) Für die Praxis des Marxismus-Leninismus gibt es

keine „unwichtigen“ Probleme, sondern nur Stufungen des „Wichtigen“. b) Es gibt auch keine neuen Begriffe; denn alle in der Ideolo-

⁷²⁾ Zu berücksichtigen ist dabei, daß die entsprechenden Veröffentlichungen der DDR-Pädagogen gewissermaßen „paketweise“ gegeben werden, also nicht kontinuierlich erfolgen. Der Bezug zur Thematik liegt vor. Deswegen dürfen Erscheinungszeiten nicht falsch eingeschätzt werden. Genaueres zu dieser Thematik bei H. E. Wolf, a. a. O. (Anm. 13).

⁷³⁾ U. a. G. Neuner, Höhere Qualität der kommunistischen Erziehung der Schuljugend, in: Pädagogik (1980) 6. Vgl. auch die kritische Darstellung, die sich besonders gegen die formelhaften Vorschläge der Überwindung von Disziplinschwierigkeiten richtet, von R. Gehrman, Erziehung zur bewußten Disziplin — wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Erziehung, in: Pädagogik (1977) 4.

⁷⁴⁾ Hierzu u. a. A. Kossakowski / K.-H. Otto, Untersuchungen zur Entwicklung der bewußten Disziplin, Berlin (Ost) 1967; K. H. Otto, Erziehung zur bewußten Disziplin, in: H. Stolz / A. Hermann / W. Müller (Hrsg.), Beiträge zur Theorie der sozialistischen Erziehung, Berlin (Ost) 1971.

⁷⁵⁾ K. H. Otto, a. a. O. (Anm. 74), S. 238.

⁷⁶⁾ U. a. G. Ebersbach, Erziehung zur bewußten Disziplin im Schülerkollektiv, in: Pädagogik (1963) 9; ders., Maßnahmen und Erfolge in der ersten Etappe der Kollektiverziehung, in: Pädagogik (1964) 5; W. Krutezki / H. Lukin, Die Erziehung der Elf- bis Fünfzehnjährigen zur Diszipliniertheit, Berlin (Ost) 1962. Dagegen die teilweise Kritik von R. Gehrman, a. a. O. (Anm. 73), S. 315. Realistischer und sehr viel differenzierter: H. Stolz, Autorität und Elternliebe, Berlin (Ost) 1981, S. 6f.

gietheorie verwendeten Begriffe wurden bereits von Marx und Engels verwendet. c) Das Prinzip der übergreifenden Kollektiverziehung ist denkbar einfach: Das Individuum wird von einer Pluralität von Kollektiven umstellt, die den Freiraum minimalisieren und im wechselseitigen Spiel die „negativen“ Momente eliminieren sollen.

Zu fragen ist also nach dem *Gewichtswandel* der Kollektive zueinander. Im Hinblick auf das Verhältnis der Kollektive „Schule“ und „Familie“ hat sich für das erstgenannte Kollektiv nichts gewandelt. Die Möglichkeiten der Kollektiverziehung in der Schule werden weiterhin uneingeschränkt gefordert. Allerdings hat die Erkenntnis von der doch begrenzten Leistung dieses Kollektivs die Bedeutung des Kollektivs Familie erneuert.

Das Kollektiv „Familie“ wurde in der DDR ideologietheoretisch zunächst eher mit Mißtrauen bedacht⁷⁷⁾, bzw. ließ die durch den Krieg bedingte große Zahl unvollständiger Familien den Einsatz in eine Kollektiverziehungstheorie kaum zu. Die Familienmitglieder entstammten „bürgerlichen“ Verhältnissen, selbst wenn es sich um Arbeiter und Bauern handelte. Diese Momente des Bürgerlichen galt es ja gerade auszuschalten, so daß hierin die besondere und zusätzliche Bedeutung des Kollektivs Schule lag, die damit *gegen* das Bürgerliche (Rückständige) der herkömmlichen Familie gerichtet war. Diese Einschätzung änderte sich schrittweise, als jene Personen Familien gründeten, die in der DDR aufgewachsen und dort erzogen oder die sogar in der DDR geboren worden waren. Der „neue Trend“ wurde in den siebziger Jahren⁷⁸⁾ vor allem durch die Termini „sozialistische Familie“ und „sozialistische Persönlichkeit“ deutlich.

Gerade zu einer Zeit aber, in der in offiziellen Bekundungen die neue Qualität menschlicher Entwicklung verkündet wurde, setzten sich nicht nur in der DDR Kenntnisse über zunehmende psychische Schwierigkeiten der Bevölkerung durch. Die Feststellung in einem „Psy-

chotherapiepapier“ eines Kongresses in Prag, daß es hinsichtlich der steigenden psychischen Schwierigkeiten zwischen den westlichen und den sozialistischen Industriestaaten keine Unterschiede gäbe, gleich einer „Zeitbombe“⁷⁹⁾. Zur Zeit bleibt unklar, ob die Ideologietheoretiker der DDR mit diesem Problem nicht fertig werden, weil es grundsätzlicher Natur ist oder weil es — zunächst — nicht in die positive Futurologie paßt. Die zunehmende Bedeutung der Familie bleibt davon aber weitgehend unberührt⁸⁰⁾.

Diese neue Entwicklung zeigt die Beeinflussungsgrenze, über die auch die Kollektivtheorie nicht hinauskommt. Zudem zeigen die den einzelnen umgebenden Kollektive zwei unterschiedliche Trends: der eine reduziert und eliminiert negative Einflüsse, der andere zeigt demgegenüber eine Multiplizierung dieser negativen Sachverhalte.

Die Reihenfolge der Beeinflussungsmöglichkeiten sei hier stark vereinfacht angegeben:

1. Die vorwissenschaftliche, aber auch die extreme mechanistische Milieutheorie nimmt an, der gewünschte Erziehungseinfluß werde erreicht, wenn man den einzelnen gleichbleibenden Einflüssen aussetzt und ihn gegenüber anderen Einflüssen abschirmen könne.
2. Soweit sich diese Vorstellung in Form eines politischen Konzepts als falsch erweist, wird die Pädagogik aufgerufen, gefordert aber wird der *Pädagogismus*⁸¹⁾. Mißerfolge werden zunächst dem Fehlen der „richtigen“ Methode oder Fehlern des Pädagogen zugeschrieben.
3. Das Unzulängliche scheint sich mit einer vorwissenschaftlichen Vorstellung von der Psychologie⁸²⁾ überwinden zu lassen, wobei nunmehr die *Pädagogische Psychologie* auf den Plan tritt.

⁷⁹⁾ U. a. K. Seidel, VII. Jahrestag der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie der DDR, Teil I, Erfurt 1973. Zitiert bei J. Helm, Gesprächspsychotherapie, Berlin (Ost) 1979², S. 9. Die Frage nach der Vergleichbarkeit der Entwicklung in Ost und West hat naturgemäß die Interpretation der Partei provoziert. Siehe auch A. Thom, Weltanschauliche Aspekte in der Entwicklung der klinischen Psychologie in der Psychotherapie der DDR, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 28 (1980) 4.

⁸⁰⁾ U. a. E. Scharnhorst, Familienerziehung — wesentlicher Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Erziehung, in: Akademie der Päd. Wiss. der DDR (Hrsg.), Jahrbuch 1982, S. 291—303.

⁸¹⁾ Unter Pädagogismus wird die Auffassung verstanden, man könne Entwicklung und Ausbildung eines Menschen ausschließlich mit Mitteln der Pädagogik (meist der Schulpädagogik) erreichen.

⁸²⁾ In der vorwissenschaftlichen Sicht wird in der Regel Psychologie gleichgestellt mit „Menschenkenntnis“, „Menschenführung“, „Therapie“ etc.

⁷⁷⁾ Eine Forderung nach der „Aufhebung der Familie“, wie sie anfangs in der Sowjetunion diskutiert worden ist, hat es m. E. in der DDR nicht — oder mindestens nicht ausgeprägter — gegeben.

⁷⁸⁾ Hier scheint der Bericht des Zentralkomitees (vom IX. Parteitag der SED) 1976, sodann der VIII. Pädagogische Kongreß mit dem Referat von Margot Honecker wichtig, „wonach die herangereiften neuen Bedingungen des Lebens in der Familie nur dann für die Erziehung, für die glückliche Entwicklung unserer Kinder wirksam werden, wenn wir uns ihrer bewußt sind, sie bewußt nutzen“.

4. Wird auch deren Begrenztheit deutlich, wird die *Sozialpsychologie* (Einstellungs-, Überzeugungsproblem) und die *Persönlichkeitspsychologie* gefordert, die in die umfassende Kollektiverziehung eingebaut werden.

5. Zeigt sich, daß auch dies nur teilweise Erfolg hat, schlägt das auf die *Theorienbildung* auch im Bereich der Ideologietheorie zurück, wobei sich drei Trends zeigen: a) Verantwortlich gemacht für die Mängel werden fremde — westliche — Einflüsse. Typisch ist dies für die Kriminologie der DDR. Entsprechend kann, da eine vollständige Abschirmung nicht möglich ist, der Einfluß des Negativen nur enden, wenn auch der Westen sozialistisch geworden ist — eine fatale, fast fatalistische Folgerung, die man deswegen auch kaum ausgeschrieben findet. b) Verantwortlich gemacht wird der „Charakter“ des einzelnen,

dessen Anlage- und Erbbedingungen plötzlich neu diskutiert werden. Diese in der sowjetischen Literatur anzutreffenden nativistischen Konzeptionen zeigen sich in der DDR (noch nicht⁸³). c) Die *dialektische Determinationstheorie* erweist hier ihre Schwäche. Sie könnte das generelle Determinationsprinzip aufrechterhalten, müßte aber für menschliches Verhalten engere Indeterminationen anerkennen. Das aber wäre ein folgenschweres Eingeständnis der Begrenztheit des Marxismus-Leninismus in der Praxis⁸⁴.

⁸³) Vgl. hierzu H. E. Wolf, Das Erbe-Umweltproblem in der Pädagogischen Psychologie des Marxismus-Leninismus, Forschungsstelle für Jugendfragen, Hannover, Juli 1980. Archivbogenmaterial Nr. 48.

⁸⁴) Vgl. hierzu den Stand der Diskussion bei W. Segeth im Marx-Len. Wörterbuch der Philosophie 1983, die Kapitel Determinismus, S. 263—267, und Indeterminismus, S. 550—552.

Wolfgang Mleczkowski: Bewegung im Monolith. Das „sozialistische Mehrparteiensystem“ der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/84, S. 3—17

Die politisch-geistigen und sozialen Prozesse, die in der Gesellschaft der DDR ablaufen, spiegeln sich in der Funktion und der Rolle, die das „sozialistische Mehrparteiensystem“ heute hat, wider. Grob geschätzt, treten in der letzten Zeit jährlich knapp 15 000 DDR-Bürger in die nichtkommunistischen Parteien CDU, LDPD, NDPD und DBD ein. Es handelt sich zu einem Teil um Angehörige der sogenannten neuen Intelligenz. Ihr Motiv liegt zumeist darin, der politischen Kontrolle durch die SED auszuweichen. Dementsprechend haben sich die nichtkommunistischen Parteien zu gesellschaftspolitischen Reservaten mit eigenen Identitäten entwickelt. Zu einer Mitarbeit in den von der SED dominierten Gremien der Nationalen Front finden sich dementsprechend zumeist weniger als ein Fünftel der Parteimitglieder bereit. In den letzten Jahren ist die Bereitschaft dazu deutlich gesunken.

Die tatsächlichen Funktionen der nichtkommunistischen Parteien im Gesellschaftsgefüge der DDR stimmen mit ihren offiziell zugewiesenen Funktionen nur teilweise überein. Offiziell haben sie als „Transmissionsriemen“ die Politik der SED in die Gedankenwelt spezifischer Bevölkerungsschichten zu übersetzen und zugleich in einem gewissen Rahmen Mitgliederinteressen zu vertreten. Insgesamt haben sie eine erziehende und Politik korrigierende Aufgabe.

Die Identität der nichtkommunistischen Parteien in der DDR wird bestimmt durch ihre Geschichte und das Wirken führender Personen von CDU, LDPD und NDPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Johannes Dieckmann, Hermann Kastner, Otto Nuschke und Vincenz Müller haben mitgeholfen, ihre Parteien der SED-Linie anzupassen, zugleich aber auch, teilweise bis zum Beginn der sechziger Jahre, den Spielraum zwischen der dogmatischen und der flexiblen Linie sowjetischer Deutschlandpolitik zu nutzen versucht. Sie nahmen der SED-Politik manche Ecken und Kanten. Ihre Bemühungen galten aber insbesondere der deutschen Einheit. Sie haben im Innern dieser Parteien damit ein gewisses Klima der Unabhängigkeit erhalten, so daß die von der LDPD und der CDU neuangebahnten nationalen und internationalen Kontakte von der SED sehr ambivalent betrachtet werden. Je stärker westdeutsche und andere westliche Gesprächspartner die Beziehungen zu diesen Parteien verstärken, desto mehr verstärkt sich die Rolle dieser Parteien gegenüber der SED.

Horst Laatz: Soziologische Forschung und Gesellschaft in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/84, S. 18—30

In der DDR werden seit Anfang der sechziger Jahre verstärkt soziologische Forschungen, insbesondere zur Sozialstruktur, durchgeführt. Diese Erhebungen werden von der SED-Führung unterstützt, da sie den Staat nicht ohne statistische und empirische soziologische Daten leiten kann. Die Untersuchungen begannen in der Volkseigenen Industrie, wo nach Vorstellung der Parteiführung der „Kern der Arbeiterklasse“ zu finden ist. In den ökonomischen, politischen und sozialen Beziehungen der Arbeiterklasse zur Schicht der Intelligenz und innerhalb der Arbeiterklasse, in den Einstellungen der Arbeiter zur Arbeit und in ihren Erwartungen zum Ablauf der Gestaltung der betrieblichen Prozesse müssen sich daher die Wirkungen der „sozialistischen Revolution und ihrer Errungenschaften“ zeigen. Die Entwicklung des „sozialistischen Bewußtseins“ und der sozialen „Annäherung zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz“ waren Schwerpunkte der Erhebungen.

Vor dem Einsatz der empirischen Soziologie zur Analyse gesellschaftlicher Prozesse und Entwicklungen kam es zu theoretischen Diskussionen zwischen Vertretern des Historischen Materialismus und sozialwissenschaftlichen Empirikern über die Berechtigung empirischer Forschungen. Von verschiedenen Philosophen wurde die Meinung vertreten, der Historische Materialismus decke alle gesellschaftlichen Prozesse und ihre Wesenszüge auf und der konkrete Nachweis von Entwicklungen sei unnütz, ja gefährlich wegen eines möglichen Ableitens in den Positivismus. Den theoretischen Streit entschied letztlich die Bedürfnisse der Praxis: Der Historische Materialismus wurde zur „allgemeinen Soziologie“ erklärt, die das Wesen der Prozesse klärt, und die Empirie als „konkrete soziologische Forschung“ deklariert, die theoretische Probleme „mittlerer Reichweite“ untersucht.

In der Mitte der siebziger Jahre legten Soziologen erste Ergebnisse einer repräsentativen Studie über die soziale Differenzierung, Bewußtseinslagen, Erwartungen und Verhalten von Beschäftigten der Volkseigenen Industrie vor, von denen einige vorgestellt werden.

Heinz E. Wolf: Zur Kollektivtheorie und Kollektiverziehung in der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/84, S. 31—46

Die Erziehung im und durch das Kollektiv ist nach den Entwicklungsvorstellungen in der DDR und der UdSSR eine Hauptaufgabe. Jedoch stimmen weder Definitionen des „Kollektivs“ noch Abgrenzungs- oder Einordnungsvorstellungen überein. Ursächlich hierfür ist das heterogene, hierarchisch gegliederte marxistisch-leninistische Kollektivdogma, das die einzelnen Theorien- und Modellgruppen konvergierend verbindet. Die übergreifende Kollektiverziehungsstrategie umstellt den einzelnen mit einer Vielzahl von Einzelkollektiven, um dadurch die Persönlichkeits- und Überzeugungsbeeinflussung zu maximalisieren und die unerwünschten Einflüsse auszuschalten. Von diesen Einzelkollektiven ist das Kollektiv Schule wegen seiner vielfältigen Möglichkeiten am bedeutungsvollsten, doch sind die erhofften Erfolge der Kollektiverziehung nur teilweise eingetreten. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre ist u. a. deswegen eine deutliche Aufwertung des Kollektivs ‚Familie‘ festzustellen, was sich auch wesentlich aus der Entwicklung der empirischen Forschung der DDR-Psychologie erklärt. Während die Pädagogik meist Soll-Vorstellungen diskutiert, weist die DDR-Psychologie (mit Ausnahme der Pädagogischen Psychologie) den „Ist“-Zustand aus. Danach haben es Schule wie Familie mit den Schwierigkeiten und Problemen zu tun, die die fortschreitende technische Entwicklung aufzwingt. Diese Schwierigkeiten werden durch die Kollektivstrategie offenbar nicht nur nicht aufgehoben, sondern eher noch addiert. Das sehr starke Ansteigen psychischer Schwierigkeiten, das zu einer schnellen Aufwärtsentwicklung der Psychotherapie in der DDR geführt hat, scheint in seiner durchschlagenden Bedeutung von den Kollektivdiskussionen noch nicht verarbeitet worden zu sein. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ideologietheorie des Marxismus-Leninismus.